

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Bundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupnerstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, Postfachstraße 156, sowie durch alle Anzeiger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt., 4-8 Pf., Trägerlohn + 0,50 Rmt., monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf., Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werttätige Bevölkerung

Verlagssort und Hauptgeschäftsstelle **Dreslau 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereinarbeitungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Ist das Bolschewismus?

Wie Sowjetrußland verramscht wird!

Das neue Programm der Sowjetregierung für die Erteilung von Konzessionen an das ausländische Privatkapital bedeutet eine regelrechte Bankrotterklärung des bolschewistischen Systems.

Die amtliche Nachrichtenagentur der Sowjetunion, die „Tas“, hat die Richtlinien dieses Programms selbst verbreitet, so daß ein Zweifel an ihrer Richtigkeit nicht möglich ist. Schon vor einigen Tagen hatte der Leiter der Obersten Konzessionsbehörde Ksandrrow vor den versammelten Leitern der Sowjetbetriebe eine Rede gehalten, aus der sich klar ergab, daß die bisherige Konzessionspolitik der Sowjetregierung ein Mißerfolg gewesen ist: die Zahl der Konzessionen hat sich in den letzten zwei Jahren nur unwesentlich vermehrt, aber das gesamte in Sowjetrußland investierte Auslandskapital hat sich in der Zwischenzeit verringert. Dabei hob Ksandrrow selbst hervor, welsch glänzende — um nicht zu sagen skandalöse — Gewinne die ausländischen Konzessionäre erzielt haben: durchschnittlich 30 bis 35 Prozent, in manchen Fällen aber 150 Prozent und bis 400 Prozent! Trotz dieser fabelhaften Perspektiven wollen die ausländischen Kapitalisten nicht anbeihen. Offenbar sind ihnen die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in der USSR zu unsicher. Ksandrrow erwähnte in diesem Zusammenhang ausdrücklich den Abbruch der russisch-englischen Beziehungen im Sommer 1927. Er hätte aber mit noch größerem Recht den Schachtin-Prozess und die daraufhin vollstreckten Todesurteile zitieren können, die den letzten Rest des Vertrauens, den das Ausland noch beizugehen konnte, zerstört haben. Er hätte ferner als eine der Hauptursachen des Fernbleibens von ausländischen Interessenten das hysterische Kriegsgeschrei der kommunistischen Internationale erwähnen können, die fortwährenden Brandreden Stalins und Wroschilows, die den erglück-russischen Kampf als unvermeidlich und nahe bevorstehend hinstellen, endlich das neue Programm der Moskauer Internationale, in dem die Hoffnung auf einen neuen Weltkrieg ausgesprochen wird, aus dem die Weltrevolution siegreich hervorgehen würde usw. usw. Kein Wunder, daß die ausländischen Kapitalisten es vorziehen, ihre Gelder in solchen Ländern anzulegen, wo man ihnen zwar keine derartigen märchenhaften Gewinne bis zu 400 Prozent in Aussicht stellt, wo aber die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gesünder und stabiler sind.

Aber Sowjetrußland braucht Geld, viel Geld und dringend Geld. Ksandrrow hat selbst zugegeben, daß Rußland keine andere Möglichkeit hat, vom Ausland Geld zu erhalten als die Erteilung von Konzessionen an das ausländische Kapital; denn Auslandsanleihen werden ihm nicht gewährt und mit kurzfristigen Krediten wird ihm nicht gedient; Rußlands Kreditnot ist keine neue Erscheinung. Sie hat sich aber im letzten Jahr erheblich verschlimmert. Der Hauptgrund dieser Verschlechterung liegt bei dem Lieferstreit der Bauern. Infolge des passiven Widerstandes der Bauern ist nicht nur der Getreideausfuhrhandel, auf dem der ganze fünfjährige Wirtschaftsplan der Sowjetunion basierte, fast zurückgegangen, sondern es mußten sogar in den letzten Monaten Massenkäufe von ausländischem Getreide abgeschlossen werden, um durch schnelle Einfuhr die Städte vor der Hungersnot zu retten. Damit sind alle Berechnungen der Sowjetregierung über den Hausengewerfen worden. Um den dringendsten Geldbedarf zu decken, hat sie sogar neuerdings zu einem Mittel gegriffen, das Deutschland selbst in den trügerischen Zeiten der Inflation konsequent ablehnte; sie läßt Kunstwerke aus den staatlichen Museen und Schatzkammern im Ausland verkaufen. Gerade jetzt findet in Berlin eine solche Auktion von klassischen Gemälden und Pastellen statt. Wenn ein Staat dazu übergeht, seinen Kulturbesitz zu verhöfeln, dann muß es schon sehr schlimm mit ihm stehen!

Aber Sowjetrußland benötigt ganz andere Summen als die, die eine Auktion noch so wertvoller Kunstwerke erbringen kann. Es braucht Hunderte von Millionen, es braucht Milliarden! Deshalb hat es jetzt beschlossen, das Konzessionswesen in ganz großem Maßstabe zu entwickeln.

Die Sowjetregierung läßt durch ihre „Tas“-Agentur den ausländischen Kapitalisten mitteilen, daß ihnen die Ausbeutung Rußlands in noch nie dagewesenen Umfang frei steht: das neue Programm bietet ihnen die kommunalen Wirtschaftsbetriebe in mehr als 50 Städten aus! Gasanstalten, Elektrizitätswerke, Schlacht-

höfe, Straßenbahnen, Wasserwerke können von ihnen erworben und ausgebeutet werden — zunächst insgesamt für 400 Millionen Rubel = über 1 Milliarde Mark!

Eine größere moralische Katastrophe ist gar nicht denkbar.

Dieses Regime, das sich sozialistisch nennt und das den Kapitalismus ausrotten wollte, hat es also fertiggebracht, dem Privatkapital sogar solche Werte auszuliefern, die selbst in hochkapitalistischen Ländern von der Allgemeinheit zurückerobert werden konnten.

Die europäischen Sozialdemokraten, die von den Agenten Restaus täglich als „Verräter“ und „Agenten des Kapitals“ beschimpft werden, arbeiten unablässig daran, den Besitz des Staates und der Kommunen zu vergrößern und das Tätigkeitsfeld des Privatkapitals einzuschränken. In planmäßigem, zähem Kampfe schreiten sie täglich vorwärts auf diesem Wege: wenn in Berlin, Wien, Hannover oder Köln der Arbeiter die Straßenbahn bestiegt und seine Fahrkarte löst, dann weiß er, daß das Geld, das er für die Fahrt entrichtet, der Stadt zugute kommt, die damit Löhne bezahlt, das Wagenmaterial instandhält und erneuert, das Verkehrsnetz ausdehnt. Ebenso werden in fast allen europäischen Städten Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke von den Kommunen betrieben und die Einnahmen aus diesen Werken kommen den Bürgern selbst zugute. In Sowjetrußland soll es aber künftig anders werden: dort werden künftig die Verbraucher von Gas, Elektrizität und Wasser, die Benutzer von Straßenbahnen mit ihrem Geld die Taschen von amerikanischen und sonstigen Großkapitalisten füllen.

Es ist traurig und beschämend zugleich, daß die meisten Betriebe, die jetzt dem Privatkapital überlassen werden, bereits unter dem Zarismus kommunalisiert waren. In politischer Hinsicht hat der Bolschewismus die Verfolgungsmethoden des Zarismus übernommen;

in wirtschaftlicher Hinsicht ist der Bolschewismus im Begriff, das russische Volk der kapitalistischen Ausbeutung in einem Ausmaße preiszugeben, das selbst unter dem Zarismus unbekannt war.

Diese Verramschung Sowjetrußlands bedeutet für uns keine Ueberraschung, denn wir haben immer wieder die Arbeiterschaft vor den bolschewistischen Illusionen gewarnt. Wir haben ihnen trotz aller kommunistischen Schmähungen immer wieder erklärt, daß der Bolschewismus mit Sozialismus nichts gemein hat, daß der Sozialismus sich nicht mit Mitteln der terroristischen Diktatur erzwingen läßt, sondern daß er nur aus einer organischen Entwicklung hervorgehen kann, getragen von dem Willen der Mehrheit des Volkes. Man hat uns zunächst mit Putzchen, sodann mit Beschimpfungen geantwortet; man hat das Märchen vom „Arbeiterparadies Sowjetrußland“ durch bezahlte „Rußland-Delegierte“ verbreiten lassen. Die Wirklichkeit steht im Veyte des neuen Konzessionsprogramms der Sowjetunion ganz anders aus:

Sowjetrußland wird künftig zum Paradies der ausländischen Kapitalisten, für die sich die russischen Arbeiter schinden müssen!

Curtius bei Braun

Die Volkspartei möchte in die preußische Regierung

Berlin, 2. Oktober. (Eigener Bericht.)

Der volksparteiliche Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius ersuchte den Preußischen Ministerpräsidenten am Dienstag in einer Unterredung von sich aus die Verhandlungen zur Umbildung der Preußischen Regierung einzuleiten. Ministerpräsident Braun hat darauf erwidert, daß er die Initiative zur Bildung der Großen Koalition den Regierungsparteien überlassen müsse. Es ist zu erwarten, daß die Fraktion der Volkspartei bereits am Mittwoch oder Donnerstag an die Führer der Regierungsparteien herantritt und um die Einleitung der von ihr seit langem ersehnten Verhandlungen ersucht.

Die Volkspartei möchte wieder in die preußische Regierung. Das ist offenbar auch der Grund, weshalb sie sich jetzt vom Stahlhelm getrennt hat. Sie wollte auf diese Weise regierungsfähig werden. Und der Stahlhelm in seiner Dummheit hat ihr das nach Möglichkeit verweigert.

Die Kritik an Genf

Von Rudolf Breitscheid.
Genf, 30. September. (Eigener Bericht.)

Die Deutschnationalen haben seit Wochen wieder die Volksseele tochen lassen. Alles, was hier in Genf geschehen ist, war falsch, widersprach den deutschen Interessen und der deutschen Ehre und mußte als weiterer Beweis für die nationale Unzuverlässigkeit eines jeden Kabinetts dienen, an dem die Anhänger des Grafen Westarp nicht beteiligt sind. Briand hat uns beleidigt, und wir sind nicht nur nicht abgerüstet, sondern haben auch nicht einmal die entsprechende „männliche“ Antwort gefunden. Die Rheinlande sind nicht befreit, und wir haben uns im Prinzip zu Verhandlungen über die Reparationen bereit erklärt, ja wir haben unser Einverständnis ausgesprochen, daß über die französische Forderung nach Einsetzung einer Kontrollkommission diskutiert wird. Bei der Behandlung des Entwaffnungsproblems ist die deutsche Auffassung, die natürlich viel zu schlapp vorgetragen wurde, nicht durchgedrungen, und wir haben daraufhin nicht alles kurz und klein geschlagen und sind davor zurückgekehrt, den als baldigen Beginn der deutschen Aufrüstung anzufundigen. Daß außerdem Angehörige der Linksparteien und insbesondere das sozialdemokratische Mitglied der Delegation durch Besprechungen mit Vertretern des „Freibundes“ ein bißchen Landesverrat geübt und dem deutschen Volk wieder einmal den berühmten Dolchstoß versetzt haben, versteht sich am Rande.

Zweifellos werden alle diese Anklagen im Auswärtigen Amt wiederholt werden. Aber, um es gleich zu sagen: wir brauchen sie nicht allzu traurig zu nehmen. Hinter all diesem Geschrei und Getöse stehen in Wirklichkeit, was die Drahtzieher angeht, nur immer politische Absichten, und die Mitläufer machen mit, weil sie sich entweder überhaupt nicht wissen, worum es geht, oder weil sie sich in östlicher Unkenntnis darüber befinden, was in Genf möglich ist.

Was wir noch einmal kurz die Tatsachen sprechen. Das deutsche Auswärtige Amt hatte vor ein paar Monaten vor den Verbänden der Regierungen mitgeteilt, daß man gelegentlich der Rüstungsbundversammlung über die Rheinländerung reden wolle. Gab es nun irgend jemanden, der sich einbilden konnte, wir würden aus Genf mit der seltenen Zulage des sofortigen Abzuges der Besatzungstruppen zurückkehren? Der deutsche Reichskanzler hat sowohl in Einzelbesprechungen wie in den Beratungen der sechs, die Rheinlandbefreiung sowohl auf unserer Berufung auf unseren Rechtsstandpunkt, sowie unter Hinweis auf durch die politische Situation gegebenen Notwendigkeiten gefordert. Kein denkender Mensch konnte so naiv sein, zu glauben, daß die Gegenseite sich ohne weiteres unseren Ansichten anpassen und unserem Anspruch fügen werde. Wir mußten im Gegenteil seit langem, daß sie die Räumung zum mindesten mit der endgültigen Regelung der Reparationsfrage und gewissen deutschen Vorteilen verknüpfen werde. Hier standen sich eben zwei verschiedene Konzeptionen gegenüber.

Nun gab es zwei Möglichkeiten. Entweder wir verließen nach der Ablehnung der sofortigen Gesamträumung den Beratungen still, oder wir fanden uns zu einer Fortsetzung der Verhandlungen auf einer breiteren Basis bereit. Im ersten Fall wäre zweifellos eine Klarheit geschaffen worden. Aber diese Klarheit hätte unsere auswärtige Politik zu bestimmten Konsequenzen verpflichtet. Sie hätte den Weg des Versuches einer Verständigung mit den Westmächten verlassen und andere Bahnen einschlagen müssen. Aber wo waren die neuen Bahnen zu finden, und wenn sie gefunden worden wären, würden die bestreiten Gebiete von ihrem Betreten irgendwelche Vorteile gehabt haben? Es war ja nicht allein Frankreich, das nein sagte, sondern England, Italien und die anderen besonnen sich mit ihm in voller Uebereinstimmung. Irigendwann hätte Deutschland doch auf die ursprüngliche Straße zurückkehren müssen, und im besten Fall wäre dann viel kostbare Zeit verloren gewesen.

Wissentlich ist ein Teil der Erregung darauf zurückzuführen, daß sich das Auswärtige Amt zunächst auf einem zu starren Geleise bewegte. Seine Formeln, die ja auch der Öffentlichkeit bekannt wurden, waren etwas zu unelastisch, und als man nun etwas beweglicher wurde, war das deutsche Volk auf diese Wendung nicht recht vorbereitet. Der Grundsatz war aufgestellt worden, daß die Räumungsfrage mit keiner anderen Angelegenheit, auch nicht mit der der Reparationen verbunden werden dürfe. Aber da man geneigt war, „parallel“ Besprechungen über die finanziellen Wünsche der Franzosen zuzustimmen, ergaben sich Schwierigkeiten für die Formulierung, die in Deutschland, wo man noch dazu in weiten Kreisen kein genügendes Verständnis für die absolute Notwendigkeit der Reparationsregelung besitzt, nicht ohne weiteres verstanden wurde. Es hat sich eben herausgestellt, daß man zu Konferenzen, die noch dazu wie solche in Genf, unter dem Scharfwerfer der gesamten internationalen Presse stattfanden, nicht in einer durchaus gebundenen und der Öffentlichkeit vorher bekanntgegebenen Marschroute gehen darf. Die Unterhändler müssen eine gewisse Beweglichkeit besitzen, wenn sie nicht sehr bald auf einem isolen Punkt enden wollen. Erfreulicherweise haben sie hier diese Beweglichkeit gefunden, ohne daß sie von dem grundsätzlichen deutschen Standpunkt etwas aufgegeben hätten, und sie verdienen nicht im geringsten die Vorwürfe, die von den patentierten Hütern der deutschen Ehre gegen sie erhoben werden.

Aber nun die Kontrollkommission. Eriens einmal haben auch die Franzosen an keine militärische Kommission gedacht, sondern ihre Idee ging dahin, ein „Kollégium“ aus Zivilpersonen unter Zuziehung eines deutschen Vertreters zu schaffen, das von Fall zu Fall zusammenzutreten sollte, um etwaige Verstöße gegen den Vorkriegszustand zu konstatieren und gleichzeitig als erste Ausgleichsanstanz vor Anrufung des Völkerbundesrats wirksam zu werden. Der Streit ging um die Einsetzung dieser Kommission. Die deutschen Vertreter hielten an der Grenze von 1935 fest, die Gegenseite wollte diese Bestimmung nicht gelten lassen. Es gab private Besprechungen, in denen theoretisch die Frage der Zweifeltigkeit einer solchen Kommission von längerer Dauer erörtert wurde, d. h. daß man

sch darüber unterhielt, ob es denkbar sei, nicht nur die entmilitarisierte Zone in Deutschland, sondern auch entsprechende Gebiete in Frankreich und Belgien zu kontrollieren. Es wurde auch darüber diskutiert, ob ein derartiger Ausschuss nicht etwa für alle zwischen den in Betracht kommenden Staaten stützigen Fragen im zureichend erklärt werden könnte, und diese Unterhaltungen waren es, die den Anlaß zu dem Geschrei über den Landesverrat der Sozialisten und anderer vaterlandsloser Elemente bildeten. Schließlich ist in das Kommuniqué der Sach aufgenommen worden, daß man prinzipiell die Angelegenheit für erwägenswert halte, aber wiederum wurde der deutsche Standpunkt in keiner Weise preisgegeben.

Weshalb nicht also, daß zum ersten Mal die Gegenpartei die frühere Rheinlandräumung offiziell als diskussionsfähig anerkannt hat und daß die Tore zu dieser Diskussion geöffnet sind. Wir fragen:

Gaben die Delegationen, als sie in der Regierung waren, und haben sie, als im vorigen Jahre der Abg. Hoehlich der deutschen Delegation angehörte, einen ähnlichen Erfolg aufzuweisen gehabt?

Sie wissen sehr wohl, daß dem nicht so ist. Sie wissen vielleicht auch, daß Vertreter der Westmächte ihre größere Verhandlungsbereitschaft ausdrücklich mit dem Ausfall der letzten deutschen Wahlen begründet haben. Ihre Kritik in Demagogie, und hinter ihren Anklagen verbirgt sich der Wunsch, die eigene Erfolglosigkeit in Vergangenheit zu bringen.

Abfrage der Volkspartei an den Stahlhelm

Austritt aller volksparteilichen Abgeordneten aus dem Stahlhelm.

Der Vorstand der volksparteilichen Reichstagsfraktion besaßte sich am Dienstag mit den Angehörigen des Stahlhelms und gab der Überzeugung Ausdruck, daß Mitglieder der Fraktion weiterhin unmöglich noch dem Stahlhelm angehören können. Die Stahlhelmmitglieder der volksparteilichen Fraktion des Preussischen Landtags beschließen unter Hinweis auf den Gesetzentwurf von Fürstentum ebenfalls ihren Austritt aus dem Stahlhelm.

Und was geschieht mit den Mitgliedern der Volkspartei, die kein Mandat ausüben, aber dem Stahlhelm angehören? Dürfen sie weiterhin dieser Organisation angehören oder gestattet die Volkspartei nur das eine oder andere? Die Volkspartei wird nicht umhin können, sich dazu offiziell zu äußern!

Die Länder einstimmig für Hermann Müller

Die Länderkonferenz billigt die Haltung in Genf

Amlich wird gemeldet: Am Dienstag vormittag fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit aller in Berlin weilender Mitglieder des Reichskabinetts die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder über den Verlauf und das Ergebnis der Genfer Verhandlungen statt.

An den eingehenden Bericht des Reichskanzlers, der durch Ausführungen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes u. Schuberer für einige Spezialfragen ergänzt wurde, schloß sich eine Aussprache an. Sie ergab eine völlige Übereinstimmung in der Auffassung über die Haltung der deutschen Delegation in Genf, die einstimmige Billigung fand.

Eine Besprechung über die Strafrechtsreform

Der Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform wird am 9. Oktober keine Arbeiten wieder aufnehmen. Reichsjustizminister Koch-Weser hat die Führer der Koalitionsparteien für Mittwoch nachmittags zu einer Besprechung eingeladen, in der die Fragen der Strafrechtsreform behandelt werden sollen.

Der Seewolf.

Von Jack London.

(Nachdruck verboten.)

Ich sah die Wolf Larjen unter der Schulter und schleuderte ihn nach der Laufbrücke. Maud holte einen Strick. Ich zog ihn ihm unter den Armen hindurch, brachte ihn über die Schwelle und ließ ihn über die Stufen auf den Boden hinab. Ich konnte ihn nicht in eine Kofe heben, aber mit Mauds Hilfe hob ich zuerst den Kopf und die Schultern über den Rand, doch dann den Körper nach und hatte ihn nun in einer Unterkoje.

Aber das genügt mir noch nicht. Ich erinnerte mich, daß er in seiner Kajüte Handbeinen hatte, die er zuweilen bei seinen Matrosen benutzt hatte. Und als wir ihn dann verließen, lag er an Händen und Füßen gefesselt da. Zum erstenmal seit vielen Tagen atmete ich auf. Als ich an Deck kam, fühlte ich mich so erleichtert, als wäre eine schwere Last von meinen Schultern genommen.

Wir zogen sofort an Bord der „Shoß“, nahmen unsere alte Kajüte in Besitz und suchten in der Kombüse. Die Gefangennahme Wolf Larjens war zu einem äußerst günstigen Zeitpunkt erfolgt, denn der Nachkommer war vorbei und es hatte regnerisches und fürmliches Wetter eingesetzt.

Wir hatten Wolf Larjen in Eisen, aber wie nützlich war es jetzt! Dem Anfall war eine ernste Schüttung gefolgt. Maud machte diese Entdeckung, als sie am Nachmittag versuchte, ihm etwas zu essen zu geben. Er schien noch bewußtlos zu sein, und als wir ihn ansprachen, antwortete er nicht. Er lag diesmal auf der linken Seite und litt offenbar starke Schmerzen. In ewiger Unruhe warf er den Kopf hin und her. Dabei hob er das Ohr von dem Kissen, gegen das es gepreßt gewesen war, und sofort hörte er, was sie sagte, und antwortete.

Maud wandte sich zu mir. Ich presste ihm wieder das Kissen gegen das linke Ohr und fragte ihn, ob er mich hörte, aber er regte sich nicht. Dann nahm ich das Kissen fort, wiederholte die Frage, und sofort erwiderte er, daß er mich verstände.

„Wissen Sie, daß Sie auf dem rechten Ohr taub sind?“ fragte ich. — „Ja,“ antwortete er mit leiser Stimme, und schimmer als das: meine ganze rechte Seite ist wie gelähmt. Ich kann weder Arm noch Bein bewegen.“

Ein neuer Vorschlag Polens

Auf alle Einfuhrkontingente soll verzichtet werden

Wir haben gestern gemeldet, daß der Führer der deutschen Handelsvertragsdelegation in Warschau, Hermes, für einige Tage nach Berlin zu Verhandlungen mit der Reichsregierung gereist ist. Dieser Reise liegt ein besonderer Anlaß zugrunde. Der Führer der polnischen Handelsvertragsdelegation, Herr v. Twardowski, hat nämlich der deutschen Delegation einen neuen, umfassenden und weitreichenden Vorschlag gemacht. Die Polen, die immer mehr von dem Plan, zunächst nur einen Teilvertrag mit Deutschland abzuschließen, abkommen und auf den möglichst baldigen Abschluß eines umfassenden Wirtschaftsvertrages mit Deutschland hinarbeiten, haben Deutschland nämlich vorgeschlagen, entsprechend dem Beschließen der Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes, in den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen auf die Kontingentierung der Einfuhr überhaupt zu verzichten.

Wir halten diesen Vorschlag für außerordentlich wertvoll, denn die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen werden dadurch nicht nur außerordentlich vereinfacht, weil die Annahme dieses Grundgesetzes nicht nur den Streit über den Umfang der einzelnen Kontingente völlig aus der Welt schaffen würde, sondern weil auch die Annahme dieses Verchlages dem deutsch-polnischen Handel in viel größerem Maße die Wege ebnet würde, als in den bisherigen Plänen ins Auge gefaßt war. Die Annahme dieses Grundgesetzes würde einen umfassenden Abbau der beiderseitigen Vörsperremassnahmen in sich schließen. Auch in der so sehr unkritischen Frage der Schweineinfuhr würde die Annahme dieses Vorschlages keine Schwierigkeiten machen, da die veterinärpolizeilichen Schutzmaßnahmen von seiner Annahme völlig unberührt bleiben würden. Das ist feinerzeit in der Wirtschaftskommission des Völkerbundes ausdrücklich anerkannt worden.

Wir möchten deshalb durchaus dafür eintreten, daß die Reichsregierung diesen neuen polnischen Vorschlag, dessen Annahme die Verhandlungen außerordentlich fördern wird, annimmt. Die Annahme würde auch über den Rahmen der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen hinaus einen großen Fortschritt in der deutschen Handelspolitik bedeuten.

Um die Gemeindewahlen

Wiederzusammentritt des Preussischen Landtags.

Berlin, 2. Oktober. (Eigener Bericht.) Der Preussische Landtag trat am Dienstag nach dem Sommerpaus zu einer Herbsttagung zusammen, deren Hauptzweck die endgültige Entscheidung über den Termin der Kommunalwahlen ist. Eine Einigung unter den Parteien ist darüber bisher noch nicht erfolgt.

Der Preussische Innenminister hat mit Zustimmung des Kabinetts dem Landtag eine Vorlage unterbreitet, derzufolge am 2. Dezember gemeinsam Gemeindewahlen, Kreis-, Kreis- und Provinziallandtagswahlen stattfinden sollen. Die erste Lesung dieser Vorlage ergab, daß für die klar und unbedingt nur Sozialdemokraten und Kommunisten eintreten. Die Demokraten möchten am liebsten alle Wahlen auf das nächste Frühjahr verlegen sehen. Das Zentrum ist bereit, die Kommunalwahlen am 2. Dezember stattfinden zu lassen, lehnt aber die gleichzeitige Vornahme der Kreis- und Provinzialwahlen ab; ebenso die Deutschen Nationalen und die verschiedenen Sorten der Polischen. Auch unentschieden ist die Volkspartei. Es ist nicht unmöglich, daß in der Ausschussberatung Demokraten und Volkspartei und auch die Wirtschaftspartei sich dem sozialdemokratischen Standpunkt anschließen. Jedenfalls erklärte der Innenminister, daß die Regierung eine weitere Hinausschiebung der Gemeindewahlen nicht zulassen könne.

Die Begründung dieses Standpunktes liegt vor allem in den beiden Tatsachen, die von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Haas (Köln) hart unterstrichen wurden. Nach der Auflösung der Kreisbezirke muß deren Einwohnern auch möglichst bald praktische Gelegenheit zur Ausübung des neu gewonnenen Gemeindegewaltrechtes gegeben werden. Abgesehen davon sind die gegenwärtigen Gemeindeparramente, gewählt am 1. Mai 1921, reichlich überaltert und durch den Wechsel der Volksstimmung überholt. Dazu kommt, daß gegenwärtig durch das

Sperrgesetz, das für die Ergänzungswahlen zum Magistrat zweifelhafte Mäßigkeit vorschreibt, eine ordnungsmäßige Ergänzung der Stadterwahlen nicht nur unmöglich ist, ein Zustand, den man natürlich nicht unbearbeitet lange andauern lassen darf. Die Gemeindewahlen müssen also schleunigst durchgeführt werden, und das ist praktisch ist, die Kreis- und Provinzialwahlen gleich mit zu erledigen, anstatt übers Jahr mit neuen Kosten einen neuen Wahlfeldzug zu führen und die Entscheidung dem Zufall schwacher Wahlbeteiligung zu überlassen, liegt klar auf der Hand. Aber es scheint beinahe, als ob manche Parteien zwar sehr demokratisch sind, aber das verfluchte Wählen nicht leiden können. Schade, daß es keine Demokratie ohne Wähler gibt! Die Herrschaften, die bei den kommenden Wahlen Verzicht beabsichtigen, werden sich damit abfinden müssen, daß in der Demokratie die Parteien nur soweit Macht ausüben können, als ihnen jeweils das Mandat der Wähler überträgt.

Die Vorlage über die Gemeindewahlen wurde vom Landtag schließlich dem Gemeindevorschuss überwiesen. Man wünscht allerseits rasche Arbeit, um den Landtag nicht unnötig lange zusammenhalten zu müssen und möchte möglichst noch in dieser Woche eine klare Entscheidung herbeiführen. Der Landtag erledigte deshalb am Dienstag noch in heftiger Arbeit eine lange Liste kleiner, zum Teil recht wichtiger Vorlagen. So bewilligte er u. a. 31 Millionen Mark für den Ausbau der Fischereihäfen.

Auf der Tagesordnung der Mittwoch-Sitzung stehen die Notverordnung über die Verlängerung der Grundvermögenssteuer, die Geschäftsberichte der preussischen staatlichen Gesellschaften im Bergbau und in der Elektro-Industrie und die Große Anfrage über den Erwerb der Aktien des Scheiner-Konzerns (Mühlenindustrie) durch die staatliche Preussentasse.

Aus dem Bericht kann man entnehmen, daß das Geschrei der Kommunisten, die SPD. sei für Verschiebung der Gemeindewahlen, wieder einmal gefolgt ist. Sowohl die SPD. wie auch die preussische Regierung sind für Gemeindewahlen am 2. Dezember.

Geipel auf dem Rückzuge

Das Verbot des Wiener Neustädter Arbeiterlages wieder aufzuheben.

Wien, 2. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der Sozialdemokratischen Partei wurde am Dienstag von dem Landeshauptmann mitgeteilt, daß das Verbot des Arbeiterlages in Wiener Neustadt aufgehoben werde. Die hieran geknüpfte Bedingung besteht darin, daß eine Demarkationslinie in der Richtung des Wien-Neustädter Kanals gezogen wird. Außerdem sollen am Mittwoch zwischen den staatlichen Behörden und dem Wien-Neustädter Magistrat über die Abgrenzung der Beranflachtungen bestimmte Vereinbarungen getroffen werden, die eine reibungslose Durchführung der beiden Kundgebungen ermöglichen sollen.

Die Regierung hat also das Verbot der sozialdemokratischen Kundgebung aufgehoben; sie steht aber nach wie vor auch im Begriff, den Wärsen der Heimwehren in jeder Beziehung Rechnung zu tragen. Der Wien-Neustädter Kanal, der als Demarkationslinie gedacht ist, ist schon seit Jahren zugeschüttet. Es handelt sich also nur um eine fiktive Demarkationslinie, die er dem noch unstrittigen Hauptplatz vorbeiführt. Die Kundgebung der Heimwehr dürfte infolgedessen bis an den Hauptplatz reichen. Was mit diesem Hauptplatz selbst geschehen wird, soll in den Besprechungen festgelegt werden. Der Plan des Landeshauptmanns stellt damit keine Lösung der kritischen Situation dar, sondern stellt lediglich den ursprünglichen Zustand wieder her.

Kommt die bayrische Polizei den Heimwehrlenten zu Hilfe?

München, 2. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Am Dienstag sind nach einer Meldung der kommunistischen „Neuen Zeitung“ vom Verladebahnhof München-Laim 500 kriegsmäßig ausgerüstete Landespolizisten an die österreichische Grenze abgerollt, wo sie für den 7. Oktober der österreichischen Regierung zur Verfügung stehen sollen. Mit dem gleichen Ziel sollen auch in anderen bayrischen Städten Kontingente grüner Polizei verladen worden sein.

Von der zuständigen Stelle des bayrischen Innenministeriums wird der Abtransport von Polizeimannschaften zugegeben, dagegen auf das entschiedenste bestritten, daß das irgend etwas mit den in Wiener Neustadt geplanten Kundgebungen zu tun habe. Zweck des Transports sei lediglich die alljährliche Feldübungsübung der Landespolizei, die dieses Jahr in der Miesbacher Gegend, allerdings unweit von der Tiroler Grenze, abgehalten werde.

„Verstellen Sie sich nun wieder?“ fragte ich ärgerlich. Er schüttelte den Kopf und sein trotziger Mund verzog sich zu einem seltsamen, verzerrten Lächeln, wirklich: verzerrt, denn nur die Muskeln der linken Gesichtshälfte bewegten sich, während die rechte Seite starr blieb.

„Das war das letzte Spiel des Wolfes.“ sagte er. „Ich bin gelähmt. Ich werde nie wieder gehen. Oh, nur die andere Seite.“ fügte er hinzu, als erderte er den mißtrauischen Blick, den ich auf sein linkes Bein warf, dessen Knie sich soeben unter der Decke gekrümmt hatte.

„Es ist auch wirklich Peck,“ fuhr er fort. „Ich würde mich freuen haben, wenn ich Ihnen wenigstens den Garauß gemacht hätte. Dazu, dachte ich, würdigen meine Kräfte noch reichen.“

„Aber warum denn?“ fragte ich entsetzt, aber doch neugierig.

Wieder verzog sich sein trotziger Mund zu dem verzerrten Lächeln und er sagte:

„Ach nur, um lebendig zu sein, zu leben und zu handeln, um das größte Stück Garpost zu sein, um Sie zu freffen. Aber auf diese Weise zu sterben...“

Er suchte die Achseln oder versuchte es vielmehr, denn nur die linke Schulter bewegte sich. Sein Achseljucken war ebenso verzerrt wie sein Lächeln.

„Aber haben Sie eine Erklärung für Ihre Krankheit?“ fragte ich. „Wo ist sie?“

„Im Gehirn,“ erwiderte er sofort. „Die verfluchten Kopfschmerzen sind die Ursache. Es gibt keine Erklärung dafür. Ich bin nie in meinem Leben krank gewesen. Jemand etwas ist mit meinem Gehirn los — etwas, das fröhlich und zerstört. Es greift mein Nervenzentrum an, fröhlich und auf Stuhl, Zelle auf Zelle — vor Schmerz und das Verfluchte dabei ist, daß ich bei vollem Bewußtsein, vollkommen klar und geistig ungeschwächt hier liegen muß und weiß, daß die Kurze Holz für Holz abwärts geht und daß ich immer mehr von der Außenwelt abgeschnitten werde. Ich kann nicht mehr sehen, Gehör und Gefühl verlassen mich und bald werde ich auch nicht mehr sprechen können. Und doch werde ich hier sein, lebendig und ohnmächtig.“

„Und wie denken Sie nun über die Unsterblichkeit der Seele?“ fragte ich ihn.

„Die Seele —?“ Er lachte höhnisch. Dann drehte er sein linkes Ohr wieder gegen das Kissen, zum Zeichen, daß er die Unterhaltung nicht fortzusetzen wünschte.

Maud und ich machten uns an unsere Arbeit, gedrückt durch den Gedanken an das furchtbare Geschick, das ihn

betroffen hatte — wie furchtbar es war, sollten wir erst später ganz erfahren. Es lag etwas von dem Schreden der Bergeltung darin. Unsere Gedanken waren erst und wir sprachen anfangs nur flüsternd miteinander.

„Sie könnten mir gern die Handbeinen abnehmen,“ jagte er abends, als wir neben ihm standen und über seinen Zustand sprachen. „Ganz sicher, ich bin Paralytiker. Ich habe mich schon auf das Wundliegen gefaßt gemacht.“

Er lächelte sein verzerrtes Lächeln. Mauds Augen waren starr vor Entsetzen und sie mußte sich abwenden. Wir nahmen ihm die Handbeinen ab, konnten uns aber doch nicht mit seinem Zustand vertraut machen. Unsere Erfahrung machte uns unsicher und nur mit einem Gefühl von Angst gingen wir wieder an unsere Arbeit.

Zwei volle Tage arbeiteten wir und erst am Morgen des dritten waren wir fertig.

Ein neuer Schlag hatte Wolf Larjen getroffen. Er hatte die Stimme verloren. Nur hin und wieder konnte er noch Gebrauch von ihr machen. Aber plötzlich konnte die Stimme mitten im Satz versagen und dann mußten wir zuweilen stundenlang warten, bis die Verbindung wieder hergestellt war. Er klagte über starke Kopfschmerzen. In dieser Periode dachte er sich ein System aus, um sich mit uns verständigen zu können, wenn er überhaupt nicht mehr sprechen konnte: ein einfacher Händedruck bedeutete ja, ein doppelter nein. Es war gut, daß wir diese Vereinbarung trafen, denn schon am Abend versagte die Sprache ganz. Jetzt beantwortete er unsere Fragen durch Händedruck und wenn er zu sprechen wünschte, frigelte er seine Gedanken mit der Finken, kaum lesbar, auf ein Blatt Papier.

Der strenge Winter war im Anmarsch. Ein Sturm folgte dem andern mit Schnee, Hagel und Regen. Die Kobben hatten ihre große Wanderung nach dem Süden angetreten. Ich arbeitete fieberhaft. Trotz Wind und Wetter war ich vom frühen Morgen bis zum späten Abend an Deck und machte tüchtige Fortschritte.

Meine Erfahrungen beim Einrichten der „Schere“ und des Fodmaßes kamen mir jetzt zugute. Ich brachte Tafelung, Stags und Faße an, aber ich brauchte sieben Tage dazu.

Während ich am Fodmaß arbeitete, nähte Maud an den Segeln, immer bereit, ihre Arbeit aus der Hand zu legen, wenn es galt, mir zu helfen, wo meine beiden Hände nicht ausreichten. Das Segelkleben war hart und schwer. Ihre armen Hände waren bald von Blasen bedeckt, aber sie kämpfte tapfer weiter und dazu kochte sie und pflegte den Kranken. — Die Masten standen! (Fortsetzung folgt.)

Die britische Arbeiterpartei gegen die britische Kriegspolitik

Birmingham, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteitag der Arbeiterpartei fand am Dienstag im Zeichen einer großen außenpolitischen Aussprache. In der Debatte kam allgemein die Besorgnis über die internationale Lage zum Ausdruck, wobei von sämtlichen Rednern ohne Ausnahme die Hauptschuld für die eingetretene Verschlechterung der internationalen Lage der gegenwärtigen konservativen Regierung zugeschoben wurde.

In einer großen Rede, mit der Mac Donald die Annahme der vorliegenden Resolution empfahl, betonte der Führer der Arbeiterpartei, daß die von den ehemaligen Alliierten seit 1924 gewählten Methoden zur Herbeiführung der Abrüstung auf einem fundamentalen Mißverständnis der Notwendigkeiten der Situation beruhen. Jeder Staat gehe bei den Genfer Verhandlungen von der Annahme aus, daß ein Krieg ausbrechen werde und sei lediglich bereit, nach einem Schlüssel abzurufen, der ihm seine bisherige militärische Stärke im Verhältnis zu den anderen sichere. Ein Ausweg aus diesem trügerischen Zirkel sei nur möglich, wenn ein Staat mit einem neuen Ausblick die Abrüstung in Gang bringe.

Birmingham, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem Parteitag der englischen Arbeiterpartei kritisierte Sir Oswald Mosley im weiteren Verlauf der Debatte namens des Parteivorstandes die Haltung der Regierung, die in Genf die Aussicht auf eine Weltabrüstung verkörpert habe. Ein von der Gewerkschaft der Schneider vorgeschlagener, stark kommunistisch orientierter Redner, machte dann den ansichtslosen Versuch, eine Erklärung der Resolution durch die Thesen des russischen Abrüstungsvorschlages durchzuführen.

Mit den Reden des Völkerrechtslehrers Professor Baker, des Marinefachmannes Kommandeur Kennworthy und des ehemaligen liberalen Ministers und jetzigen Unterhausmitgliedes der Arbeiterpartei McDermott gelang es, die Diskussion schließlich ein ganz ungewöhnlich hohes Niveau. Sämtliche Redner legten den Schwerpunkt der Kritik auf

Das Versagen der britischen Kriegspolitik in Genf.

Wenn tadelte die Regierung, daß sie die künftigen Mitglieder des Kabinetts als Vertreter Großbritanniens nach Genf entsende. Vater wies nach, wie die Haltung der Briten in Genf das Prestige Englands im Ausland aufs Schwerste geschädigt habe. Anmuthig ging auf die Ägyptenpolitik ein und stellte unter stärkstem Beifall des Parteitagess, daß Großbritannien zu sein sei, offen vorgehen und die verächtliche Politik in Ägypten betreiben, eingeborene Verräter an ihrem Volk in den Dienst zu stellen.

Der Parteitag verabschiedete dann einstimmig die — von uns bereits wiedergegebene — Resolution, die jede zukünftige Arbeiterregierung u. a. verpflichtet, sämtliche Geheimabkommen sofort nach Regierungsantritt zu veröffentlichen und für die sofortige Räumung des Rheinlandes von fremden Truppen einzutreten.

A. Kr. Dieser energische Vorstoß der britischen Arbeiterpartei gegen die auswärtige Politik der gegenwärtigen britischen Regierung ist ein Ereignis von großer politischer Tragweite, nicht nur deshalb, weil die Arbeiterpartei vielleicht bei den nächsten Wahlen siegen und aufs neue die Zügel der Regierung ergreifen wird, sondern auch deshalb, weil ein solcher Vorstoß der Opposition gegen die Kriegspolitik der Regierung in England überhaupt etwas ganz Außergewöhnliches ist. Ist es doch in England seit

Jahrzehnten Sitte, die Außenpolitik des Landes aus dem innerpolitischen Kampf nach Möglichkeit ganz herauszulassen. Wagt doch in England jede Regierung die Führer der Opposition in der Außenpolitik nicht nur auf dem Laufenden zu erhalten, sondern sich auch vor entscheidenden außenpolitischen Entschlüssen der Zustimmung der Opposition zu ihnen zu vergewissern. Gerade darin lag ja die große Stabilität der britischen Außenpolitik mit begründet. Die Außenpolitik galt in England von jeher als etwas, das nicht Parteisache ist, man war der Auffassung, daß sie, da sie das Schicksal des ganzen Volkes bestimmt, auch von der Zustimmung des ganzen Volkes getragen werden muß. Nur in seltenen Fällen sind die Regierungen davon abgegangen. Das letzte Mal, als eine britische Regierung das tat, war Ende der 90er Jahre vor Beginn des Burenkrieges, als ebenfalls eine konservative Regierung um der Interessen des ihr nahestehenden Großkapitals willen den imperialistischen Vorstoß gegen die Burenrepubliken unternahm. Aber selbst damals konnte die konservative Regierung sich immerhin darauf berufen, daß diese ihre Außenpolitik auch die Zustimmung großer Massen der Engländer fände, die nicht parteimäßig den Konservativen verschrieben waren. Daraus lau man erst entnehmen, wie unerhöht der gegenwärtige Zustand in England ist. Es ist seit langen Jahrzehnten nicht mehr vorgekommen, daß die Opposition sich ausdrücklich weigert, die Außenpolitik der Regierung mitzumachen, und ankündigt, daß sie, wenn sie an die Macht kommen würde, das Staatssteuern energisch herabzusetzen und auch außenpolitisch in eine ganz andere Richtung steuern würde.

Es darf deshalb erwartet werden, daß diese Beschlüsse des Parteitages der britischen Arbeiterpartei nicht wirkungslos an der Außenpolitik der gegenwärtigen britischen Regierung vorübergehen werden, zumal in England die Wahlen bevorstehen und die Arbeiterpartei auch die Zustimmung der anderen englischen Oppositionspartei, nämlich der Liberalen unter Lloyd George, finden dürfte. Es darf deshalb wohl damit gerechnet werden, daß die gegenwärtige englische Regierung in ihrer Außenpolitik in Zukunft wesentlich vorzüglicher werden und sich überlegen wird, ob sie ihre systematische Sabotage der Abrüstung, die sie in den letzten Jahren betrieben hat, auch weiterhin aufrechterhalten will. Und das umso mehr, als auch der Wert von Zusagen außenpolitischer Natur dieser Regierung für die fremden Mächte in dem Augenblick sehr viel geringer werden muß, in dem feststeht, daß unter Umständen diese Zusagen von der nachfolgenden Regierung nicht aufrechterhalten werden.

Der einstimmige Vorstoß der britischen Arbeiterpartei darf deshalb als eine erfreuliche Tat im Dienste des Friedens und der Abrüstung gewertet werden, die nicht fruchtlos bleiben wird.

Die Generalversammlung des Reichsbanners

Hannover, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Bundes-Generalversammlung des Reichsbanners fand am Dienstag mit der Wiederwahl des alten Bundesvorstandes ihren Abschluß. Der Wahl voraus ging die Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Angenommen wurde u. a. ein Antrag, mit den ausländischen Frontsoldaten-Organisationen, soweit sie den Frieden erstreben, in nähere Verbindung zu treten. Weiter soll der Zustand der Kriegergräber kontrolliert und Einfluß darauf

genommen werden, daß sie besser instandgehalten werden. Am Ende jeder Goulette soll eine Festschrift zur Abwehr von Angriffen auf die republikanische Staatsform eingerichtet werden. Künftig dürfen Denkmäler und Ehreninseln nur mit Genehmigung des Bundesvorstandes errichtet werden. Mitglieder des Reichsbundes können nicht Mitglieder des Reichsbanners sein. Die Werbeweise soll auf eine spätere Jahreszeit verlegt werden. Der Bundesvorstand wird beantragt, alle zweidimensionalen Maßnahmen zu treffen, um den 1. August zum gelegentlichen Feiertag zu erheben. Die Bundesorgane „Reichsbanner“ und „Münchener Reichsbannerzeitung“ sollen zu den bisherigen Weisen bleiben. Bei der Reichsbannerverwaltung soll der Bundesvorstand dahin wirken, daß das Verbot zurückgezogen wird, nach dem Fahnenmasten zum Hissen der Reichsflagge auf den Bahnhöfen nicht aufgestellt werden dürfen.

Hoffmann-Chemnitz berichtet dann über die Vorschläge der Sachungskommission. Der Gau Berlin-Brandenburg stellt den Antrag, die Zustimmung über die Schungen bis zum nächsten Bundesstag zurückzustellen, aber die Bestimmungen über Rechtshilfe und Sterbegeld bei Unfall und Tod im Dienste des Reichsbanners sofort in Kraft treten zu lassen. Der Antrag löste eine längere, teilweise recht lebhaft geführte Debatte aus, die schließlich dazu führte, daß in der Mittagspause die Sachungskommission noch einmal zur Durchberatung der Vorlage zusammentrat.

In der

Nachmittagsführung

wird der vorgelegte Satzungsentwurf mit großer Mehrheit angenommen. Er bringt eine Beitragserhöhung von 10 Pf. pro Monat, dafür aber eine Reihe von Unterstützungs-einrichtungen, so ein Sterbegeld bei Tod im Dienste des Reichsbanners, bei Tod durch Unfall und bei natürlichem Tode, ferner einen Krankengeldzuschuß bei Krankheit oder Verletzung im Dienste des Reichsbanners.

Es hatten dann zwei Vertreter des besetzten Gebietes kurze Ansprachen, in denen sie eindringlich die Not des besetzten Gebietes schildern und dem Reichsbanner Hermann Müller für seine Bemühungen in Genf, eine Räumung der besetzten Gebiete herbeizuführen, Dank abstaten. Eine Räumung sei im Interesse des Friedens dringend erforderlich.

Im Anschluß an die Wahl erfolgt unter lebhaftem Beifall eine besondere Ehrung Görings. Stellung-Berlin überreicht ihm im Auftrage von 30 Gauern mit Worten herzlichsten Dankes für seine bisherige Tätigkeit ein von einem hervorragenden Künstler gemaltes Bild Görings. Göring verbindet mit diesem Dank die Hoffnung, daß Göring recht bald wieder seine volle Gesundheit erlangt. „Wir verbinden“, so schloß er, „mit diesem Danke das Gelübnis, mit ihm als unseren Führer weiter zu arbeiten für die freie, deutsche, soziale Republik.“ Göring, der sichtlich gerührt ist, kann infolge Verjauns seiner Stimme nicht selbst danken. Für ihn spricht Kamerad Erich herzhafte Dankesworte.

Vorsitzender Schöffel faßt das Ergebnis der Generalversammlung in einem rühmenden Schlußwort zusammen. Er dankt den hannoverschen Kameraden für die Fürsorge und den guten Rahmen, die sie der Generalversammlung gaben. Die Tagung sei ein Beweis für die Stärke und Geschlossenheit des Reichsbanners, die durch nichts zu erschüttern sei. „Wir arbeiten mit unserem ganzen Herzen für die deutsche Republik, weil dieser Staat unser Staat ist.“ Mit einem Hoch auf die Deutsche Republik wurde die Bundes-Generalversammlung am späten Nachmittag geschlossen.

Spaltung der

jugoslawischen Sozialdemokratie

Belgrad, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die jugoslawische Sozialdemokratie hat sich gespalten. Die Opposition ist aus der Partei ausgetreten und beschließt nunmehr selbständig vorzugehen.

GREILING

Greiling-Zigaretten
auch in Schlesien

Greiling Typ 5. Alles ist einzigartig.
Die Mischung • Das Edelweissmundstück • Die Metall-Karton-Packung.
Deshalb hat sich auch unser Umsatz in den letzten 2 Jahren nachweislich versechsfacht. Diese Tatsache gibt Ihnen die Gewähr, daß Ihnen die unvergleichliche Greiling Typ 5 den Genuß bringt, den Sie sich wünschen. Größerer Genuß für gleiches Geld!

GREILING

Stadt-Theater
(Opernhaus).
Mittwoch
20 bis gegen 22.30 Uhr:
3. Akt von "Der Barbier von Sevilla"
24. v. d. W. v. d. W. v. d. W.
Donnerstag
20 bis 22.00 Uhr:
3. Akt von "Der Barbier von Sevilla"
24. v. d. W. v. d. W. v. d. W.
Freitag
19.50 bis gegen 22.15:
3. Akt von "Der Barbier von Sevilla"
24. v. d. W. v. d. W. v. d. W.
Die Zauberflöte

Lobe-Theater
Lehningstr. 8. Tel. 56747
Mittwoch bis Freitag
20 Uhr:
"Der lebende
Leichnam"
Drama v. Leo Tolstoi.
Sonntags 20 Uhr
Uraufführung!
Eine kleine Sünde
Komödie
von André Birabeau

Mittwoch: 7706
2 Vorstellungen
3 Uhr: Kinder frühe Preise von 2 Mark aufwärts.
7.30 Uhr: Galavorstellung.
Vorverkäufe: Circus ab 9 Uhr früh, Tel. 511 69 u.
515 21. Bransch, Tel. 525 41. Hamburg-Amerika-
Linie, Gartenstr. 69, Tel. 546 51 und 511 23.
SARRASANI

**VERPACKUNG
UND HYGIENE**

Auf den Knetprozeß folgt die Verpackung,
ohne daß bis dahin während des ganzen Fabri-
kationsvorganges eine Menschenhand mit der
Margarine in Verbindung gekommen ist.
Auch die Verpackung selbst erfolgt in den
Rama-Werken auf automatischem Wege:
durch die Würfel-Packmaschinen. Infolge ihrer
sinnreichen Konstruktion vollziehen diese
Wunderwerke moderner Technik das Formen,
Schneiden, Wägen und Einschlagen der Mar-
garine in das hygienische Doppelpergament.
So ist auch der Werdegang der Margarine
VERA ein Bild peinlichster Sauberkeit, ein
Muster neuzeitlicher Hygiene.

**MARGARINE
VERA**
Dienst am Haushalt

1 lb
85 Pf

Schauspielhaus
Cyprienstraße — Tel. 35300
Täglich 20 Uhr:
Der stürmische Hottentottserfolg!
"Beimelkin
Si-Si-Ba"
Sonntag nachm. 15.15 Uhr:
"Die Försterhirsche"

Thalia-Theater
(Tel.: 56747) 7671
Täglich 20 Uhr:
Der sensationelle Erfolg!
**Der Prozeß
Mary Dugan**
Schild in 3 Akten
von August Weiler.

Am Sonntag, d. 7. Oktob.:
billiger Tag i. Zoo
Eintrittspreis 50 Pf.
Kinder unter 12 Jahr. die Hälfte.

**„Beimelkin
Si-Si-Ba“**
Sonntag nachm. 15.15 Uhr:
"Die Försterhirsche"

**Victoria-
Theater** Tel. 56834
Tägl. 2 Bühnen-
Vorstellung.
6 u. 8 3/4 Uhr
Die
**Heimliche
Mertens**
3 Akte aus dem Eheleben
Hauptrolle
6 Uhr Vorstellung
Gesamt-Balkon 50
Gesamt-Saal außer
Loze
1.00 Mk.
8 3/4 Vorstellung
50 Pl. 2.50 Orchester-
bis 2 M. Sitz
Jugendliche verboten.

In dieser Woche:
7698
Der
**billige
Quartals-
Verkauf!**

**Messow
Waldschmidt**
G.m.b.H.
Schmiedebau

**Die größte Variete-
Sensation der Welt!**
Eröck
und das große
Oktober-Programm.
Tel. 33645

Bräuers Festsäle
Gabitzstr. 22 — Inh. Paul Graeser 7701
Heute Mittwoch: Des großen Erfolges wegen nochmals
Verkehrter Kug-Ball
Jede Dame erhält einen Negersuß

Bürgerpark Krieger
Endstation der Linie 2 (Südpark)
Heute Mittwoch: 7704
Verkehrter Ball!
Jeden Sonntag: **TANZ**

Schuhe
Wäsche, Strümpfe,
Hüte, Nähmaschinen.
Sie finden
ohne 7702
Zweifel das Richtige in
meinem bekannten Geschäft
Geld
brauchen Sie nicht viel, da
bequeme Teilzahlung.
Kurt Altmann
Ohlauer Str. 43, Hof I

Luna-Park
Breslau-Morgenu Tel. 556 04
Heute Mittwoch:
Verkehrter Ball
Morgen Donnerstag ab 4 Uhr:
Bunter Nachmittag
mit ganz neuem Programm.
Täglich Tanz

Sport-Anzüge
mit langer und kurzer Hose
Eigene Anfertigung
Oskar Behmel Neumarkt
485

Dr. med. Max Kodann

Sexuallebens und Sexualberatung

Briefe aus der Praxis 14.00
in Ganzleinen gebunden RM.
99 Briefe und Antworten!

Aus dem Vorwort:
„Dieses Buch ist Anlage und Aufruf zugleich“
Anlage deshalb, weil ein großer Teil der in den Briefen zum
Ausdruck kommenden Konflikte nicht in den Tatsachen
des Geschlechtslebens selbst seinen Ursprung hat, sondern in der
förmlichen Haltung der „Männlichen“ diesen Geschlechtslebens gegenüber.
Der Druck des jahrhundertelangen Irrwahrns, in dem die Menschen
bis heute gehalten wurden, laßt auf uns allen und zerstört die
Unbefangenheit vor den natürlichsten Voraussetzungen des Lebens
Aufruf aber sei die Sammlung der Dokumente des Lebens für
alle die, welche angeht die der wirklichen, den meisten
unbetannten Gestalt des Sexuallebens der Gegenwart die Über-
zeugung gewinnen, daß hier geändert werden muß, und zwar
gründlich. Daß angedeutet werden muß vornehmlich mit der
hinterweltlichen Auffassung, die — ungetrübt vor Sachkenntnis —
insbesondere in den Köpfen der Paragrafenmänner herrscht,
leider aber auch in den Köpfen der meisten Erziehungsbevollmächtigten

Volkswacht-Buchhandlungen Breslau
Neue Granpferstraße 5 • Neue Taschenstraße 11 • Flurstraße 4/6

Kenner verlangen
stets
Bolle
Edel-
Schokoladen

Wochenendführer
durch die Naturschönheiten von
Breslau Umgebung u. Schlesiens
Bergen 0.25
Volkswacht-Buchhandlungen
Breslau, N. Granpferstr. 5 N. Taschenstr. 11 Flurstr. 4

Dauerbrand
BOLKOO HAAS · ORANIER · RIESSNER

Öfen

Herz & Ehrlich
Breslau
Blücherplatz 14

Möbel
zu billigen Preisen
auf bequemste
Teilzahlung
Gegründet 1898.
Hübner
Reuschestraße 2

Reizende Kleider
Hüfte
Röcke
Mäntel
Kostüme
Käpfe
Trikotagen
1.00 bis 3.00 Mark
wöchentl. Abholung
Mücke, Tauenhimmstr. 51.

In der
"Volkswacht" haben
Stellen-Angebote
Infolge ihrer großen Ber-
eitung in Arbeiter-
kreisen besten
Erfolg

Kleine Anzeigen
sind komplexe gezielte ein-
seitige Anzeigen von Wer-
betreibern, Kaufleuten u. a.
nur von Privaten. Wort-
3 Biennig, tel: 4 Wienig

Billig zu verkaufen 1 gut-
erhaltener Kleiderkasten, 1
Sofa, 1 blaues Hippelid,
Treibner Straße 10, l. 3783
2 Bettstellen u. Matr., 1 H.
Bücherei m. Robt. Bügel-
Lug u. Mantel, fast neu,
billig zu verkaufen. Buchhandl.
Klosterstraße 3. 3773

Breslauer Nachrichten

Breslau, den 3. Oktober 1928.

Nur ein Zwischenfall

Im Rärm unseres Lebens ertrinken die „Kleinen“ Ereignisse, die kleinen Tragödien von Mensch zu Mensch. Die Stadt ist ein Kaleidoskop, worin sich der Rhythmus des Werdens und Bergehens, Niedergang und Aufstieg, erschütternd miteinander mengen.

Vor einem Haus ist ein Menschenauflauf. Es ist gegen Mittag. Der Verkehr rast mit voller Lungenkraft vorüber. Ein Feuerwehrauto hält dicht neben der Menge.

„Ist er tot?“, fragt jemand. „Weiß nicht“, erwidert der angerebete Feuerwehrmann kurz und geht ein paar Schritte weiter. — „Seit zwei Jahren war er arbeitslos... hatte doch Familie, der arme Kerl... Morgen wollten sie ihn ermordeten... Na, nun hat er sich selbst ermordet...“

„Is ja nur 'n Prolet“, murmelt eine Stimme bitter. Dann tragen sie in Tücher gewickelt eine Gestalt heraus. „27 Jahre erst...“, höre ich neben mir. „Was wollen Sie da machen?“, sagt ein Mann mit Aneiser zu einem der helfenden Wehrleute, „wir haben ja getan, was wir konnten... aber er hatte sich den Gashahn direkt in den Mund gesteckt...“

Das Feuerwehrauto fährt ab. Der Menschenhauf verläuft sich. Der „Kleine Zwischenfall“ ist gleichsam wie weggewischt. Im Leichenhaus ruht ein 27jähriger Mensch. Eine alltägliche, kleine Tragödie. G. H.

Frauen-Schulungs-Kursus

Der Bezirksvorstand veranstaltet für alle an der Arbeit in der Gemeindevorwaltung bzw. Stadtvorordneten-Versammlung interessierten Genossinnen einen Schulungskursus über: „Aufbau und Aufgaben der gemeindlichen Selbstverwaltung.“

Weiter dieses Kursus ist Genosse Schubert, Landrat in Neurode. Der Kursus findet am Donnerstag und Freitag, den 11. und 12. Oktober, im Gewerkschaftshaus statt.

Gefährliche Freunde der Kriegssopfer

Am Montag fand im Bürgergarten durch Einladung, Verteilung von Handzetteln an den Postämtern eine Versammlung des Reichsverbandes der Kriegsbeschädigten statt. Bei der Eröffnung erklärte der Versammlungsleiter, Herr Dr. Grandel, daß es eine öffentliche Versammlung sei und zehn Minuten Redezeit jedem gewährt würden, da er ja wisse, daß ein Vertreter des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen anwesend sei. Nach dem kaum 25 Minuten gehaltenen Referat, das den Kriegsopfern keine Neuigkeit brachte, sondern größtenteils einen Angriff gegen die Organisation des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen darstellte, meldete sich Kamerad Gorseger vom Reichsbund zum Wort. Kaum hatte er aber vier Minuten gesprochen, als Herr Dr. Grandel versuchte, den Gegner, der sehr sachlich zur Frage der Heilbehandlung der Kriegerhinterbliebenen, Kriegereltern und Waisenfinder Stellung nahm, und besonders hervorhob, daß der Reichsverband der Kriegsbeschädigten sich um die örtliche Regelung überhaupt nicht gekümmert hat, das Wort zu entziehen, wahrscheinlich aus Angst vor der eigenen Kurage, mit dem Hinweis, daß nur eine Redezeit von fünf Minuten gewährt wird. Es entstand durch die Handlungsweise des Versammlungsleiters eine ziemliche Aufregung in der Versammlung.

Herr Dr. Grandel sah, daß ihm nun keine Felle wegschwinnen und insofern ging er dazu über, die Polizei holen zu lassen, um den Gegner zu entfernen. Kamerad Gorseger wurde gewaltsam von dem sehr gebildeten Versammlungsleiter, der sich wie ein Wilder benahm, aus der Versammlung entfernt, als dann die gerufene Polizei erschien, zwei Sipobeamte, befand sich Kamerad G. bereits im öffentlichen Lokal.

Herr Dr. Grandel kam mit den zwei erschienenen Beamten an den Tisch, um den Namen des Diskussionsredners festzustellen. Er behauptete, daß er ihn nicht kenne, trotzdem er vorher in seinem Referat Kamerad Gorseger besonders begrüßte und den Wunsch aussprach, daß er hoffentlich recht bald auch ehrenamtlicher Mitarbeiter seiner Organisation sein wird.

Die Fortsetzung der Versammlung fand unter Aufsicht der Polizeibehörde statt.

Kriegssopfer! So sieht das wahre Gesicht des Reichsverbandes der Kriegsbeschädigten aus, der nur durch Gewalttätigkeit noch in der Lage ist, den Gegner zu bekämpfen. Diese Kampfesweise verabscheuen wir in jedem Falle, sie bezeugt uns nur, wie tief die Führung des Reichsverbandes der Ortsgruppe Breslau gesunken ist.

Darum, Kriegssopfer, habt acht! Eine bessere Versorgung und Fürsorge kann nur geschaffen werden durch eine einzige, geschlossene Organisation, die auch tatsächlich in der Lage ist, die berechtigten Forderungen zu vertreten.

Dieses ist nur der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Geschäftsstelle: Schulstraße 59/60. Darum tretet ein in diese Organisation!

Wenn das nicht hilft

Während der Magistrat zur Einzeichnung für das Volksbegehren zur Fürstenabfindung in ganz Breslau nur zwei Turnhallen bereitstellte, hat er den Kommunisten für ihr jetziges Volksbegehren in der Stadt acht Lokale zur Verfügung gestellt, und auch im eingemeindeten Gebiete durch vierzehn Lokale gut und einwandfrei gefördert. Wenn nun das Volk nicht in Scharen zur Einzeichnung kommt, ist der Magistrat außer Schuld. Da die Sozialdemokraten laut Parteibeschluß am Volksbegehren der Kommunisten nicht teilnehmen, also nicht zur Einzeichnung gehen, bedarf es hierüber keiner weiteren Veröffentlichungen.

Eperanto-Kurse

Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, beginnen im Schulhaus Kanonenhof, Tschankstraße 29/31, Eperanto-Kurse. Teilnahmegebühr einschließlich Lehrbuch 4,50 Mark. Anmeldungen daselbst oder bei Genossen Hans Heresch, Alsenstraße 57, sowie bei Genossen Meder, Wehlstraße 62.

Der Konsum- und Sparverein „Vorwärts“

hielt am 30. September seine diesjährige Generalversammlung ab. Geschäftsführer Hoffmann berichtete, daß das ganze Geschäftsjahr im Zeichen einer gewissen Hochkonjunktur stand, die jetzt ihren Höchststand überschritten hat. Die Konsumgenossenschaften haben an dieser Entwicklung nur teilweise teilgenommen, da die Kaufkraft ihrer Mitglieder nicht wesentlich verstärkt worden ist.

Im verflochtenen Geschäftsjahr ist für die Genossenschaft wieder ein Fortschritt zu verzeichnen, der zweifellos höher sein könnte, wenn alle Mitglieder nur 40 Mark monatlich in unseren Verteilungsstellen umsetzen würden. Der Mitgliederbestand ist um 1201 auf 14613 gestiegen. Der Umsatz hat eine Steigerung von 24,5 Prozent zu verzeichnen und betrug am Schluß des Geschäftsjahres 4906812 Mark. Er beträgt auf das Jahr und Mitglied umgerechnet 342 Mark oder monatlich 28,50 Mark. Dieser Durchschnittsumsatz darf durchaus nicht genügen, wenn in Betracht gezogen wird, daß ein erheblicher Teil deutscher Genossenschaften einer Umsatz von über 50 Mark zu verzeichnen haben. Hoffentlich trägt dieser Hinweis dazu bei, daß sich im laufenden Jahre der Durchschnittsumsatz verbessert. Einen gewaltigen Fortschritt hat der Konsumumsatz zu verzeichnen. Der Vorstand hatte sich im vorigen Jahre entschlossen, unseren Mitgliedern die Versorgung mit Winterkohlen zu erleichtern, indem diese gegen Verrechnung auf die zu gewöhnliche Rückvergütung geliefert wurde. Der Bezug der Winterkohlen kann ebenfalls auf die Rückvergütung verrechnet werden. Den Mitgliedern wird empfohlen, hiervon recht regen Gebrauch zu machen.

In der Berichtszeit wurden sechs Verteilungsstellen neu eröffnet. Davon sind die Verteilungsstellen Neumarkt und Steinau (Ober) von dem Konsumverein Piesnitz übernommen worden. Interessant ist die Umsatzsteigerung in diesen beiden Verteilungsstellen. Sie beträgt im Lager Neumarkt 74 Prozent und in Steinau 69,25 Prozent.

Durch die Verleierung der Verteilungsstellen Wohlau, Döhrenfurth und Riemberg entstand zwischen Hin- und Rückfahrt ein Leerlauf, der beseitigt werden mußte. Es wurde deshalb in Wohlau eine kleine Unterzentrale geschaffen. Ein Grundstück von 2180 Quadratmetern wurde käuflich erworben und auf diesem bereits Ende Oktober vorigen Jahres mit dem Bau eines Lagergebäudes, einer kleinen Bäckerei und eines Ladenanbaues begonnen. An Aufklärungsarbeit ist hier allerdings noch viel zu leisten, ehe dieser Bezirk auf eigenen Füßen stehen kann.

Die Ausschüttung der Rückgewähr in Höhe von 6 Prozent in Waren fand die volle Billigung der Vertreter. Einstimmig erfolgte darauf die Genehmigung der vorgelegten Bilanz, die Verteilung des Reingewinnes, sowie die Entlastung des Vorstandes.

Auf Vorschlag des Genossenschaftsrates wurden neu in den Aufsichtsrat gewählt die Genossen Janke, Lager 36, und Ujyiel, Lager 10.

Aus dem Geschäftsbericht ist zu ersehen, daß die Entwicklung des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“ eine stetig aufwärtssteigende Linie verfolgt. Besondere Wert mühte aber darauf gelegt werden, daß die Gründer des „Vorwärts“, die freien Gewerkschaften, alles tun, damit es in ihren Reihen keine konsumgenossenschaftlich unorganisierten Mitglieder gibt. Dann dürfte die Zeit nicht mehr fern sein, in der der „Vorwärts“ die Stellung einnimmt, die er der Größe Breslaus entsprechend längst haben müßte.

Arbeiterbildungsausschuß Breslau

Voranzeige!

Wir möchten schon heute darauf hinweisen, daß am Mittwoch, den 17. Oktober, abends 7,30 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses das erste Konzert dieses Winters des Volkshores Breslau stattfindet, das der Volkshor gemeinsam mit dem Arbeiter-Bildungsausschuß veranstaltet. Es handelt sich um einen Volksliederabend. Wir bitten alle Genossen, sich diesen Abend für den Besuch des Konzertes frei zu halten.

Arbeiter-Bildungs-Ausschuß Breslau.

Un Pfarrer Auf!

Wir erhielten von dem bekannten Schriftsteller Emil Ludwig folgendes Schreiben:

Post: Ascona (Schweiz)
Telegramm: Locarno
Telephon: Locarno 740
26. September 1928.

Sehr geehrte Redaktion!

Ein Ausschnitt, der mir aus Ihrer Zeitung zugeht, enthält Ihren Protest dagegen, daß ein Pfarrer Auf sich in seiner Predigt gegen mein Jesus-Buch, in der Elisabeth-Kirche, den „armeligen Juden Cohn“ genannt hat. Darf ich Ihnen mitteilen, daß ich nicht, wie Sie dabei annehmen, einen Autoren-Namen führe, sondern daß ich seit meinem ersten Lebensjahre nie einen anderen geführt habe, noch führen durfte, als den; den mein Vater im Jahre 1882 gesetzlich erwarb hat.

In mehreren öffentlichen Zuschriften habe ich betont, und seither steht es in einigen Zeitschriften zu lesen, daß mein Vater Prof. Hermann Cohn in Breslau war, den die Geschichte der Medizin als den Begründer der Augenhygiene kennt, seine Vaterstadt Breslau aber als den „Augencohn“ kannte, populär durch viele Reformen, die er angeregt und dadurch, daß er über 40000 arme Augenkranken in seiner Privatklinik auf seine Kosten behandelte und in tausenden von Operationen ihr Augenlicht gerettet hat. Die mir darüber vorliegende Statistik weist eine Einteilung in jüdische und christliche Kranke nicht auf, da man in unseren Kreisen weder die Kranken noch die Autoren nach ihrer Konfession sondern jene nach ihren Leiden, diese nach ihrer Leistung, alle einschließlich der Geistlichen, aber nach ihrem Herzenstakt unterscheidet.

Wenn der Pfarrer Auf auf öffentlicher Kanzel zur Fälschung meines Namens greifen mußte, so scheint es ihm an besseren Argumenten gegen mein Buch gefehlt zu haben. Dagegen beziehe ich mich, öffentlich zu betonen, daß er selbst seinen Namen mit vollem Rechte führt; denn in Meyers neuem Lexikon, Bd. 3, S. 1309, steht zu lesen, daß „unter Auf eine besondere Art von Eintagsfliegen zu verstehen ist, die in solchen Mengen erscheint, daß man damit die Felder düngt.“ gez. Emil Ludwig.

Vom Schlachtfeld der Arbeit

Einem Arbeiter beide Beine abgerissen

Ein schmerzlicher Unfall, bei dem der Arbeiter August Zeisbrich, Berliner Straße 26 wohnhaft, sein Leben einbüßte, ereignete sich am Montag vormittag gegen 10 Uhr in dem Abwertungsbetrieb der Firma Schweizer & Feibelohrn, Märkische Straße 10/12. Beim Zerhacken von unbrauchbar gewordenen Benzinlants mit einem Sauerstoffgasblech explodierte einer dieser Tanks, in dem sich wahrscheinlich noch ein kleiner Rest des feuergefährlichen Inhalts befand, durch die sich entwickelnden Gase, wodurch der Deckel losgerissen wurde, der den Arbeiter Zeisbrich traf und ihm beide Beine abriß. Der Schwerverletzte wurde sofort dem Allersheiligen-Hospital zugeführt, wo er bald nach seiner Entlieferung an den Folgen seiner Verletzungen starb.

Das verlogene Zentrum

Die „Schlesische Volkszeitung“ bleibt in einer ebenso verlogenen wie verlogenem Erwiderung dabei, daß die gegenwärtige Stadtverordnetenmehrheit für das Bestehen verantwortlich ist, das der Bürgerblut hinterließ. Eine besondere Schamhaft glaubt sie obendrein an den Tag zu legen, indem sie ihrem Schwach folgende Einleitung gibt: „Reichlich lange hat die „Volkswacht“ gestöhnt, wie sie ihren Schallein die Macht von den neuen Steuern- und Gebührenerhöhungen beibringen soll. Erst in ihrer Dienstag-Ausgabe kommt sie damit heraus.“

Statt hierauf selbst zu erwidern, drücken wir nachstehend ab, was die kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ zu den ersten Offenbarungen des Zentrumsblattes in dieser Angelegenheit sagt:

„Diese Vorlage sollte bis zu ihrer Beratung im Stadtparlament geheim gehalten werden. Die Magistratsmitglieder wurden dazu, soweit uns bekannt, besonders verpflichtet. Am Sonntag aber brach die „Schlesische Volkszeitung“ aus der Reihe. Zunächst ein in der Form, moralisierenden Zentrums-Statistik muß also worüber die geworden sein. Ein Vorfall, der wahrheitsgemäß zu einigen Erkundungen führen dürfte. Uns interessiert in diesem Zusammenhang die Frage: Bestehen für kommunistische und für zentrale Stadträte verschiedene Auffassungen über die Schweigegepflicht? Kommunistische Stadträte werden, selbst wenn man ihnen eine Verletzung derselben nicht einmal nachweisen kann, gemahnt. Für die selbstgefälligen Zentrumsstadträte aber gelten Verbote wohl nicht?“

So ist es in der Tat! Selbst die Kommunisten konstatieren hier eine Gewissenlosigkeit des Zentrums, zu der sie sich nicht für fähig halten. Die „Volkswacht“ hat natürlich von den Dingen, die da kommen, genau so gewußt, wie das Bürgermeisterblatt, aber wegen des Schweigegebots des Magistrats auf das Erscheinen der Vorlage gewartet, um dann dazu Stellung zu nehmen. Die Vorlage ist übrigens auch heute noch ungedruckt in wenigen Händen der nächstbeteiligten Ausschußmitglieder; die Gesamtheit der Stadtverordneten hat sie noch nicht. Von Satan am Rücken geführt, hat das Zentrumsblatt in der ganzen Angelegenheit nur Sünden auf sich gehäuft.

Das neue Arbeitsamt Breslau

Der Präsident des Landesarbeitsamtes Schlesien hat gemäß § 221 Absatz 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. 7. 1927 die öffentlichen Arbeitsämter im Bezirke des Landesarbeitsamtes Schlesien mit Wirkung vom 1. 10. 1928 in die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingegliedert. Gleichzeitig tritt die Neu-einteilung der Arbeitsämter in Kraft.

Das neue Arbeitsamt Breslau umfaßt die Kreise Breslau-Stadt, Breslau-Land und Neumarkt.

Mit der vorläufigen Wahrnehmung des Amtes des Vorsitzenden ist Bürgermeister Bauer-Brieg und als stellvertretender Vorsitzender Architekt Krause-Breslau, beauftragt worden.

Kraftwagenfahrt ins Culengebirge

Der Schlesische Verkehrsverband teilt mit, daß am nächsten Sonntag, den 7. Oktober 1928 wieder eine Kraftwagenfahrt ins Culengebirge stattfindet und zwar diesmal über Reichenbach, Wüstewaltersdorf nach der Grenzbaude. Abfahrt 6,30 Uhr vom Tauenzienplatz, Südwestecke (Fahrzeit 2 1/2 Stunden). — Rückfahrt um 18 Uhr mit kurzem Aufenthalt zum Abendessen in Reichenbach. Die Fahrt bietet Gelegenheit zu Wanderungen im Gebiet der hohen Gule, die jetzt im Herbst von ganz besonderer Schönheit sind. Nummerierte Karten zum Preise von 8,10 Mark für Hin- und Rückfahrt, sind in der Auskunftsstelle des Verkehrsvereins Breslau, im Hauptbahnhof, Verkehrsstraße, von 8 bis 18 Uhr, zu haben.

Ein Leistungsfahrer

Der Maler Reinhold Kujah aus Breslau besuchte heute unsere Redaktion. Kujah, der am 30. Juli d. Js. von Breslau aus mit seinem Fahrrad eine Leistungsfahrt „Rund um Deutsches Land“ antrat, hat am 28. September sein Ziel (insgesamt etwa 6000 Kilometer) erreicht. Er hat auf seiner Fahrt Sachsen, Bayern, Württemberg, Rheinpfalz, Westfalen, Hannover, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Schwerin, Pommern, Schlesien und Oberpommern berührt. Sein Begleiter Paul Riebniger aus Breslau mußte infolge Sitzbeschwerden die Fahrt am 8. August in Bayern aufgeben.

Warum die Wohnung leersteht

Zum Eingekandt in der „Volkswacht“ vom 26. September über die seit Juli leerstehende Zweizimmerwohnung im Hause Alsenstraße 69 schreibt uns der Wohnungskommissar:

Die Wohnung haben wir bereits Anfang Juli 1928 an einen dringenden Wohnungsuchenden zugewiesen, der seit Jahren als Wohnungsuchender eingetragen ist, und dessen Familie aus Ehepaar und vier Kindern beiderlei Geschlechts über und unter zwölf Jahren besteht. Der Hauseigentümer nimmt die Wohnung für sich in Anspruch und hatte deshalb die Zuweisung an sich beantragt. Diesen Antrag haben wir abgelehnt. Weil der Hauseigentümer die Aufnahme des von uns zugewiesenen jedoch ablehnte, mußten wir beim Mieteinigungsamt die Festsetzung eines Zwangsmietvertrages beantragen. Das Verfahren schwebt noch, weil mehrere Termine, darunter auch ein Ortstermin, notwendig waren, um den Sachverhalt zu klären. Neuer Termin zur Entscheidung steht am 5. Oktober vor dem Mieteinigungsamt an.

An dem Leerliegen der Wohnung hat das Wohnungskommissariat also keine Schuld. Wir haben rechtzeitig zugunsten eines dringenden Wohnungsuchenden verfügt.

Sämtliche Mieter eines Hauses gekündigt!

Kontrakt-Angebot mit 50—100prozentiger Mietssteigerung Nachstehenden Brief erhielten sämtliche Mieter des Grundstücks Schweigerstraße 23 in Breslau von der Verwaltungsverwaltung Kluge & Hartisch, ersterer ist der frühere stellvertretende Wohnungskommissar, der Zweitgenannte der frühere Abteilungsleiter des städtischen Wohnungsamtes, jetzt Häuserverwaltungsleiter und Wohnungsvermittlungsbüro.

Als bevollmächtigter Verwalter des Grundstücks Schweigerstraße 23 kündigen wir Ihnen hiermit die bisher in obigem Grundstück gemietete Wohnung zum 1. Oktober d. J. Sollten Sie bereit sein, den von dem gerichtlich beurteilten Bauherrn Kluge & Hartisch, Land- und Oberlandesgericht, Herrn Architekt Richard Schor, festgesetzten Mietzins in Höhe von 40.— Mark ab 1. Oktober d. J. für Ihre Wohnung zu zahlen, so sind wir bereit, einen Mietvertrag mit Ihnen abzuschließen.

Hochachtungsvoll Kluge & Hartisch, gez. Kluge.

Einschreiben. Am Kopfe dieses Schreibens brüht sich diese Firma mit Ihrer früheren Funktion und steht wörtlich:

Kluge & Hartisch

früher stellvertretender Wohnungskommissar und Abteilungsleiter der Stadt Breslau.

Was sagen nun die städtischen Behörden dazu? 23 Familien sollen von dieser Firma, die mit den Wohnungen Spekulation treiben will, auf die Straße gesetzt werden. Der Hauseigentümer ist ein Ausländer und freut sich, daß hier 23 deutsche Familien obdachlos gemacht werden.

Verband Breslauer Mieter, Geschäftsstelle Fingergasse 6.

Schornsteinfeger lernen bei der Feuerwehr

Jährlich absolvieren bei der Breslauer Berufsfeuerwehr in der Hauptfeuerwache Weidenstraße eine Anzahl Schornsteinfeger...

Wenn in den nachfolgenden Ansprachen, die der stellvertretende Obermeister des Bezirksverbandes der Schornsteinfegermeister...

Sein dreißigjähriges Ehejubiläum feiert heute unter betrübenden Umständen der Genosse Robert Scheibel mit seiner Frau Marie geb. Zosar...

Einfachheiten in den Zukunftsraum der Stadinerordnungsverwaltung am morgigen Donnerstag sind gegen Vorzeigung des Parteimitgliedsbuches im Parteisekretariat zu haben.

Einen öffentlichen Vortrag über das Thema „Kritisches und Unkritisches aus deutschen Volkshochschulen“ hält Sonnabend, 6. Oktober, 20 Uhr...

Paul Eggers, der erste Vorsitzende der Breslauer Volkshochschule, ist von der Staatsakademie der Künste in Moskau eingeladen worden...

Ausstellung eines Sarrajan-Modells im Säulenstiege der Sapag. Im Schaufenster der Hamburg-Amerika-Linie, Gartenstraße...

Erfolglos aufgefunden wurde am Dienstag nachmittags gegen 3 Uhr im Eichenwäldchen am Oberdamm, 150 Meter vom Dominium Bischofsstraße...

Von der Straßenbahn überfahren. Als am Dienstag nachmittags der Mechaniker Viktor Zippa auf Alsterstraße 146, mit seinem Fahrrad von der Karstraße kommend...

Zusammenstoß. In der Frankfurter Straße stießen in der vergangenen Nacht ein Personenauto und der auf seinem Rade fahrende Schloßer Richard König...

Liedlich-Theater

Grod, der im Ruhe steht, der größte jetzt lebende Komiker der Welt zu sein, übt begreiflicherweise eine große Anziehungskraft aus...

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Abteilungsversammlungen finden Montag, den 8. Oktober, überall statt. Es wird über die wichtigsten kommunalpolitischen Fragen gesprochen...

Abteilung Mittelteil. Freitag, 20 Uhr findet in der Andriesschule, Aufe, vom Heim 5 der S. J. eine Betriebsversammlung statt...

Sozialistische Jungordner Programm für Oktober: 4. Oktober: Nordost. Schützen-Turnhalle. 1. Bericht vom Nachtmarsch...

Sozialistische Arbeiterjugend Kommt alle zu den Vorbereitungen der Sozialistischen Arbeiterjugend, die an den folgenden Tagen um 1/8 Uhr stattfinden...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Ortsverein. Donnerstag, den 4. Oktober, 18 Uhr, melden sich die erwachsenen Kameraden im Alter bis 30 Jahre im Büro, Chlauer Straße 68...

Gewerkschaftliches Jugendkartell Metallarbeiterjugend. Alle Kollegen, die an unserer Probe beteiligt sind, kommen heute mittags 12 Uhr ins Betriebsbüro...

Arbeiter-Sport Breslau E. V.

Die am 26. September abgehaltene außerordentliche Kartellversammlung befaßte sich u. a. mit dem neuen Statutenentwurf und der Satzungsänderung...

Schachnachrichten Die Gruppenauscheidungstourniere beginnen Montag, den 8. Oktober, abends 7.45 Uhr. Das Spielplan für dieses Turnier ist...

Gymnastik und Turnen Die Gannastik- und Turnabende, die die 4. Turnerrinnen-Abteilung für ältere Frauen eingerichtet hat, erfreut sich sehr regen Zuspruchs...



Amthlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Keitern bei Breslau.

Im Bereiche der Störung 50 B ist es auch in der vergangenen Nacht in Schlesien noch zu verbreiteten Regenschauern gekommen...

Wasserstand 3. Oktober

Table with 2 columns: Station name and water level change. Includes stations like Ratibor, Neffe, and Treßchen.

Bereinstellender

Steinarbeiter, Sektion der Steinmetzen, Donnerstag, den 4. Oktober, abends 7.15 Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 9, Versammlung.

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele Heute Mittwoch, den 3. Oktober, bis Freitag, 5. Oktober, 17 u. 20 Uhr, Jugend verboten

Ein Liebesabenteuer im Kaukasus: „Der 41.“ Ein reichhaltiges Beiprogramm: „Land der 1000 Freuden“ / „Eine moderne Landwirtschaft“...

Einheitsplatz auf Besucherkreis-Ausweis 50 Pf., ohne Ausweis 75 Pf. - Arbeitslose u. Arbeitsunfähige nur bis 17.30 Uhr 25 Pf.

Geschäftliches Für den Geschmack einer Zigarette ist es von größter Wichtigkeit, daß dem Raucher bei der Fabrikation in den Tabakblättern haftenden Staubteilchen entzogen werden...

Breslauer Produktenbörse vom 2. Oktober.

Amliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 2. Oktober 1928 gehaltenen Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung...

Table of daily official prices for various goods like wheat, rye, and flour.

Table of official prices for miller's products like flour and bran.

Table of official prices for various types of grain and feed.

Table of official prices for various types of oil and fat.

Table of official prices for various types of wool and other textile materials.

Kongress des IFA-Bundes

Hamburg, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Die Sitzung wird um 1/2 Uhr eröffnet. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes

Albert Thomas,

dem Kongress mit lebhaftem Beifall begrüßt, nimmt zunächst das Wort. Er erklärt, daß, wenn er seinen Vortrag auch nur mangelhaft und schlecht in deutscher Sprache halten werde, so tue er es vor allen Dingen deshalb, um dem anwesenden Reichsarbeitsminister Wissell zu zeigen, welche große Bedeutung im Internationalen Arbeitsamt der deutschen Sprache beigemessen werde. (Heiterkeit.) Wenn er hier schließlich das Wort ergreife, so geschähe das auch, um dem IFA-Bund zu zeigen, welche große Bedeutung man im Internationalen Arbeitsamt der deutschen Angestelltenbewegung beimesse.

Thomas weist dann auf die großen Schwierigkeiten hin, eine genaue Statistik schon innerhalb nationaler Grenzen zu führen: Schwierigkeiten, die jedoch noch viel größer werden, wenn diese Statistik international gemacht werden soll, weil es fast unmöglich ist, gleichzeitige Zahlen innerhalb eines gewissen Zeitraumes zu erlangen. Es ist auch fast unmöglich, international den Begriff des Angestellten einheitlich zu umschreiben. Aber trotz dieser Schwierigkeiten ergibt sich aus den Untersuchungen, die vom Internationalen Arbeitsamt gemacht wurden, daß die Angestelltenbewegung zu einer Massenbewegung geworden ist. Die Entwicklung dieser Massenbewegung zeigt sich zum Beispiel daran, daß in Dänemark in der Zeit von 1911 bis 1921 die Zahl der Angestellten sich verdoppelt hat. In Großbritannien ist die Zahl der Angestellten ebenfalls außerordentlich schnell gestiegen. Ähnlich ist das Verhältnis in Norwegen; noch höher sind die Zahlen in Kanada. In den Vereinigten Staaten ist eine Verdoppelung der Zahl der Angestellten eingetreten. Nicht minder interessant ist es, Vergleiche anzustellen in dem Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten. Auch hier zeigt sich, daß die Anzahl der Angestellten im Verhältnis zur Anzahl der Arbeiter schneller gestiegen ist. So kommen z. B. auf 100 Arbeiter im Jahre 1911 in Dänemark 7,7, 1921 aber 11,7. In Frankreich hat sich das Prozentverhältnis verschoben von 6,6 auf 10,7.

Welche Folgerungen ergeben sich aus dieser neuen Stellung der Angestellten in der Gesellschaft? Es gibt Theoretiker, die gesagt haben, die Angestellten seien der neue Mittelstand, andere sagten, die Angestellten seien eine neue Art von privaten Beamten. Nach meiner Auffassung heißt das aber nur, neuen Wein in alte Schläuche gießen. In Wirklichkeit ist innerhalb der Angestelltenbewegung immer mehr das Bewußtsein herorgetreten, daß auch sie zur Arbeiterschaft gehört. Allerdings sind die Angestellten Arbeitnehmer einer besonderen Art. Sie stehen in Verbindung mit der Führung der Produktion und der Betriebe, und sie haben gleichzeitig das Bewußtsein, mehr und mehr von der Leitung der Betriebe getrennt zu werden. Die Angestellten werden immer mehr zum Teilarbeiter, und das ist das Drama der Angestellten. Daher ist auch die Angestelltenbewegung immer wichtiger für den Befreiungskampf der Arbeiter. Aus dieser Situation heraus ergibt sich eine immer größere Bedeutung der Angestelltenbewegung für das Internationale Arbeitsamt.

Albert Thomas weist dann darauf hin, daß 1919, als die Verfassung des N.A.A. in Washington festgelegt wurde, die Fragen, die die Angestellten betreffen, verlagert wurde: Vor einem Jahr hat aber der Verwaltungsrat auf die Tagesordnung der nächsten Arbeitskonferenz die Frage der Arbeitszeit der Angestellten gestellt. Es gibt noch eine Reihe von wichtigen Fragen, die besonders die Angestellten betreffen, die Frage der Konkurrenzkauf, der Erfinderrechte der Angestellten usw. Was an mir liegt, so werde ich alles tun, um wenn vielleicht der Vertreter der deutschen Reichsregierung im Internationalen Arbeitsamt den Antrag stellen würde, eine besondere Angestelltenkommission zu ernennen, diesen Antrag zu unterstützen. (Lebhafte Beifall.)

Das Wort erhält nun Dr. Suhr zu dem Referat über

„Die Stellung der Angestellten in der Wirtschaft“.

Dem Referat liegt eine Erhebung zugrunde, die der IFA-Bund über die Entwicklung der Angestellten in der Wirtschaft gemacht hat und die in einer ausgezeichneten Broschüre den Delegierten zugänglich gemacht worden ist. Das Ergebnis der Untersuchung zeigt, daß die Anzahl der Angestellten viel schneller gewachsen ist als die Anzahl der Arbeiter und daß heute eine viel kleinere Anzahl von Arbeitern auf einen Angestellten kommt als vor zehn oder zwanzig Jahren. Die Rationalisierung der Wirtschaft hat diesen Prozeß verstärkt. Bemerkenswert ist, daß noch mehr als die Gesamtzahl der Angestellten sich die Zahl der weiblichen Angestellten vermehrt hat.

Suhr bemühte sich zunächst, den Begriff der Angestellten zu umgrenzen. Er stützte sich vornehmlich auf die Berufszählung durch das Reichsstatistische Amt. In dieser Berufszählung sind jedoch die Beamten und Angestellten zusammengerechnet. Es galt also — so fährt Suhr fort —, die Beamten auszuscheiden. Hierbei muß allerdings einschränkend bemerkt werden, daß rein wirtschaftlich gesehen, es nicht angängig ist, ohne weiteres die Beamten von den Angestellten zu trennen. Denn die Beamten in der Reichspost und in der Reichsbahn sind ebenso sehr Angestellte, die wirtschaftlich gesehen, im Bereiche tätig sind, wie die dort in diesen beiden Betrieben beschäftigten Angestellten oder die Angestellten im Speditionsgewerbe usw. Es ist aber verhältnismäßig leicht, die Angestellten von den Beamten zu unterscheiden, schwerer ist das schon von den Arbeitern und sogar von den Unternehmern. Diese Schwierigkeiten haben allerdings das Gute, daß sie Fehlerquellen einander aufheben. Im allgemeinen hat man sich bei der Feststellung der Zahl der Angestellten beschränkt auf diejenigen, auf die das Angestellten-Versicherungsgesetz zutrifft. Es kommt aber im wesentlichen auf die Funktionen des Angestellten an. Der Angestellte ist gewiß ein Lohnempfänger, ein Arbeitnehmer wie der Arbeiter im allgemeinen. Aber wie der Landarbeiter oder der Bergarbeiter innerhalb der Arbeiterschaft eine gewisse Sonderstellung infolge seiner besonderen Funktionen einnimmt, so ist es auch mit den Angestellten. Bei der Erhebung hatte sich herausgestellt, daß eine große Zahl von Arbeitern für sich aus begrifflichen Gründen heraus den Angestellten zuzurechnen und zwar zu Unrecht, in Anspruch nahmen. Umgekehrt läßt die Reichsbahn Angestellte als Arbeiter gelten. Andererseits ist durch die Rationalisierung ein erheblicher Teil von Arbeit aus der Werkstatt in die Büros verlegt worden, während gleichzeitig die Büroarbeit mechanisiert worden ist. Dadurch ist die Tätigkeit eines Angestellten immer mehr der eines Arbeiters ähnlich geworden. Die Schwierigkeit, die Angestellten von den Unternehmern auf Grund der Berufszählung zu trennen, liegt auch darin, daß die Direktoren und Geschäftsführer in den Aktiengesellschaften und sonstigen größeren Unternehmungen zweifellos, wenn sie auch abhängig in ihrer Stellung sind, die Funktionen des Unternehmers ausüben, also gewissermaßen heute den Typus des modernen Unternehmers darstellen. Diese leitenden Angestellten müssen also abgezogen werden und den Unternehmern zugezählt werden.

Die Rationalisierung von 1925 bis 1928 hat zum ersten Male die Angestellten durch die Maschine erregt und auch bei den Angestellten eine industrielle Revolution geschaffen. Gleichzeitig aber ist festzustellen, daß der Zustrom in die Angestelltenberufe sich vergrößert hat. Dieser Zustrom kommt einmal von den weiblichen Berufsangehörigen, die sich in immer größerem Maße dem Angestelltenberuf zuwenden, er erklärt sich aber auch aus der falschen Einschätzung des Arbeiterberufs, wodurch viele in den Angestelltenberuf hineinwollen, weil sie in gewöhnlicher Arbeit nicht mehr zurecht kommen. Dazu kommt, daß infolge dieser Reinigungskrise in der deutschen Wirtschaft etwa 20 000 Selbständige proletariert wurden und in das An-

gestelltenverhältnis zurückgeworfen worden sind. Während nun die Rationalisierung die wirtschaftliche Bedeutung der Angestellten erhöht hat, haben die Unternehmer gewissermaßen eine Ehre darin gesetzt, das Angestelltenkonto in ein allgemeines Lohnkonto herabzuredern, obwohl doch die Bedeutung der Angestellten innerhalb des Produktionsprozesses gestiegen ist. Das ist eine ganz verkehrte Lohnpolitik der Unternehmer und zeigt nur deren wirtschaftliche Kurzsichtigkeit. Dieser Wandel hatte wesentlich beigetragen zu einer Verschärfung der sozialen Kämpfe. Wir verkennen gewiß nicht die wachsende Bedeutung der öffentlichen, gemeinnützigen und gemeinwirtschaftlichen Betriebe sowie der Eigenbetriebe der Arbeiterschaft, aber diese können noch nicht die kapitalistische Produktion überwinden. Wir haben weiter festgestellt, daß durch die wachsende Zahl der Angestellten eine Verschiebung des Bedarfs eingetreten ist. Der Angestellte verbraucht verhältnismäßig weniger Nahrung als der Arbeiter, er gibt mehr für Kleidung aus. Karl Marx hat vor mehr als 70 Jahren die Angestellten als die Unteroffiziere des Kapitals bezeichnet. Damals allerdings betrug die Zahl der Angestellten nur 200 000, heute haben wir, wenn wir die Angestellten auf Grund des Angestellten-Versicherungsgesetzes allein erfassen, 3 1/2 Millionen Angestellte. Heute sind die Angestellten eine proletarische Massenerscheinung geworden. Es ist sehr bezeichnend, daß alle Angestelltenorganisationen, auch die, die es früher abgelehnt haben, irgendwie mit einer Gewerkschaft verwechselt zu werden, daß heute selbst der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband für sich in Anspruch nimmt, und mit Stolz in Anspruch nimmt, eine Gewerkschaft zu sein. Wohl sind von dieser Armee von 3 1/2 Millionen Angestellten erst 12 Prozent freigewerkschaftlich organisiert, aber diese 12 Prozent sind es, die heute der großen Masse den Weg weisen für die Gesamtinteressen der Angestellten: eintreten und sie aufrufen zur freigewerkschaftlichen Organisation.

Dem Referat folgt eine kurze Diskussion über die vorliegenden Anträge, die dem Vorstand als Material überwiesen werden.

Mittagspause.

Die Sitzung wird um 3 Uhr eröffnet. Das Wort erhält

Professor Ledebur

zu einem weit umfassenden und ins einzelne gehenden Vortrag. Er beginnt mit einer Untersuchung, wie weit das Lehrgedäude von Karl Marx heute noch besteht. Es ist charakteristisch, sagte Ledebur, daß nicht nur diejenigen, die Anhänger des Marxismus sind, sich mit den Ideen von Marx befassen, sondern noch in viel größerem Maße diejenigen, die Gegner des Sozialismus sind. Marx hat aufgezeigt: 1. daß die kapitalistische Welt kein Zufall, sondern ein Kampf verschiedener Kräfte ist, weiter, daß dieser Kampf, der erwacht innerhalb der gestalteten Gesellschaft, diese Gesellschaft selbst wieder umgestalten kann; 2. daß diese Kampfpunkte nicht im einzelnen vorgenommen werden können, sondern nur als Klassenkampf; 3. daß im Rahmen der Klasse nicht im Hinblick auf heute oder morgen, sondern auf übermorgen diese Tat vollzogen wird und werden muß; 4. daß die Gruppierung nach Klassen die große Masse der Arbeiter dadurch zusammenhalten wird, daß die Arbeitskraft als Ware gekauft wird und die einzige Ware ist, an der Profit erzeugt werden kann. Wenn wir uns heute fragen, ob eine scharfe Trennung in zwei Klassen besteht, so müssen wir zunächst feststellen, daß wohl eine immer größere Masse von Lohnempfängern, also einer immer größeren Masse einer einheitlichen Arbeiterklasse entsteht, daß aber innerhalb dieser Klasse verschiedene Gruppen bestehen, die nicht zu verwechseln sind mit den früheren Ständen. Ist diese Arbeiterklasse eine große Masse? Nein; denn sie teilt sich in gelernte und ungelernete, von den Berufsunterschieden ganz abgesehen, in Angestellte und Beamte, ganz abgesehen von den freien Berufen, die weder Arbeiter noch Unternehmer sind. Aber gemeinsam allen diesen Gruppen ist, daß sie getrennt sind von den Produktionsmitteln und kein Verfügungsrecht über die Produktion haben. In diesem Sinne gehören selbst die kleinen Rentner zur Arbeiterschaft. Die Unterschiede, die zwischen den Schichten innerhalb der Arbeiterschaft bestehen, gehen vielfach auf geschichtlichen Ursprung zurück. Nach dem System Teilen und Herrschen hat man sich bemüht, die Arbeiterschaft, die Angestellten, die Beamten in möglichst viel getrennte Gruppen zu teilen. Ledebur führte als Beispiel Erlasse der Marineleitung an, die während des Krieges herauskamen, um eine absolute Trennung zwischen technischen Offizieren und Deckoffizieren aufrecht zu erhalten.

Wenn wir — so fährt er fort — nun die Entwicklung überblicken, so finden wir, daß innerhalb der Arbeiterschaft, wie das schon aus dem Referat von Suhr hervorgeht, eine Schichtung eingetreten ist, die anders verläuft ist, als Marx wohl vorausgesehen hat. Insofern, aber nur insofern, hat sich das, was Marx vorausgesehen hat, nicht erfüllt. Nirgends ist die Industriearbeiterschaft für sich allein in der Mehrheit, ausgenommen in dem kleinen Belgien, das ja das konzentrierte Industrieland darstellt. Dort sind die Industriearbeiter etwas mehr als 50 Prozent, aber nicht ganz 51 Prozent, in England sind sie 45 Prozent, in Deutschland 38 Prozent. Das erklärt sich dadurch, daß man die Hand durch die Maschine produktiv gestaltet hat. Es sind dem Arbeiter eigene Kameras erwachsen. Ledebur zeigte, wie ungeheuer die Mechanisierung sich besonders in den letzten Jahren entwickelt hat, so daß z. B. allein in der deutschen Eisenindustrie sich die Pferdekraft von 250 000 auf 600 000 von 1925 bis 1927 vermehrt haben. Diese eiserne Kollegen sind Besitz des Unternehmers. Während aber die Produktion immer mehr und scharfer rationalisiert wurde, ist die Verteilung nicht oder fast nicht rationalisiert worden und wird voraussichtlich auch nicht rationalisiert werden können. Die Zahl der Schuhe, die eine Verkäuferin verkaufen kann, kann bei weitem nicht so schnell gesteigert werden wie die Zahl der Schuhe, die ein Arbeiter zu erzeugen vermag. Aus dieser wachsenden Diskrepanz erklärt sich das Anstehen des Verteilungsapparates und das verhältnismäßige Zurückgehen der Industriearbeiterschaft. Nur wenn wir die Angestellten und die Beamten zusammen mit der Arbeiterschaft als Arbeiter, als Lohnempfänger, zählen, nur dann kommen wir zu einer Mehrheit der Arbeiterklasse schon heute. Angestellte und Arbeiter zusammen machen heute in Deutschland 66 Prozent der Bevölkerung aus. Ohne Angestellte und Beamte ist es den Industriearbeitern bei der geschlossensten Organisation nie möglich, die Mehrheit zu erlangen. Nun fragt es sich, wie weit es berechtigt ist und ob es berechtigt ist, Angestellte den Arbeitern zuzuzählen. Man versucht, hervorzuheben, daß die Mechanisierung der Arbeit die Erhebung der Persönlichkeit mit sich führe, was bei den Angestellten nicht im selben Maße und überhaupt nicht der Fall sei. In einer Reihe von Beispielen und Untersuchungen zeigt Ledebur auf, daß, wenn man heute von moderner Sklaverei sprechen könne, sie nicht in der Werkstatt des Arbeiters, sondern im Büro zu finden ist, und daß die Arbeiterschaft, die geistigste ist, gerade in den Büros zu finden ist und viel weniger in den Fabriken. Es ist dem Angestellten heute — so fährt er fort —, der weitab vom eigentlichen Produktionsprozeß tätig ist, viel weniger möglich, seine Persönlichkeit auszuleben, als dem Arbeiter. Tatsache ist es, daß die Position des Arbeiters seit 30 Jahren sich gehoben hat, während man von den Angestellten das nicht behaupten kann. Die getrennte Linie zwischen Angestellten und Arbeitern verschwindet immer mehr, und immer mehr wachsen die gemeinsamen Empfindungen gegen die kapitalistische Produktion. Vielleicht bilden Angestellte und Arbeiter heute noch keine einheitliche bewußte Klasse, aber sicher ist, daß die Angestellten das Schicksal des gesamten Proletariats teilen.

Ledebur zerlegt dann die inneren Hemmungen, die innerhalb der Angestelltenbewegung gegen die Vereinhaltung aller Arbeiterkräfte bestehen und die besonders unter Ausnutzung des Wortes Proletariat künstlich erzeugt oder erhalten werden. Ledebur geht ferner darauf ein, in welchem Maße die Angestellten nicht nur als Gesamtheit wachsen, sondern auch in welchem Maße ihre Kaufkraft von Bedeutung ist und kommt zu dem Schluß, daß Angestellte und Beamte, obwohl, im einzelnen gesehen, ihre Kaufkraft nicht höher ist als die des Arbeiters, doch dadurch, daß die Angestellten und Beamten einen größeren Teil ihrer Kaufkraft referieren für Industrieerzeugnisse, so für Wohnung, für Kleidung usw. und einen geringeren Teil für Nahrung als der Arbeiter, ihr Einfluß auf den industriellen Markt noch größer ist als ihre eigentliche Masse. Ledebur untersucht schließlich, wie die gesamte Arbeiterschaft auf die Produktionsführung einwirkt, wie sie in die gleiche eingreifen könne. Sicher ist — so fährt er fort —, daß innerhalb der kapitalistischen Produktion die Interessen der Arbeiter und Angestellten bezüglich der Kontrolle der Monopole und Kartelle parallel laufen. Ich habe für meine Person noch nicht das Allheilmittel gefunden, um sagen zu können, mit welchen Mitteln heute am besten diese Produktionsführung und diese Beeinflussung der Monopole möglich ist. Aber welchen Weg soll man nun gehen, den der Gewalt oder den der Entwicklung. Diese Frage erledigt sich schon durch die Tatsache, daß die Arbeiterschaft den Weg der Entwicklung gegangen ist. Wenn man den Weg der Entwicklung geht, dann darf man nicht gleichzeitig die bolschewistische Phrase im Munde führen. Gewiß muß man darüber wachen, daß man nicht in der Routine untergeht. Aber es ging nicht an, den evolutionären Weg zu gehen und die revolutionäre Phrase beizubehalten. Jedenfalls haben heute schon die Gewerkschaften die Organisation der Arbeiterschaft, es erreicht, daß man nicht mehr, wie es die Unternehmer tun, wenn man von Wirtschaft spricht, damit nur die Unternehmer meint; zur Wirtschaft gehören auch die Arbeiter und Angestellten, und das Schicksal der Wirtschaft ist nicht identisch mit der Dividende, sondern das Schicksal der Wirtschaft ist das Schicksal derer, die in der Wirtschaft produktiv tätig sind. Zudem zerlegt Ledebur einen Vergleich zwischen der Situation der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung im allgemeinen vor dem Kriege und heute, der Bedeutung und Aufmerksamkeit, die ein Arbeiterkongress vor dem Kriege erweckt hat und heute erweckt, zieht er gleichzeitig einen Vergleich zwischen den einheitlichen, schönen und klaren Linien des Kongresssaales und den mit allerlei Stud und unwahren Verzerrungen verstellten Linien der Brunnensäule des Rathauses, in dem der Kongress am Montag vom Senat der Stadt Hamburg empfangen wurde. Diese Herausarbeitung der klaren Linien, die Licht und Luft überall hineinlassen, diese Arbeit sei es, die man jetzt bei der Umgestaltung der Wirtschaft nicht aus dem Auge verlieren dürfe.

Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat folgte eine eingehende Diskussion.

Verbandstag der Maler in Stuttgart

Die 21. Generalversammlung des Verbandes der Maler wurde am Montag in Stuttgart in Gegenwart von 51 Delegierten eröffnet. Der Vorsitzende Strine hob in seiner Begrüßungsansprache das Anwachsen des Einflusses der Gewerkschaftsbewegung hervor. Die Gewerkschaften seien stolz darauf, an der Schaffung des neuen Staates mitgewirkt zu haben; sie wollten ihn auch mit allen Kräften verteidigen. — Es folgten dann mehrere Begrüßungsansprachen.

Die eigentlichen Beratungen begannen mit einer Ergänzung des gedruckt vorliegenden Geschäftsberichts durch den Vorsitzenden Strine. Die Entwicklung des Verbandes ist außerordentlich günstig, obwohl die Wirtschaftskonjunktur seit einigen Jahren viel zu wünschen übrig läßt. Ein großer Krebsgeschwür im Gewerbe ist die viel zu große und immer noch ansteigende Zahl der kleinen Meister, die sich in der Lehrlingszählerei und in der unglückigen Wirtschaftslage auf dem Arbeitsmarkt auswirken. Seit Jahren ist der Verband bemüht, auf die Regelung der Lehrlingsverhältnisse Einfluß zu gewinnen. Die Tätigkeit des Vorstandes im „Reichsausschuss für Schwerterhaltung durch Anfrucht“ richtete sich u. a. auch darauf, erhöhte Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Ein ausführliches Bild gab der Berichterstatter von der in diesem Frühjahr durchgeführten Erneuerung des Reichsarbeitsgesetzes. Es gelang einen einstimmig angenommenen Schiedspruch zu erhalten, der die Löhne um 6,7 bis 8 Pfennige erhöht. Das Lohnabkommen hat Gültigkeit für ein Jahr. Wenn es dem Verband also auch diesmal wieder gelang, ohne größere Kämpfe die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich festzulegen, so ist das nicht zuletzt auf den Stand und den Einfluß der Organisation zurückzuführen. Auch die Internationale der Maler hat eine neue Stärkung erfahren. Es sind heute 13 Länder dem Internationalen Sekretariat angeschlossen. Der Bildungsarbeit des Verbandes wurde in vielseitiger Weise Rechnung getragen. Unser technisches „Jahrbuch der Maler“ genießt jetzt einen anerkannten guten Ruf.

Der Hauptkassierer Heinrich erhaltete den Kassensbericht. Der Durchschnittsbeitrag betrug im Jahre 1927 pro Woche 88,5 Pf., in der ersten Hälfte des Jahres 91 Pf., davon 68,6 Pf. für die Hauptkasse, für den Hilfsbeitrag 22,4 Pf. Das Verbandsermögen beträgt 2 1/2 Millionen Mark. Um allen künftigen Anforderungen an den Verband gerecht werden zu können, ist die Stärkung der Verbandskraft durch Gewinnung neuer Mitglieder nötig.

Im Verlauf seines Berichts über den „Maler“ stellt er fest, daß die Sozialdemokratische Partei die einzige Partei war, die stets mit allen Kräften die gewerkschaftlichen Forderungen vertreten habe. Die Gewerkschaftspreise habe daher nur ihre Pflicht getan, wenn sie bei den Wahlen eine klare Stellung eingenommen habe.

Dann wurde in die Diskussion eingetreten, die am Dienstag fortgesetzt wurde. Fast alle Redner stimmten dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes und der Haltung der Schriftleitung des Verbandsorgans zu. Die Opposition habe das Verbandsleben nirgends gefördert, sondern es vielmehr überall schwerer geschädigt. Dieser Standpunkt wurde von Delegierten aus Stuttgart, Plauen, Dresden, München, Berlin, Danzig und anderen Orten mit den von ihnen gemachten Erfahrungen begründet. Außerdem wurden in der Aussprache vornehmlich Fragen des Lehrlingswesens, der beruflichen und allgemeinen Fortbildung der Kollegen und des Tarifwesens behandelt.

Dem Vorstand und der Schriftleitung wurden schließlich gegen 6 Stimmen Entlastung erteilt. Die Wiedereinsetzung einer Pressekommission wurde abgelehnt. Die Anträge, alle Verbände des Baugewerbes zu einem Industrieverband zusammenzufassen, wurden gegen 9 Stimmen verworfen. Zur Annahme gelangte eine Entschließung, die gegen die von den Innungen betriebene Zersplitterung im Krankenkassenwesen sowie gegen die Genehmigung zur Errichtung von Innungsrenten in der Malergewerbe protestiert. Die Errichtung von Innungsrenten soll in Zukunft nur mit Zustimmung des Gesellenauschusses zugelassen sein. Eine Reihe von Anträgen, die das Tarifwesen betreffen, wurden dem Vorstand überwiesen; ein anderer Teil wurde gemäß dem Antrag der Beratungskommission abgelehnt. Verschiedene Anträge, die den Gesundheitschutz, die Verkürzung der Arbeitszeit, des Genfer Bleimeißelabkommens usw. betreffen, fanden ihre Erledigung durch die Annahme von Entschließungen, die die Stellungnahme des Verbandes zu dieser Frage zusammenfassen. Weiter wurden alle Anträge zum Jugend- und Lehrlingswesen in einer Entschließung zusammengefaßt, die Annahme fand. — Die Beratungen werden Mittwoch fortgesetzt.

Der Schiedspruch für das Buchdruckergewerbe des Saargebietes ist von Arbeitgeber und Arbeitnehmer angenommen worden.

Gewerkschaftsbewegung

Das Waldenburger Steinkohlenrevier stillgelegt

Dem Streikbeschluss der Funktionäre aller Organisationen des niederschlesischen Steinkohlenreviers sind die Belegschaften restlos nachgekommen. Der Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens versuchte zwar in letzter Minute durch ein äußerst gehässiges Flugblatt die Arbeiter von dem Streik zurückzuführen, doch gelang das glänzend daneben. In der Öffentlichkeit behaupten die Unternehmer, die Belegschaften seien unreguliert und sinnlos in den Streik getrieben worden. Sie fasseln in dem Flugblatt auch etwas davon, dass den Arbeitern auf andere Weise hätte geholfen werden können. Diese Methode ist aber zu abgegriffen, als dass sie von den Arbeitern noch geglaubt würde. Diese sind wie die Organisationsvertreter und die Funktionäre überzeugt, dass auf friedlichem Wege nicht mehr zu erreichen ist, zumal die Unternehmer dazu in der vergangenen Zeit genügend Gelegenheit hatten. Auch die Behandlung der Arbeiter auf den Gruben hat zu der guten Kampfstimmung der Belegschaften beigetragen. In voller Übereinstimmung mit den Belegschaften ist die Forderung auf 15 Prozent Lohnerhöhung aufgestellt worden. Allgemein wird die Forderung als minimal und vor allem als durchführbar bezeichnet, wenn sie auch noch lange nicht ausreicht, um die ungehore Armut des Bergmannsvolkes zu lindern. Um den Unternehmern jede Handhabe zu nehmen, etwa die technische Ausrüstung einzufügen, haben die Streikenden die Ausführung der Notstandsarbeiten selbst übernommen. Die nötigen Arbeiter werden von den örtlichen Streikleitungen zur Verfügung gestellt.

Bauanschlägerstreik in Breslau?

Zum 1. Mai haben die Bauanschläger ihren bis dahin bestehenden Tarifvertrag durch den Deutschen Holzarbeiterverband kündigen lassen. Die Forderungen sind den zuständigen Arbeitgeberverbänden, der Freien Vereinigung der Arbeitgeber und der Tischlerzwangsinnung zugeht worden. Erst im September sind die Verhandlungen mit Ernst geführt worden und auch am 12. September zu einem Abbruch gekommen. Die Tischlerzwangsinnung hat bei der letzten Verhandlung einen Vertreter zu der Verhandlung delegiert.

Am 17. September sind die Verträge der Tischlerzwangsinnung zur Unterschrift vorgelegt worden. Der Obermeister erklärt jedoch, dass er den Vertrag nicht zu unterschreiben gedenke, da er keinen Auftrag habe.

Die Innung will die Bauanschläger um die Erfolge der Verhandlungen bringen und die Dinge in den Winter hinein zu verschleppen versuchen.

Am Dienstagabend hat eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Bauanschläger gegen die Verschleppungspolitik der Innung Stellung genommen und in scharfer Weise die Verschleppung der Erledigung des Vertrages geäußert. Eine Entschliebung wurde einstimmig angenommen.

Die Bauanschläger sind äußerst erregt, dass die Tischlerzwangsinnung sich weigert, die Unterschrift zum durchgeführten Tarif- und Lohnvertrag zu geben, obwohl sie einen Vertreter zu den Verhandlungen gestellt hat. Die Bauanschläger beschließen, falls bis zum Freitag, den 5. Oktober, die Unterschrift nicht geleistet ist, am Montag, den 8. Oktober, in allen Bauwerkstätten, die der Tischlerzwangsinnung angehören, die Arbeit nicht aufzunehmen.

Weiter ist beschlossen, Sonnabend, den 6. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus im Zimmer 7/8, für alle Bauwerkstätten die Anschläge beschließen, eine Bauanschlägerversammlung durchzuführen. Keiner darf fehlen. Die Branchenleitung.

Der Waldenburger Streik

Seine wirtschaftlichen Hintergründe

Der Beginnende Herbst, wo den Menschen bei der wachsenden Teuerung die Unzulänglichkeit ihres Einkommens bewußt wird, hat in Deutschland wieder große wirtschaftliche Kämpfe ausgelöst. In der Wasserstadt stehen 50 000 Werftarbeiter im Streik. In Rheinland und Westfalen rüttelt die Schwerindustrie zur Abwehr der berechtigten Forderungen der Metallarbeiter. Am härtesten überrascht aber die Öffentlichkeit die Meldung, daß im niederschlesischen Glendgebiet von Waldenburg-Neurode, das in 50 Jahren dieselbe traurige Verhinderung haben wird, wie heute das Gesicht der Weber im Culengebirge, die Bergarbeiter am 2. Oktober zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen in den Wirtschaftskampf getreten sind und streiken.

Die Öffentlichkeit hat wenig beachtet, daß die Waldenburger Bergarbeiter schon einmal friedlich verhandelt haben, um ihre Glendlage zu verbessern. Am 13. September sind die ersten Verhandlungen zwischen den Bergherren und Arbeiterverbänden erfolglos abgebrochen worden, nachdem die Bergarbeiter einen 15prozentigen Zuschlag auf ihre Tariflöhne, einen billigen Ausgleich vorhandener Ungerechtigkeiten, und die Erhöhung des Zimmerhauerlohnlohs um 10 Prozent gefordert hatten. Die Verhandlungen scheiterten, weil die Bergherren einen Vorschlag machten, der unläuter war und aus volkswirtschaftlichen Gründen von den Bergarbeitern nicht angenommen werden konnte. Die Bergherren verlangten, daß die Vertreter der Arbeiterchaft sich bei den Arbeiter- und Verbrauchervertretern im Reichslohnrat und im Reichslohnverband sich dafür stark machen sollten, daß die Kohlenpreise für niederschlesische Kohle um 1 Mark je Tonne erhöht wird. Wenn das erreicht wäre, sollten die Arbeiter aus dem Mehrerlös 50 Prozent zur Erhöhung der Löhne erhalten, 40 Prozent des Mehrerlöses wollten die Bergherren einstecken. Dieser Vorschlag, der durchaus unläuter war, mußte abgelehnt werden. So kam es zum Streik.

Die Forderungen der niederschlesischen Bergarbeiter sind berechtigt. Unter der Bürgerblockregierung fand man im vorigen Jahre kaum den Mut, eine Erhöhung der Schichtlöhne für Niederschlesien um 6 Prozent für verbindlich zu erklären. Nach den amtlichen Ziffern erhalten die Bergarbeiter Niederschlesiens im Durchschnitt der Gesamtbelegschaft, wenn man den Leistungslohn, nicht die Tariflöhne der Lohnordnung berücksichtigt, für ihre schwere Arbeit noch nicht 6 Mark pro Schicht. Dabei ist der Soziallohn schon eingerechnet. Wo Proletariatsmassen zusammenwohnen, wie in Niederschlesien, ist das Leben weitaus teurer als anderwärts. Jede Teuerung wirkt sich dort viel verheerender aus. Auf der anderen Seite sind die Leistungen der schlecht bezahlten niederschlesischen Bergarbeiter auch noch im letzten Jahre bedeutend gestiegen. Für die schlechten Bergbauverhältnisse in Niederschlesien bedeutet es viel, daß sich im Monatsdurchschnitt die Leistung pro Kopf und Schicht der Belegschaft im Jahre 1928 auf 539 Kilo gegen 784 Kilo im Jahre 1927 erhöht hat. Dabei ist die Belegschaftszahl von Januar bis August 1928 nicht unbedeutend zurückgegangen, sie ist von 26 800 auf 25 500 Bergarbeiter gesunken. Bei geringerer Belegschaftszahl ist die Leistung

der Arbeiter also um fast 7 Prozent gestiegen. Den erhöhten inneren Rentabilitätsmöglichkeiten der niederschlesischen Bergwerke ist die entsprechende Erhöhung der Löhne nicht gefolgt.

Für das Glend, das im Waldenburg-Neuroder Gebiet herrscht, nur folgende amtliche Zahlen über die Wohnungsverhältnisse: Das Landratsamt Waldenburg hat für das Jahr 1927 festgestellt, daß in Waldenburg fast 33 Prozent der Bevölkerung in einem Wohnraum leben müssen, 38 Prozent nur ein Zimmer und eine Küche haben, und 20 Prozent in der „glücklichen“ Lage sind, zwei Zimmer und eine Küche zu besitzen, nur etwa 9 Prozent sind besser untergebracht. Die Lage in den Bergarbeiterdörfern ist noch viel trauriger. In den Bergbaugemeinden Dittersbach, Nieder-Sermisdorf, Neuhain, Gottesberg und Weißstein leben von 100 Familien 34-40 in einem Wohnraum. In der Gemeinde Zellhammer 50 Familien und in den Gemeinden Konradshai, Ober-Sermisdorf und Neu-Käsig leben gar von 100 Familien 58 in einem einzigen Wohnraum. Diese Wohnungsverhältnisse beweisen mehr als alle Lohnstatistiken, wie dicht besiedelte Proletariatsgebiete mit der unermesslichen Teuerung automatisch auch das Glend erzeugen.

Die Bergherren haben demgegenüber aber fast nichts getan, um von sich aus die wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern. Erst, als die Aussicht bestand, daß Staat und Reich bereit sein werden, zur Konzentration und Rationalisierung der niederschlesischen Bergwerksverhältnisse Kredite zu gewähren, bzw. Staatsgarantien zu übernehmen, erst als diese Staatshilfe laffe, bereitete man die Bildung der niederschlesischen Bergbau-Aktien-Gesellschaft vor, die als Einheitsbetrieb die Förderkosten senken und die Konkurrenzfähigkeit der niederschlesischen Kohle verbessern soll. Aber obwohl die Staatsgarantie für einen Kredit von ein Millionen zugesagt ist, ist bis heute die niederschlesische Bergbau-A.G. nicht aktionsfähig geworden. Die Koks- und chemische Fabriken-A.G., die Rütgers-Werke-A.G. und die Gewerkschaft Vereinigte Glückhoff-Friedenshoffnung haben sich wohl vorläufig zusammengeschlossen, aber die fideikommissarisch gebundenen Zeichen der gräflich Pleßischen Verwaltung stehen noch immer außerhalb, weil der schlesische Großgrundbesitzerfamilie Pleß der Preis für ihre hoch verschuldeten Zeichen zu niedrig scheint. Diese Familie Pleß benutzt das Glend im Waldenburger Gebiet, um Privatverdienste aus der Notwendigkeit des Zusammenstufes zu ziehen, wobei sie vor allem ausnützt, daß die Zeichen von Pleß die Kohlenrentiere der anderen Gesellschaft durchschneiden und eine rationelle Wirtschaft ohne die Pleßischen Zeichen nicht möglich ist.

Die Waldenburger Bergarbeiter können unmöglich auf die Bänderung ihres Glends warten, bis die Familie Pleß den Preis bekommt, den sie verlangt. Sie dürfen nicht verantwortlich gemacht werden, mit ihrem Leben und ihrem Lebensglück für das Kapitalrisiko, das die Bergbauwirtschaft ungünstigen niederschlesischen Zeichen tragen müssen, und das die Bergherren in Niederschlesien nicht tragen wollen. Dem Kampf der niederschlesischen Bergarbeiter muß die Sympathie und Hilfe der ganzen deutschen Öffentlichkeit gehören; auch dem Staat darf keine Wahl gelassen werden, wo er zu stehen hat. Nachdem der Staat seine Kredithilfe zugelassen hat, muß er den Kampf der Bergarbeiter begünstigen und durch weitgehende Erfüllung der Bergarbeiterforderungen die immer wieder hinausgeschobene Rationalisierung des niederschlesischen Bergbaus erzwingen.

Familien-Anzeigen

Heute entschlief nach langem, schwerem Leiden mein geliebter Mann, unser guter Vater, Großvater und Bruder

August Brucks

im Alter von 74 Jahren.
Breslau, den 2. Oktober 1928
Gräbschener Str. 118

Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag, d. 5. Okt., nachm. 2 Uhr, von der Halle III (Krematorium) des Friedhofs Gräbschen aus statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Am 29. September verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Tischler**

Georg Hawlitzky

im Alter von 42 Jahren. 2773

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Ver. anstandslos Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle I in Oswitz.

Neu erschienen!

Die Religion in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von Julius Tenax

Die von einem Laien verfaßte, für den Laien bestimmte Schrift hat sich die Aufgabe gestellt, die Fragen zu beantworten:

Was soll ich glauben?

Was kann ich glauben?

Was darf ich nicht glauben?

Zu haben zum Preise von M. 2.40 in allen

Volkswacht-Buchhandlungen
Neue Graupenstr. 5, Neue Taschenstr. 11,
Flurstraße 4, Matthiaststraße 155

Zurückgekehrt

Dr. B. Teichmann

Gartenstraße 38.

Zurückgekehrt

Dr. Lewin

Breslau-Neukirch.

Bekanntmachung.

Durch Verordnung des Herrn Preussischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 30. August 1928 ist der Provinzialauschuss von Niederschlesien für

RM. 12 000 000.— 8% Teilschuldver. Freibungen der Provinz Niederschlesien

von der Verpflichtung zur Einreichung eines Prospekts vor der Einführung an den Börsen zu Berlin und Breslau befreit worden. Mit dieser Anordnung gilt gemäß § 40 Absatz 1 Satz 2 des Börsengesetzes die Zulassung der Wertpapiere zum Börsenhandel an den genannten Börsen als erfolgt.

Die Anleihe ist in folgende Stücke eingeteilt:

Buchstabe A Nr.	1— 400 zu je RM. 5 000.—
" B "	401— 6 800 " " " 1 000.—
" C "	6 801— 12 500 " " " 500.—
" D "	12 501— 18 500 " " " 100.—

Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber. Den Stücken sind Zinscheine für zehn Jahre, die am 2. Januar und 1. Juli eines jeden Jahres, erstmalig am 2. Januar 1929, fällig werden, nebst Erneuerungsschein beigelegt.

Die Anleihe ist seitens der Inhaber unkündbar. Der gesamte Anleihebetrag wird vom 1. Juli 1929 ab mit 2 v. H. zugunsten der durch die fortschreitende Tilgung erparten Zinsen getilgt. Die Tilgung erfolgt nur durch Auslösung zum Nennwert; veräußerte Auslösung oder Gesamtfündigung bleibt vom 1. Juli 1933 ab vorbehalten. Die Auslösung findet im Januar jeden Jahres statt.

Kapital und Zinsen werden bei Fälligkeit in gesetzlichen Zahlungsmitteln bezahlt. Für jede geschuldete Reichsmark ist der in Reichswährung ausgedrückte Preis von 1/100 kg Feingold zu zahlen. Der Goldpreis ist der auf Grund der Verordnung vom 29. Juni 1923 (RGBl. I S. 482) im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger jeweils zuletzt bekanntgegebene Londoner Goldpreis, umgerechnet nach dem Mittelkurs der Berliner Börse auf Grund der amtlichen Notierung für Ausschahlung London am 10. Werktag vor dem Tage der Fälligkeit. Ergibt sich aus dieser Umrechnung für das Kilogramm Feingold ein Preis nicht mehr als RM. 2800 und nicht weniger als RM. 2780, so verbleibt es bei der Zahlung von einer Reichsmark für jede geschuldete Reichsmark in gesetzlichen Zahlungsmitteln.

Für die Sicherheit der Anleihe haftet die Provinz Niederschlesien mit ihrem gesamten Vermögen und ihrer Steuerkraft.

Die Einlösung der fällig werdenden Zinscheine sowie der geschuldeten und ausgelassenen Stücke erfolgt kostenfrei außer bei der Landeshauptkasse von Niederschlesien bei den an den Börsenplätzen Berlin und Breslau nach zu bezeichnenden Stellen. Dasselbe werden auch die neuen Zinscheinebogen kostenlos ausgegeben; im Falle einer Konvertierung der Anleihe wird in Berlin und Breslau eine Stelle eingerichtet und bekanntgegeben, bei der die Konvertierung kostenfrei erfolgt.

Für die Schuldverschreibungen betrieblenden Bekanntmachungen, insbesondere alsbald nach den Ziehungen die Nummern der gezogenen Stücke sowie gleichzeitig, aber jährlich mindestens einmal, eine Liste der früher ausgelassenen, aber noch nicht eingelassenen Stücke, werden in je einer an den Börsenplätzen zu Berlin und Breslau erscheinenden Tageszeitung veröffentlicht.

Breslau, den 17. September 1928.

Ramens des Provinzialauschusses von Niederschlesien
Der Landeshauptmann.

Zahl- u. Auskunftsstelle für Grabpflege-Gebühren

17003
sowie andere Friedhofsgebühren
der städt. Friedhöfe Gräbschen, Oswitzer Str. u. Cosel

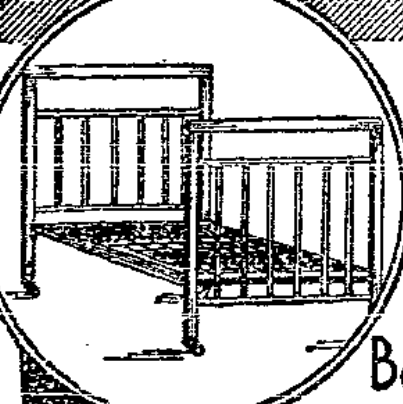
An der Elisabethkirche 3/4, Erdgeschoss links, Zimmer 1a

Dienstzeit von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags

Auskunft in Grabdenkmals-Angelegenheiten

bei der Friedhofs-Direktion, An der Elisabethkirche 3/4
Erdgeschoss rechts, Eingang durch Zimmer 11 (8-1 Uhr)

Moderne Metallbetten



für Erwachsene und Kinder
Reiche Auswahl bester deutscher Fabrikate!

Bettfedern, Daunen, Polstermatten aus eigener Werkstatt!

Bielschowsky
Nikolaistraße BRESLAU Ecke Herrenstr.

Pfänder-Auktion

am 8. Oktober
Schneider Bären-Str. 12.

Geld borgt auf Pfänder

in jeder Höhe
Leihhaus Grünstr. 9

Telefon 25 987.

Fahrräder
Nähmaschinen
Sprechapparate
Platten
auf Teilzahlung, Mk. 10 Anzahl, 2 Mk. wöchentl.
Mein Haus Nr. 12a
Steinweg Str. 12a
Bitte genau auf meine Adresse zu achten!

Zum Referat

des Genossen Naphtali auf dem

Gewerkschaftskongress der ADGB.

empfehlen wir das soeben erschienene Buch

„Wirischalisdemokratie“

Mk. 3.60

Volkswachtbuchhandlungen
Neue Graupenstr. 5, Neue Taschenstraße 11, Flurstraße 4

Die Zeppelinfahrt ein schäbiges Geschäft

Die erste große Fahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ ist zu einem nationalen Skandal geworden.

Eine fesselnde, unwürdige Situation ist damit geschaffen worden. Ganz Deutschland hat mit großer Erwartung und Begeisterung diesem Flug entgegengekehrt.

Wir wollen uns erinnern, wie dieser Zeppelin entstanden ist. Die Begeisterung über die Amerikafahrt des Z R 3 gab die Grundlage für die Zeppelinpende, die Zeppelinpende die Grundlage für den Bau des „Graf Zeppelin“.

Für den, der das Gespräch zwischen dem Frankfurter Rundfunksender und dem Zeppelinpiloten abhören konnte, trat das blamable dieser Situation hervor.

Wir reden nicht über die Zeitungsverleger, die aus echt deutscher Begeisterung mit Hilfe eines Monopolantrages ein Geschäft gemacht haben, das ist ihr Metier.

Herr Dr. Cäener! Die Anteilnahme des ganzen Volkes kam Ihnen entgegen, Sie haben eine wahrhaft große Sache in der Hand gehabt — und Sie haben daraus ein schäbiges Geschäft gemacht!

Zeppelin über Holland und England

Die Hoffnungen der Berliner, das Luftschiff „Graf Zeppelin“ am Dienstag mittag über der Hauptstadt kreuzen zu sehen, wurden enttäuscht.

Das Luftschiff erreichte um 8.45 Uhr die englische Küste und wurde zu dieser Zeit ungefähr acht Meilen südlich von Lowestoft gestoppt.

Nach den letzten Dispositionen beabsichtigt Dr. Cäener, heute vormittag 8 Uhr in Berlin einzutreffen.

Ein Reichswehrsoldat erschossen

In einem Walde bei Redlich in der Mark wurde am Dienstag die Leiche des Obergefreiten Helfert von der Nachrichtenabteilung III gefunden.

Der im Walde von Redlich erschossen aufgefundenene Obergefreite Helfert ist, wie die Nachforschungen der Potsdamer Staatsanwaltschaft ergeben, wahrscheinlich einem Verbrechen zum Opfer gefallen.

Bauern und Zigeuner im Kampf

Die Berliner Blätter melden aus Prag: In einem kleinen slowakischen Dorf bei Kose Mesto an der Waag kam es in der Nacht zum Dienstag zu einer furchtbaren Schlacht zwischen Dorfbewohnern und Zigeunern.

Der Liebestrank

Das Wiener Landgericht verurteilte die Privatiers Katharina Kohn wegen Betrügerei zu vier Monaten Kerker.

Betrügerin hat der Enttäuschten als Ersatz einen Liebhaber in der Gestalt eines ungarischen Arztes Dr. Kürbin an.

Zwei seiner Freunde ertrinken

Der berühmte Kunsthändler Mureny in Wien hat in der Sonntagnacht zwei seiner Freunde ertrinken lassen.

Der Hauseinsturz in Stralsund



wo am 28. September zwei Häuser in der Langen Straße infolge eines Ladenumbaues in sich zusammenbrachen.

Geheimnisvolle Tragödie

Eine geheimnisvolle Tragödie, der anscheinend eine Reichsdeutsche und ihre Freundin zum Opfer gefallen sind, hat sich in den letzten Tagen auf der Karolpe abgepielt.

Bergmann weint

Im Berliner Lombardhaus-Bertragsprozeß Bergmann wurde am Dienstag zunächst die Frage erörtert, wie hoch der Wert der Konkursmasse des Bergmannschen Unternehmens war.

Das Gericht erörtert dann die Bilanzen. Der Raj Klag Bergmann erklärt, er habe Bilanzen nie gesehen, er sei immer krank gewesen und habe an Darmverkrüppelung gelitten.

Das Urteil im Larm-Prozeß

Das Weimarer Schwurgericht verurteilte am Dienstag Abend im Larm-Prozeß nach vierstündiger Beratung folgendes Urteil:

„Der Angeklagte Larm erhält wegen Raubes, schweren Einbruchs und Diebstahls, Fehlleistungen gegen das Sprengstoffgesetz und verbotenen Waffenbesitzes 14 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.“

Der Angeklagte Larm erklärte sich bereit, die Strafe anzunehmen.

Über die Welt lacht

Dem Bürger Banowik ist seine Frau abhanden gekommen

In manchen kleinen Gemeinden ist es noch Sitte, daß wichtige Gemeindeangelegenheiten, die zur allgemeinen Kenntnis gebracht werden müssen, durch einen Dorftrömler am Marktplatz ausgetrommelt werden.

Gustav nagel dichtet

An eine Dame hat Gustav Nagel, der innerlich noch „ein münchlich Weib“ lacht, seine Photographie geschickt mit einem Gedicht.

Mein Haus ist mir gestohlen worden

Mein Haus ist mir gestohlen worden

Im März 1925 machte der Maurermeister Christian Jørgensen in Kopenhagen die Entdeckung, daß ein Holzhaus, das er sich an der Ecke von Rolf Krækes Allee und Amagerbrogade, einem beliebten Viertel von Kopenhagen, erbaut hatte, spurlos verschwunden war.

Fort mit dem Bart — her mit dem Zylinder

Ein Augenzeuge der Eröffnung des Parlaments von Afghanistan berichtet dem Indischen Pressedienst folgenden bezeichnenden Vorgang: „Die 700 Abgeordneten, die in ihrer herkömmlichen Kopfbedeckung und ihren Gewändern zur Eröffnung des Parlaments eintrafen, wurden auf Befehl des Königs ihrer herkömmlichen Tracht „beraubt“ und im Parlamentsgebäude mit Zylindern und Jacketts bekleidet.“

Sachsen in der Welt voran

Ein sächsischer Reklamevertrieb gibt bekannt: „Wir bringen als Neuheit mit Reklame bedrucktes Toilettenpapier D.R.G.M. (in Verbindung mit einem Reklamebefestigungshalter D.R.P.) auf Rollen in der Gestalt, daß die jeweilige Reklame nur auf den unteren Blatttrand zu stehen kommt.“

Diese Rollen verschicken wir! Und zwar sind in Aussicht genommen: die gesamte Reichslandsbahn, öffentliche Gebäude, Hotels und alle Gaststätten, industrielle Unternehmen usw., die sämtlich für diesen Artikel jährlich beträchtliche Summen auswenden müssen und künftig dieser Ausgabe ledig wären.

Diese Reklame ist zurzeit die billigste und wirkungsvollste auf dem Weltmarkt.

Sachsen in der Welt voran...

Sie möchten gern den Bürgerkrieg

Zu den Sonntagstrawallen wird uns geschrieben: Am Sonntag ist es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Anhängern verschiedener politischer Richtungen gekommen. In Geesthacht bei Hamburg unternahm Rotfrontkämpfer einen wohlorganisierten Überfall auf Reichshannerkameraden, die zur Wahlpropaganda und zur Sicherung der Gemeindevahlen nach Geesthacht gekommen waren. Ein Toter und viele Verletzte blieben auf dem Platz. In Berlin hatten die Halentreuzler einen verkleinerten Abmarsch des Stahlhelms veranstaltet. Sie hatten ihre Anhänger in Berlin zusammengewogen. Es kam vor dem Verammlungsort zu heftigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Halentreuzlern, so daß die Polizei mit der Waffe eingreifen mußte. Die Bilanz: 29 Verletzte.

Diese Vorgänge sind kein Zeichen allgemeiner politischer Erregung des Volkes, kein Ausbruch einer Zuspaltung der politischen Verhältnisse. Sie spiegeln lediglich die verzweifelte Bemühungen der Extremisten von der äußersten Rechten und der äußersten Linken wieder, um jeden Preis aktiv zu werden. Dieser Wunsch ist geboren aus der Erkenntnis, daß die Stabilität der politischen Verhältnisse in Deutschland nicht zu erlangen ist, und die Chancen für die Extremisten damit immer kleiner werden. Sie brauchen den Rärm und die blutigen Zwischenfälle, um dahinter ihre Schwäche zu verdecken. Sie möchten Ausnahmeverhältnisse provozieren, um damit ihre Agitation neu zu beleben.

Goldes Treiben ist nicht nur gefährlich für die unmittelbar Beteiligten, die dem Messer und dem Gummistülpel der organisierten extremen Herden ausgesetzt sind, es birgt die Gefahr in sich, daß die öffentliche Aufmerksamkeit von den Problemen abgelenkt wird, die auf dem normalen gesetzgeberischen Wege zu lösen sind. Die Arbeiterklasse hat ein Interesse daran, daß nicht eine Atmosphäre des politischen Adaus und der Ausschreitungen geschaffen wird, in der die ernsthaften politischen und sozialen Fragen, die der Lösung harren, zur kurz kommen. Die in Berlin erscheinende „Deutsche Zeitung“, das Organ der extremen Deutschnationalen und des Stahlhelms, überschreibt ihre Berichte über die Vorgänge des Sonntags: „Sturmzeichen des Bürgerkrieges“. O nein, es sind keine Sturmzeichen eines kommenden Bürgerkrieges — es sind nur Symptome dafür, daß Rotfrontkämpfer und Stahlhelmer Arm in Arm einen Bürgerkrieg provozieren möchten, da sie an der Erreichung ihrer politischen Ziele auf normalem Wege verzweifeln. Sturmzeichen des Bürgerkrieges — das rückt verächtlich nach der Absicht zu puffen, mit der Begründung, daß andere vielleicht puffen möchten. Stahlhelm- und Rotfrontkämpfer wollen wie im Jahre 1923 Hand in Hand arbeiten.

Es ist kein Zufall, daß jetzt sowohl der Stahlhelm als auch die Kommunisten mit Volksbegehren spielen, die ihre Spitze im Grunde genommen gegen die Republik und die republikanischen Parteien richten. Der Stahlhelm predigt offen den Haß gegen die Republik und ihre Vertreter, er veranstaltet Kundgebungen, in denen die Person von Hobbesherzogen herausgeholt wird, er predigt, wie auf seiner letzten Grenzlandkundgebung in Marckenburg, eine aktive Diktatur und rassist mit dem Säbel gegen Polen. In der kommunistischen Agitation tritt die gewöhnliche radikale blutdürstige Phrase wieder immer häufiger hervor.

Diese Laufen der Extremisten von rechts und links vollzieht sich jedoch nicht wie im Jahre 1923 auf der Grundlage eines zerrütteten Wirtschaftslebens und eines politisch völlig desorganisierten Volkes. Sie wird infolgedessen keine Resonanz finden. Der Stahlhelm erklärt heute schon, daß sein Plan, die Rechtsparteien mitzuzerren, scheitern wird. Es wird vielen, die bisher offen oder heimlich mit dem Stahlhelm sympathisiert haben, bei dem neuesten Wortlaut des von Herrn Hugenberg inspirierten Stahlhelms sehr übel. Die Volkspartei denkt ernsthaft daran, einen entschiedenen Trennungskrieg gegen den Stahlhelm zu ziehen. Der Jungdeutsche Orden veröffentlicht eine Kundgebung gegen die Hasßbotschaft und das Volksbegehren des Stahlhelms, in der er sich sehr scharf gegen die monarchisch-dynastischen Bestrebungen und gegen die Einflüsse von Trübs und Konzernen und ihrer Beherrschung auf politische Parteien und Verbände erklärt.

Es ist selbstverständlich, daß dem Treiben der Extremisten nicht mit unbegrenztem Langmut zugehört werden kann. Es scheint uns jedoch abwegig, wenn das Berliner Zentrumorgan, die „Germania“, im Hinblick auf die letzten Vorgänge nach einer Stärkung der Regierungsgewalt ruft, die es ermöglicht, den Ausschreitungen der Extremen entgegenzutreten. Die Gewalt der Regierung ist groß genug zu diesem Zweck, und auch nur das Spiel mit dem Gedanken an Ausnahmezustände würde den Leuten vom Stahlhelm und Rotfrontkämpferband nur in die Hände arbeiten. Zur Niederhaltung offen geschwiegener Ausschreitungen genügt Polizei und Strafgesetz. Die geistige Überwindung ist die Aufgabe aller wahrhaften Republikaner und Demokraten. Es gilt, die Gefährlichkeit und Volksfeindlichkeit der Treiber von der äußersten Rechten und von der äußersten Linken vor dem Volke aufzuzeigen und einen moralischen Befehl zu erteilen, sie zu zerschlagen. Das beste Mittel gegen das Treiben der Extremisten ist das geschlossene Bekenntnis zur Republik, in jenem Sinne, der Severing auf der Reichshannerversammlung in Hannover zu dem Beschlusse veranlaßte: Nun erst recht Reichshannerver!

Zusammentritt der Wehrfragenkommission

Am Dienstag Vormittag trat in den Räumen des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei eine Kommission zur Klärung des Wehrproblems zusammen, die die Stellung der Partei zur Wehrfrage programmatisch fixieren soll. Die Kommission besteht aus den Genossen Breitscheid, Crippien, Dittmann, Haubach, Härtelmann, Hülich, Kuhn, Kämpfer, Leber, Napf-München, Nierenborj, Moses, Quare, Schöpflin, Toni Sender, Stampfer und Ströbel. Die Kommission wählte Dittmann zu ihrem Vorsitzenden und Dr. Nierenborj zu ihrem Sekretär. Sie trat darauf in eine allgemeine Aussprache ein, die bis in die spätere Nachmittagsstunden dauerte. Es wurde beschlossen, einige Gutachten einzuholen und nach ihrer Erstattung im November die Beratungen fortzusetzen.

Man versucht es noch einmal

in Thüringen eine Regierung zu bilden

Weimar, 2. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der Vorsitzende der thüringischen Landfraktion der Deutschen Volkspartei, Abg. Bauer, hat dem Präsidenten des Thüringer Landtags mündlich erklärt, daß er bereit sei, nach Rücksprache mit seiner Fraktion und mit den übrigen Parteien, die bisher die Regierung gestützt haben, die Funktion eines Unterhändlers bei der Regierungsbildung zu übernehmen. Was bei diesen Verhandlungen schließlich herauskommt, ist noch nicht abzusehen.

Frankreich will veröffentlichen

Paris, 2. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der französische Ministerpräsident hat am Dienstag eine Erklärung des „Compas“ zufolge ausgedrückt, mit der durch das englisch-französische Flottenkompromiß geschaffenen Lage und kritisiert sich mit großer Mehrheit für dessen Veröffentlichung.

Li Hung, Außenminister Vriand erhielt den Auftrag, mit dem Londoner Kabinett darüber in Verhandlungen einzutreten. „Savas“ weiß hierzu zu berichten, daß auch in englischen Regierungskreisen Einigkeit zur Veröffentlichung bestehe.

Keine Einigung der Petroleumproduzenten

Die im Laufe der letzten Wochen zwischen den englischen, amerikanischen und russischen Petroleumgruppen geführten Verhandlungen sind ergebnislos abgebrochen worden. Die Verhandlungen waren auf Vorschlag der russischen Gruppe begonnen worden und zielten auf die Festlegung eines Westeuropäerpreises und einer Aufteilung der Weltmärkte hin. Die Verhandlungen scheiterten, weil die Russen sich weigerten, die von den englischen und amerikanischen Gruppen als Kompensation für die Beschlagnahme der früher in ausländischem Besitz befindlichen russischen Petroleumfelder geforderten 5 Prozent zu zahlen.

In Holland Mann über Bord

Der frühere Vorsitzende des Niederländischen Gewerkschaftsbundes Stenhuis, der sich in letzter Zeit immer mehr als Freund der Sozialistischen Arbeiterpartei ausgetreten, „Het Volk“ richtet an Stenhuis die Aufforderung, kein Kammermandat niederzulegen. Die Wähler hätten ihn nicht als Person, sondern als Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gewählt. Stenhuis macht jedoch vorläufig keine Anstalten, dieser Aufforderung zu entsprechen.

Letzte Nachrichten Zeppelin über Berlin

Pünktlich um 3 Uhr traf das Luftschiff „Graf Zeppelin“ von Hamburg kommend über Berlin ein, begleitet von einer Flugzeugstaffel. Das Luftschiff lag auf das Stadinnere zu, von Hunderttausenden bejubelt unter Glockengeläute und dem Schall der Jubelstimmen. Oberbürgermeister Böck richtete auf funktentelegraphischem Wege an das Luftschiff einen Gruß. Das Luftschiff war kurz vor 3 Uhr über Bremen erschienen, überstieg Bremen, dann Schleswig und traf um 6.50 Uhr in Hamburg ein, überall von der Bevölkerung stürmisch begrüßt. Bei hellem Morgenrot am Morgen überflog der Zeppelin dann um 7.55 Uhr Wittenberge und schlug dann die Richtung entlang der Bahnlinie nach Berlin ein.

Nus Schlefien

Achtung!

Kreisvorstände und Parteisekretäre

Die Fragebogen wegen der erwarteten abzuhaltenden Kreis-Kommunal-Konferenzen, die bis allerhöchstens 25. September an das Bezirkssekretariat eingeschickt werden sollten, fehlen noch aus nachstehenden Kreisen: Gühray, Steinau, Wohlau, Dels, Groß-Wartenberg, Namslau, Trebnitz, Wittlich, Bries, Münsterberg, Glatz, Habelschwerdt, Neumarkt und Breslau.

Falls diese Fragebogen nicht umgehend eingeschickt werden, können die Kreise mit Koncern nicht bedacht werden. Sorgt also für baldige Erledigung.

Der Bezirksvorstand.

Arbeiter-Wohlfahrts-Konferenz

Der Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt, Mittelschlesien, ladet die örtlichen Arbeiterwohlfahrtsauschüsse zu einer Konferenz am Sonnabend, den 13. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses in Breslau, ein. Tagesordnung: 1. Referat der Genossin Louise Schröder, M. d. R., über „Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und privater Wohlfahrtspflege. Freie Aussprache. 2. Die Winterarbeit in den Ortsauschüssen. Die Ortsauschüsse werden gebeten, ihre Vertreter bald zu benennen. Außerdem sind interessierte Parteimitglieder als Gäste willkommen.

Eine Nacht im leerstehenden Bürgermeisterhaus

Seit Jahren haufen die Arbeiterfamilien Mehrhold und Hammermüller in Lüben in unwürdigen, ungesunden Wohnungen, in denen das Wasser von den Wänden lief. Trotz all ihrer Bemühungen gelang es ihnen nicht, eine bessere Wohnung zu bekommen, obwohl der einen Familie bereits ein Kind in der Wohnung geboren war und der Arzt mehrfach auf einen Wohnungswechsel drang. Schließlich riefen die Familien, als sie keinen Ausweg mehr sahen, zur Selbsthilfe. Eines abends sah man sich die leerstehende Wohnung im Bürgermeisterhaus durchs Fenster an. Sie gefiel, und kurz entschlossen kletterte nun eine der Frauen durch ein offenes Fenster und öffnete die Haustüre. Beide Ehefrauen begannen dann die Möbel aus der alten Wohnung in die eigenmächtig in Besitzlag genommene neue Wohnung herüberzuschaffen. Als der Arbeiter Mehrhold nach Hause kam, wurde er von der Beschlagnahme der neuen Wohnung unterrichtet und half dann mit umräumen. Der Arbeiter Hammermüller fand nach Feierabend seine Wohnung leer und verlassen und hielt gleichfalls Einzug im Bürgermeisterhaus. Leider dauerte die Freude über die neue Wohnung nur eine Nacht, denn schon am nächsten Morgen erschien die Polizei und setzte die Familien wieder auf die Straße, so daß ihnen nichts übrig blieb als in die alten, ungesunden Wohnungen zurückzukehren. Außerdem erfolgten noch Anzeigen wegen Hausfriedensbruch. Vom Lübener Amtsgericht wurden sämtliche Angeklagten freigesprochen. Der Staatsanwalt legte jedoch Berufung ein (1), über die vor der Piesinger Kleinen Strafkammer verhandelt wurde. Das Urteil erster Instanz wurde aufgehoben und der Arbeiter Mehrhold und seine Frau und die Ehefrau Hammermüller wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs zu 3 Mark Geldstrafe und der Arbeiter Hammermüller wegen einfachen Hausfriedensbruchs ebenfalls zu 3 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Freundin vergiftet

Siebesdrama nach einer durchzechten Nacht

Der Drogist Horst Sarne in Gottesberg Kreis Waldenburg hatte auf einer Bierreise ein junges Mädchen aus Alt-Löffel kennen gelernt, die nach der durchgezogenen Nacht dem Vorschlag des Drogisten nachkam und mit auf dessen Zimmer ging. Als die Wirtin des Sarne morgens mit dem Frühstück des Zimmers betrat, fand sie das junge Mädchen völlig angekleidet tot im Bett, während Sarne seinen lässiger Ertrankung von sich gab. Er hatte noch die Kraft, der Wirtin zuzurufen, sie solle schnell einen Arzt holen, weil sie sich beide vergiftet hätten. Der hinzugekommene Arzt konnte bei dem Mädchen nur noch den Berührungspunkt feststellen, während Sarne zum Erbrechen gebracht und vom Tode gerettet werden konnte. Obwohl sich das Paar erst kennengelernt hatte, hatte es aus noch ungeklärter Ursache beschlossen, Selbstmord zu verüben. Sie hatten aus diesem

Grunde den Eltern Abschiedsbriefe geschrieben. Sarne ist der Sohn eines Glogauer Tischlermeisters und wurde der Polizei übergeben und die Leiche des jungen Mädchens beschlagnahmt.

Zwangsetatifizierung in Piesnitz

Der Regierungspräsident hat die Zwangsetatifizierung der Kosten für das bei der kommunalen Polizei in Piesnitz einzurichtende 3. Polizeirevier angeordnet. Nachdem die ersten beiden Hundertschaften der staatlichen Schutzpolizei der Stadt genommen wurden, verlangte die Regierung die Einrichtung eines 3. Polizeireviers und die Einstellung der Kosten in den Etat. Das Stadtparlament lehnte die Vorlage, die eine weitere Gesamtbelastung von über 167 000 Mark bedeutet, ab, jedoch nunmehr die Zwangsetatifizierung ab 1. Oktober ausgesprochen wurde.

Benzlau. Ein schlesischer Sonnenuhrbauer. In bedürftigen Verhältnissen beging der Witwagelehrer und Sonnenuhrmacher Richard Munkzy seinen 75. Geburtstag. Er hat zahlreiche schlesische Sonnenuhren künstlerisch ausgeführt und wissenschaftliche Arbeiten zur Kalenderreform verfaßt.

Gottesberg. Die Hand abgehauen. Auf dem Wilhelmshafen in Kolkenbach, geriet der Benzololomotivführer Krüger mit der rechten Hand so unglücklich zwischen Zubringer und Druckrolle, daß ihm die Hand glatt abgehauen wurde. Hoffnungsvolle Jugend. Zwei Schulfreunde aus Alt-Löffel brandschickten unbemerkt längere Zeit hindurch Schokoladen- und Lebensmittelgeschäfte, bis man ihnen jetzt das Handwerk legte.

Carzath. Ein Mord? Beamte der Staatsanwaltschaft untersuchen jetzt die Stelle, an der der Schmiedemeister Kaufe aus Schönau Ende August tot in einem Graben aufgefunden wurde. Wahrscheinlich wird auch die Leiche ausgegraben werden. Da das neue Jahrad des Toten unbeschädigt war, erscheint ein Anfaß einigermaßen zweifelhaft.

Neu-Breslau

Breslau-Hundsfield. Esperanto-Kurse! Montag, den 8. Oktober, abends 7.30 Uhr, beginnen in der „Neuen Schule“ in Hundsfield, Esperanto-Kurse. Teilnehmergebühr einschließlich Lehrbuch 4.50 Mark. Anmeldungen daselbst oder bei Genossen W. Hante, Breslau-Hundsfield, Marktplatz 4.

Landkreis Breslau

Interessantes aus der Gemeinde Brodau!

Um den neuen Krankenwagen der Gemeinde schwebte bisher ein Geheimnis. Die widersprechendsten Gerüchte über die Herkunft des Wagens waren in Umlauf. Die einen erzählten, daß der Wagen in einem sehr schlechten Zustande sei und von der Gemeinde viel zu teuer erworben wurde. Andere aber wollten wissen, daß ein hochherziger Menschenfreund der Gemeinde billig zu diesem Wagen verholfen hat, der selbst noch Geld dabei suchte. Man nannte im Zusammenhang mit dem billigen Krankenwagen oft den Namen Lukas (Beerdigungsinstitut Sorgenfrei). Von wo aus diese Inspirationen der Brodauer Bürger ausgingen, kann man sich leicht denken. Man muß staunen, wie weit die moderne Reklame ausholt, um erfolgreich zu sein. Herr Lukas hat es verstanden, sich mit dem Nimbus des Menschenfreundes zu umgeben. Er spendiert 1000 Mark für die Kirchenglocken, liefert zu Weihnachten wagenweise wertloses Spielzeug für die Kinder mit der Widmung „Sorgenfrei“, das seine Arbeiter in seinem Betriebe in unzähligen Überbitunden herstellen mußten. Er traktiert die Feuerwehr und den Stahlhelm mit Freibier und tut sonst noch allerhand, um sich populär zu machen. Er führt seine Reklametrommel erfolgreich. Die Brodauer, kritlos wie immer, fallen auf alles herein. (Auch ein Harry Domela würde in Brodau fruchtbareren Boden finden. Die Feuerwehr und der Stahlhelm veranstalten Fackelzüge durch den Ort, wenn Herr Lukas seinen Geburtstag feiert, die mit einem Trüffelgale in seiner Kantine enden. (Freibier ist Parole.) Er wird in den Kirchenvorstand gewählt, andere alte Mitglieder werden verdrängt und stehen verargert abseits. Die Feuerwehr ernannt ihn zu ihrem Leiter, der Stahlhelm ist begeistert über seinen Kameraden, das Bier fließt in Strömen.

Überall erkennt der kritische Beobachter die Tendenz, die Herr Lukas verfolgt. Geschäft ist Geschäft. In dieser Beziehung sind sich alle Unternehmer einig, und wenn sie deutschnational sind, „ob Christian oder Jhid, das Geschäft bringt's so mit sich“.

In der letzten Gemeindevorstandssitzung ist nun endlich Klarheit geschaffen worden über die Herkunft des neuen Krankenwagens der Gemeinde. Eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion zerrit den Schleier, der wahrscheinlich mit Absicht über diese skandalöse Angelegenheit gebreitet wurde. Unser Gemeindevorstand makte, nachdem er versucht hatte, diese Frage ausweichend zu beantworten, unumwunden zugeben, daß das Krankenauto ein ausrangierter Wagen der Firma Lufas sei. Soweit wäre dagegen nichts einzuwenden. Warum sollte Herr Lufas, menschenfreundlich wie immer, der Gemeinde nicht ein Auto für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung stellen. Es ist notwendig, näher auf diese Angelegenheit einzugehen, um zu verhindern, daß Herr Lufas noch ein zweites für seinen Betrieb unbrauchbares Auto der Gemeinde anheimert. Es handelt sich nämlich um das W a n s c h a f s a u t o für die Feuerwehr. Wie man hört, will sich Herr Lufas auch hier wieder eines alten Wehltels entledigen. Ob dabei Käufer oder Verkäufer im Vorteil ist, soll die Krankenwagenaffäre klären.

Nach Aussagen von Sachverständigen ist der Wagen mit 6000 Mark viel zu teuer bezahlt, wenn man dabei beachtet, daß in diesem Preis die Ausstattungsgegenstände, wie Tragbahre, Sanitätstaschen usw. nicht mitenthalten sind. Es kommt jedem noch deutlicher zum Bewußtsein, wenn er die Geschichte des Autos kennt. Vor etwa 10 Jahren hat der Konsumverein Reise diesen Wagen als von der Herrensverwaltung gekauft, von dort ging er in den Besitz des Herrn Lufas über. Interessant wäre es, zu erfahren, wieviel Herr Lufas dafür zahlte. Und jetzt hat ihn die Gemeinde zu obigem Preise erstanden. Also das nachweisbare Alter des Wagens ist mindestens 10 Jahre. Wie lange er im Kriege in Betrieb war, ist nicht mehr festzustellen. Sicher ist aber, daß ein Auto, das bis 14 Jahre tagtäglich in Betrieb ist, heute nichts mehr wert sein kann. Die Gemeinde hat also hier ein sehr schlechtes Geschäft gemacht. Wenn man solche Geschäfte machen kann, wie Herr Lufas in diesem Falle, kann man ohne Weiteres einmal etwas für Wohltätigkeitszwecke ausgeben. Wenn man aber dabei im Auge hat, noch weitere derartige Geschäfte mit der Gemeinde zu machen, so ist das nicht Wohltätigkeit, sondern Spekulation.

Nach dem Mannschafswagen für die Feuerwehr wird Herr Lufas wahrscheinlich wieder einige alte Wagen auf dem Autofriedhof „Gemeinde Brodau“ abstellen können. Die Gemeinde Brodau benötigt noch einen Sprengwagen evtl. einen Müllwagen. Es wäre wünschenswert, wenn die Gemeinde sofort Schritte einleitet, daß ihr das glänzende Geschäft nicht entgeht.

Die Geschäftstätigkeit des Herrn Lufas sollte doch jedem zeigen, daß er das Herz auf dem richtigen Fleck hat. Wählen wir ihn in die Gemeindevorstellung, geben wir ihm einen Schöffensitz und die Gemeinde Brodau wird anfangen aufzublühen.

Altendorf. S. N. Heute Abend treffen wir uns nicht im Heim, sondern bei Kramer in Hartlieb bei der SPD.

SPD, Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt

(Sie finden lediglich Mitteilungen Aufnahme, die der Redaktion über das Sekretariat des Unterbezirks Breslau-Land zugehen.)

Dambrück. Sonntag, den 7. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet im Lokal von Hoest in Dambrück eine sehr wichtige Parteimitgliederversammlung statt. Alle Parteigenossen, auch aus der Umgegend, müssen erscheinen. Redner Genosse Schiffer.

Volkshochschule Harrisleeefeld

Zehn Minuten von Jena und nur einige Minuten von der dänischen Grenze entfernt, liegt der stattliche Bau der neuen Arbeiter-Volkshochschule Harrisleeefeld. Diese Schule wurde am 1. Juni 1928 eröffnet. Sie stellt als die jüngste Schöpfung, die sich zu den ungefähr 60 deutschen Volkshochschulen gereiht, eine Schule dar, der von vornherein ein ganz neuer Plan und eine bestimmte Absicht zugrunde liegt. Die Arbeiter-Volkshochschule betrachtet sich als eine Fachschule für Politik (im wissenschaftlichen Sinne), ähnlich wie die in Berlin, Genua und Paris. Danach richtet sich der Lehrplan und Aufgabenkreis der Schule. Sie stellt sich, ohne Parteischule zu sein, klar und eindeutig in den Dienst der Arbeiterbewegung.

Die Aufgaben der Arbeiterschaft sind im heutigen Staat weit ausgedehnter geworden und umschließen die Tätigkeit von der schlichten Mitwirkung in einer Organisation oder in der Wohlfahrtspflege, bis zu der im Parlament oder in der Verwaltung. Sie sehen überall ein reiches Maß von spezifischen Kenntnissen voraus, die niemals von der allgemeinen Volkshochschulbildung gegeben werden. Der alte Unterricht erzieht im Gegenteil den nichtbedeutenden Menschen (Autoritätsgläubigkeits- oder Schlagworttypus) und ist staatsfeindlich. Wie kommt der Arbeiter aus dieser Atmosphäre heraus? Wir lehnen jeden politischen Katholizismus ab und pauken keine politischen Glaubenssätze. Die besondere Aufgabe der Schule besteht darin, die junge Generation vor allem zu selbständig denkenden Menschen zu erziehen, die dann im staatsbürgerlichen Leben mit geschulten Gehirnen die ihr anvertrauten Funktionen ausüben kann. Die Mitarbeit im Staat verlangt ein Wissen um den Staat. Harrisleeefeld stellt sich in den Dienst dieser notwendigen staatsbürgerlichen Erziehung. Wir wollen durch die klare Umgrenzung der Aufgaben einer solchen Bildungsinstitution Missionarbeit leisten, um spätere Schöpfungen ähnlicher Art möglich zu machen.

Die Schule stellt sich in ihrer Arbeit auf den Boden reiner Wissenschaftlichkeit. Sie will ihre Kursisten innerhalb kürzester Zeit zur klaren Urteilsbildung in Staat, Wirtschaft und Recht bringen. Das erfordert ein gründliches Sachstudium. Gesetze, Verfassungstexte, Staatsakte, geschichtliche Dokumente werden nicht referiert, sondern im Originaltext herangezogen. Wir kennen kein Dozieren, sondern jedes Problem wird von den Kursisten selbständig erarbeitet, von ihnen auf Grund des besten vorhandenen Quellenmaterials referiert und besprochen, um zur eigenen Urteilsbildung zu kommen.

Vom ersten Tage des Kursusbeginns an setzt der Unterricht mit den höchsten Anforderungen an den einzelnen ein.

Die ersten Wochen wurden auf methodische Vorarbeiten (Kennenlernen der spezifischen Arbeitsmethoden, Anleitung zum Gebrauch der Nachschlagewerke, Gesetze, Statistiken und theoretischen Werke, Anfertigung schriftlicher Arbeiten, Protokolle und statistischen und graphischen Zeichnungen) fast ausschließlich verwandt. Die dadurch erreichte Selbstständigkeit legte die Kursisten nunmehr instand, die Stoffliche Vorbereitung der Unterrichtsstunden inbegriffener Aufgabenverteilung selbst zu übernehmen. Das bedeutet eine starke Beanspruchung der unterrichtsfreien Zeit, die von vier vollen Vormittagstunden und durchschnittlich zwei Nachmittagsstunden gemeinsam oder Gruppenunterricht übrigbleibt.

Der Unterricht umfaßt folgende Gebiete: Weltwirtschaft, Weltpolitik (besonders die deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit), Staatslehre und Verfassungslehre und -recht, Wirtschaftstheorie, Organisationsfragen der Wirtschaft, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Arbeitsrecht, sowie Verwaltungs- und Polizeirecht.

In kleineren Arbeitsgruppen werden Gegenwartsprobleme behandelt wie: Probleme der Reichsverfassung und ihrer Weiterbildung, Völkerbundfragen, Probleme der Betriebsdemokratie, Spezialfragen auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, der deutsche Außenhandel.

Die Lehrerfolge sind schon jetzt durchaus erfreulich. Die Mehrzahl der Schüler nützt ihrer Zeit und die Unterrichtsmitel mit solcher Energie aus, daß nach Ablauf des fünfmonatlichen Kursus mit einem sicheren Erfolg zu rechnen ist. Da die Schule ihre Hauptaufgabe in der staatsbürgerlichen Bildung sieht, wird der Hauptwert auf die Erarbeitung tatsächlichen Wissens um Staat, Recht und Wirtschaft gelegt. Das erfordert die Bewältigung einer gewaltigen Stoffmasse und eine ebenso sichere Beherrschung der geistigen Technik und der Hilfsmittel zur selbständigen Orientierung.

Der Verzicht auf jede rein ideologische oder dogmatische Beeinflussung ist bei jeder positiver Aufgabenstellung selbstverständlich. Die Schule ist keine parteipolitische Veranstaltung, sondern eben eine Hochschule für Politik für junge Arbeiter und Angestellte. Die Kursisten sind alle gewerkschaftlich und politisch organisiert. Die freie Betätigung der Kursisten im politischen Leben während des Kursus ist ihr selbstverständliches Recht.

Wir brauchen für unsere Arbeit einen streng geklärten konzentrierten Hintergedanken. Wir kämpfen und bemühen uns um eine ganz bestimmte Ordnung und Lebensform in und außer dem Hause. Es gilt im Anfang des Kurzes Widerstände zu überwinden gegen die so verbreitete Auffassung, gerade die Arbeiterschaft hätte ein Recht, in gesellschaftlichen Umgestaltungen immer „milde Umstände“ zu verlangen, denn „die Verhältnisse machen ja den Menschen“.

Die schmale Einrichtung des Hauses, ganz im Stil eines englischen Klubhauses mit starkem persönlichem und privatem Zuschnitt, ausreichende Badeeinrichtungen usw. führt den Kursisten einen Standard vor, der ihnen deutlich zeigen soll, an welchen selbstverständlichen kulturellen Forderungen die Arbeiterschaft vorbeist. Sie sollen lernen, später eine menschenwürdige Lebensform als Selbstverständlichkeit zu fordern. Sie werden ein revolutionärer Bazillus sein und im späteren Wirkungskreis für eine mehr Kultur, gepflegte Gesellschafts- und Lebensformen ohne Rücksicht auf die sogenannte „Macht der Gewohnheit“ kämpfen.

Die Kursisten können aber hier oben unmittelbar an der deutsch-dänischen Grenze beobachten, wie der Kampf zwischen zwei Kulturen oft leidenschaftlich geführt wird. Man begreift aber bei unparteiischer Beurteilung, daß das Wort „Kultur“ im Grenzkampf sehr materielle Bedingungen hat.

Die jetzige Hörschaft setzt sich aus jungen Arbeitern zusammen, die aus allen Teilen Deutschlands kommen.

Sie treffen in Harrisleeefeld die besten Bedingungen für ihre Weiterbildung an, sie treten ein in einen Arbeitskreis, der ihnen für ihr ganzes zukünftiges Leben entscheidend, in harter, ernsthafte Arbeit das Rüstzeug und die festen Grundlagen gibt, um sie reif und fähig zu machen, sich für ihre Klasse im Staatsapparat zu betätigen und aktiv dem Ausbau der Demokratie zu dienen. Gottardt Heimberg.

Was ist es um den religiösen Sozialismus?

Von einem religiösen Sozialisten.

Um von vornherein Irrtümern entgegenzutreten, die in der Uebersicht gestellte Frage, ist falsch formuliert. Es gibt keinen „religiösen“ Sozialismus in dem Sinne, als ob er etwas Besonderes wäre neben dem Sozialismus der sozialistischen Partei, wohl aber gibt es religiöse Sozialisten, wie es freidenkerische Sozialisten gibt.

Diese religiösen Sozialisten bilden bis jetzt — vor allem im deutschen Osten — nur eine kleine Schaar; zahlreicher sind sie außer in Thüringen, Süddeutschland, besonders in Baden. Daher auch ihre Kongresse, die zumest dort stattgefunden haben. So der vorletzte (3.) 1926 in dem herrlichen Weersburg am Bodensee, der vierte 1928 in Mannheim, in den Tagen vom 1. bis 5. August.

Dieser Kongreß erzielte dadurch eine besondere Bedeutung, daß auch das Ausland vertreten war und von einem Holländer, einem Schweizer, dem Züricher Professor Raetz, und einem Oesterreicher, dem Wiener Metallarbeiter Otto Bauer, über den Stand der religiös-sozialen Bewegung in ihren Ländern berichtet wurde. Und es erfolgte hier nicht bloß der Anschluß der österreichischen religiösen Sozialisten und selbständigen Landesverbände an den Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands, sondern es wurde auch, um den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Gruppen der religiösen Sozialisten in den einzelnen Ländern enger zu gestalten, unter der Leitung des oben genannten Professors Raetz, ein internationaler Ausschuss der religiösen Sozialisten gebildet.

Um den Geist des Bundes zu kennzeichnen, wies ich darauf hin, daß der Geschäftsführer des Bundes religiöser Sozialisten Deutschlands, Harrer Ederl, in seiner Begrüßungsansprache folgendes sagte: „Wir wollen alle religiösen und sittlichen Kräfte einengen im Kampf um eine neue, bessere Gesellschaftsordnung und einer höheren Lebensgestaltung der Menschen untereinander. Wir sind keine Sozialreformer, die zur Rettung der bürgerlichen Gesellschaft die brüchig werdende kapitalistische Systematik zu reparieren versuchen, wir sind Sozialisten, die bemüht sind aus innerstem Glauben, daß Gott sie dazu treibt, den Kampf des Proletariats mitzukämpfen, um eine radikale Umgestaltung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Wir haben erkannt, daß es neben dem politisch-wirtschaftlichen Kampf der Parteien und Gewerkschaften eines Kampfes um die neue Gestaltung, um die Vorbereitung der inneren Gemeinschaft für die neue Zeit, bedarf. Um nach außen hin deutlich zu machen, daß der Bund der religiösen Sozialisten eine Teilorganisation der gesamten sozialistischen Bewegung ist, haben wir die sozialistische Partei, die freien Gewerkschaften, die Arbeiterkulturorganisationen eingeladen, und wir können zu unserer Freude feststellen, daß die Genossen regen Anteil und großes Interesse für die Besonderheit unserer Ziele haben.“

Feiner wurden „Richtlinien“ als allgemeinbindend für die Arbeit des Bundes angenommen, aus denen ich folgende Sätze heraushebe: „Die religiösen Sozialisten kämpfen in bewusster Verantwortung vor Gott und den Menschen in und mit dem revolutionären Proletariat um die sozialistische Neuordnung. — Das privatkapitalistische System bedingt den Klassenkampf in der Wirtschaft, im Staate und in allen Beziehungen des gesellschaftlichen Lebens. — Das Proletariat führt diesen Klassenkampf gemäß den Erkenntnissen, die es Karl Marx verdankt.“ — Die besondere Aufgabe der religiösen Sozialisten ist es, die Kräfte des Evangeliums für das Leben des einzelnen Menschen und für den Aufbau der sozialistischen Gemeinschaft wirksam zu machen. Sie führen darum einen entschlossenen Kampf gegen die antiozialistische Grundhaltung und Agitation der bestehenden Kirchen, der sich christlich nennenden Verbände und Zeitschriften. — Die religiösen Sozialisten sind überzeugt, daß der Staat des Proletariats nicht aufgehoben werden kann, wenn der aus Not und Elend geborene Kampf der Mühseligen und Beladenen, der Unterdrückten und Ausgebeuteten von der Gewißheit durchdrungen wird: Gott will es, daß wir alle Kräfte einengen, für die neue, die kommende Ordnung, eine Ordnung der Gerechtigkeit, des Friedens und der brüderlichen Gemeinschaft.

Vielleicht ist es angebracht, noch ein kurzes Wort zu sagen über die Einstellung der religiösen Sozialisten zur Religion (Christentum) und Kirche. Zur Kirche, wie sie sich in ihrer geschichtlichen Erscheinung darstellt, als Sachwalterin der herrschenden Klasse, als Vertreterin des Nationalismus und Militarismus, als Behälterin der durch den Kapitalismus bedingten Sozialgestaltung mit ihren „gottgeborenen“ Abhängigkeiten, zu dieser Kirche, in der sie keinen Zug von jener Gemeinschaft der unterschiedlichen Bruderliebe mehr erkennen können, zu der Jesus die Menschheit gestiftet und umschaffen wollte — trat des von ihm verkündeten und gelobten Vater- und Bruderglaubens, des zentralen Kernpunkts seiner Gedankenwelt — zu dieser Kirche, die nicht das Fördern, sondern das Hemmen und Verhängnis der echten Jesusreligion ist, stehen sie ablehnend und im Verhältnis einer klaren und scharfen Opposition. Dagegen stehen sie in der von Jesus ausgegangenen, jedenfalls an seinen Namen geknüpften religiösen Bewegung, die man gemeinhin als Christentum oder christliche Religion bezeichnet, eine bedeutende, ja die bedeutendste geschichtliche Bewegung, die — wirklich zum Durchbruch und zur geistigen Herrschaft gelangt — die Welt und Menschheit in allen ihren politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen umgestaltet. Das Christentum ist ihnen Träger der Weltrevolution; Jesus, ihr leuchtendes Vorbild, befreit die Menschen von ihrer Selbstsucht und treibt sie dazu, endlich, endlich einmal mit dem Brudergedanken in der Wirklichkeit des Lebens Ernst zu machen. Die christliche Liebe wirkt sich also nicht aus in einer vornehm-herablassenden, oft selbsthütenden, mehr oder weniger nur gelegentlichen „Wohltuerei“, die der wirklichen Not nie gründliche Hilfe bringen kann, sondern äußert sich und schlägt sich nieder in einer Sozialmoral, nach der alles in Wirtschaft, Technik, Industrie, Politik und Diplomatie eine in dem Emporhebung und Moralisierung, dem äußeren und inneren Glück, der Vertiefung und inneren Bereicherung aller“ (so D. Wünsch-Marburg in „Zusammenbruch des Luthertums als Sozialgestaltung“, S. 56). So wird das Christentum, die Religion nicht Quintessenz (Verhüllungsmittel), nicht „Opium für das Volk“, sondern stärkster Antrieb, Motiv (Bewegungsmittel).

Und — nochmals — die Kirche. Die religiösen Sozialisten suchen, wo sie Aussicht auf einigen Erfolg haben, durch rege Beteiligung an den Kirchenwahlen Einfluß auf den in der Kirche herrschenden Geist in sozialistischem, d. h. wahrhaft christlichem Geist zu gewinnen. Das ist zum Teil auch schon in Mittel- und Süddeutschland gelungen, wo führende Männer der religiös-sozialen Bewegung auf den Landesversammlungen die aus ihrem Verständnis des Christentums sich ergebende Beurteilung der kirchlichen Fragen ausgesprochen haben. Für unseren Osten sehe ich die Sache so an, daß ein derartiges Hervortreten im kirchen-

*) Von dem schon Harrer Rappes-Karlruhe im Eröffnungsgottesdienst gesagt hatte: „Wir wissen keinen, dem wir mehr Dank schulden als dem Führer zur Wirklichkeit, als dem Deuter unserer Zeit, als einer dämonischen Zeit, als Karl Marx.“
**) womit brüderliche Hilfe im einzelnen Falle nicht ausgeschlossen sein soll.

politischen Leben vorläufig mit einem Zehlschlag endigen würde, also verfrüht ist, doch gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß in wenigen Jahrzehnten die Lage sich ändern wird. Dafür wird schon die unleugbar immer stärker werdende, durch die Welt gehende „religiöse Welle“ sorgen, und in einem halben Jahrhundert werden die christlichen sozialistischen Massen die Macht in der kirchlichen Organisation errungen haben, wie sie sich heute — nach 50 Jahre währendem Kampfe — sie bis zu einem gewissen, nicht geringen Grade im Staate erkämpft haben. Andernfalls wird die Kirche, wenn sie bleibt, wie sie ist, als Sektenkirche des jatten Spießbürgertums im Winkel verkümmern.

Also: das Kampziel der religiösen Sozialisten ist das gleiche wie das der Sozialisten überhaupt: eine wirklich menschenwürdige Um- und Neuordnung aller Verhältnisse; auch der Weg ist derselbe: sie kämpfen diesen Kampf in uns mit den vom Kapitalismus gedrückten und entrechteten Brüdern aus dem Proletariat, verbunden ist nur das Motiv, das, was sie im Tiesten zu diesem Kampfe treibt.

Der Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands gibt als sein Organ das allwöchentlich erscheinende „Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“ heraus. In der Spitze jeder Nummer stehen die Worte: „Durch christlichen Glauben zu sozialistischem Kampf! Durch sozialistischen Kampf zu christlichem Glauben!“ — Das ist es: viele religiöse Sozialisten sind — wie auch ich — zum Sozialismus gekommen aus ihrer religiösen Ueberzeugung heraus, von dem Gedanken der Nachfolge Jesu aus, im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit vor jener ewigen Macht, die wir Gott nennen, und zugleich glauben sie, daß, je selbstloser und aufopferungsbereiter ein Sozialist den Kampf für das Menschentum und die Menschenwürde seiner Brüder führt, desto inniger und tiefer er dessen Innere wird, daß er sich nicht einleitet für eine irdische, vergänglich-zeitliche Sache, sondern für ein Ewig- und Wertvolles, daß er an einer Menschheitsaufgabe arbeitet, die ihm und ihr, der Menschheit, nicht ein willkürlicher Einfall gestellt hat, sondern von einer uns überlegenen, objektiven Macht gestellt worden ist, die wir wiederum Gott nennen, für die und in deren Dienst wir immer arbeiten, wir mögen es wissen und wollen oder nicht, wo wir in selbstloser Hingabe für die Brüder arbeiten.

Und endlich wollen die religiösen Sozialisten allen Christen, gleichviel welcher Konfession, soweit ihr ursprüngliches religiöses Gefühl noch nicht völlig vom kirchlichen Betrieb außer Wirkung gesetzt worden ist, immer wieder sagen und zeigen, daß nicht — wie ihnen vorgeredet wird — Christentum und Sozialismus, sondern Christentum und Kapitalismus unverlöbliche Gegenstücke sind — wie Feuer und Wasser —, und daß der Weg ihrer Pflicht in der Nachfolge Jesu sie führt zum Sozialismus an die Seite ihrer um eine neue Sozialgestaltung ringenden Brüder.

Dr. Fritz Sattig.

A. Kr. Wir haben die vorstehenden Ausführungen abgedruckt, um den religiösen Sozialisten einmal Gelegenheit zu geben, unteren Parteigenossen und Lesern ihre Bekreubungen darzulegen. Wir sind aber der Meinung, daß es bei diesem Ausnahmefall sein Bewenden haben muß. Da nach dem Programm unserer Partei das religiöse Bekenntnis eines jeden Parteigenossen keine private Angelegenheit ist, kann sich die Parteipresse in den Kampf der Weltanschauungen nicht ermaßen. Ob ein Sozialist in seinem Geiste seiner sozialistischen Ueberzeugung noch einen religiösen „Unterbau“ gibt oder nicht, ist allein seine Sache, wenn er nur von der Wichtigkeit der sozialistischen Aufklärung des gesellschaftlichen Lebens und der sozialistischen Ziele ehrlich überzeugt ist. In die geheimsten Winkel und tiefsten Gründe der Seelen der einzelnen einzudringen ist weder die Aufgabe einer politischen Partei noch ist es ihr möglich. Die politische Partei erzieht die Menschen als Gesellschaftsglieder und hat zur Aufgabe, für eine bestimmte Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens zu kämpfen. Die persönlichen tiefsten Gefühle des einzelnen, die sein individuelles Sondereigentum sind, die ihn als Einzelwesen, in seiner besonderen Eigenart konstituieren, liegen jenseits der Wirkungssphäre der Parteien. Deshalb steht uns der sozialistische Freidenker genau so nahe (oder wenn man will, so fern) wie der religiöse Sozialist.

Nicht außerhalb der Wirkungssphären der politischen Parteien liegen dagegen die Kirchen, sofern und soweit sie äußere Organisationen der Menschen, soziale Verbände mit bestimmten gesellschaftlichen Zielen sind. Befolgt eine Kirche, ganz gleich, welche es ist, äußere gesellschaftliche Ziele, die den Zielen der sozialistischen Partei zuwiderlaufen, oder betätigt sie sich praktisch im Dienste bestimmter sozialer Gruppen, die der Arbeiterklasse feindselig gegenüberstehen, so muß die Partei sie bekämpfen. Da aber alle Kirchen, mehr oder weniger, auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens Einfluß zu nehmen suchen, liegt es durchaus im Interesse der sozialistischen Arbeiterbewegung, daß diejenigen Sozialisten, die einer Kirche noch angehören, in ihr Einfluß gewinnen, um auf diese Weise zu versuchen, von innen heraus die Dienstbarkeit der Kirchen gegenüber den arbeitenden Klassen gesellschaftlichen Mächten zu beseitigen. Ob und inwieweit das praktisch möglich ist, darüber wird man freilich sehr verschiedener Meinung sein können. Deshalb liegt es, wie man auch zu kirchlichen Dingen sonst stehen mag, durchaus im Interesse des Sozialismus, wenn sich die den Kirchen noch angehörenden Sozialisten an den Kirchenwahlen beteiligen und jeweils versuchen, die Entfaltung von Sozialisten in die Kirchenvertretungen zu erreichen. So hat denn auch schon vor zwei Jahren die Bezirksleitung Thüringen der SPD, obwohl sie selbst den religiösen Sozialisten ganz fern steht, die Genossen, die noch Mitglieder der Kirche sind, aufgefordert, sich an den Kirchenwahlen rege zu beteiligen.

Obwohl es also nicht unsere Sache ist, hier zu den Bestrebungen der religiösen Sozialisten Stellung zu nehmen, sind doch einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Dr. Sattig nötig. Es ist nämlich eine Klarstellung nötig, weil die Darlegungen Dr. Sattigs, natürlich ohne Absicht, irreführend sind. Und zwar ist folgendes zu bemerken: Die religiösen Sozialisten tragen einen falschen Namen. Sie würden sich richtiger christliche oder sogar christlich-kirchliche Sozialisten nennen. Denn das, was sie von anderen Sozialisten unterscheiden, ist nicht, daß sie religiös sind. Religiös kann man auch sein, ohne daß man einer Kirche angehört, religiös kann man auch sein, wenn man nicht Christ ist, wenn man nicht gottesgläubig, nicht offenbarungsgläubig ist. Es ist eine sachliche Anmaßung, wenn irgend jemand sich als religiös bezeichnet, weil er einem bestimmten kirchlichen Verbände angehört und sich zu einem bestimmten Bekenntnis bekennt, die aber als nicht religiös, die beides nicht tun. Auch die Freidenker sind sicherlich zum großen Teil tiefreligiöse Menschen; gerade aus Religiosität, d. h. gerade weil ihnen in den letzten Fragen nach dem Sinn der Welt und des Lebens das alte christliche Bekenntnis nicht mehr genügt, sie nach einer, nach ihrer Auffassung, tieferen Ausdeutung des Lebens suchten, wurden sie Freidenker. Nur daß sie einer anderen, neuen, im Werden begriffenen Religion angehören, daß die Religion für sie einen

*) Verlag Karlsruhe-Ruppure, Blütenweg 2. Durch alle Postanstalten zu beziehen. Bezugspreis vierteljährlich 1,20 Mark. Jede Nummer umfaßt 8 Seiten.

Einen Kilometer unter der Erde

Einfahrt in einen nordhüringischen Kalischacht.

Nun geht unser Wunsch doch in Erfüllung. Wir fahren heute in einen Kalischacht ein.

Eine Kleinbahn fährt uns nach dem Kaligebiet Nordhüringens, und eine Werkbahn trägt uns in den Bereich der Grubenanlagen. Frische Luft weht uns um die Nase, als wir in das Fördergebäude eintreten.

Fertigmachen zur Einfahrt.

Da ist schon der An- und Auskleideraum. Auf rohen Bänken sitzen die Kumpels. Man beachtet uns nicht sehr. Die einen haben ihr Tagewerk beendet und streben heimwärts, die anderen rüsten sich zur Einfahrt. Von der Decke hängen an langen Ketten Haken herunter, die über einer Rolle auf und ab bewegt werden können. Man hängt die Kleider an einen dieser Haken, zieht die Last hoch und schliefst das Ende der Kette an. Das sieht dann aus, als ob da oben entförterte Gefaltn hängen. Aber vor Dichtstäben sind die Kleidungsstücke fest gesichert.

Vor unserer Einfahrt werden wir ausgetüftelt. Wir müssen die Oberkleider ablegen und bekommen dafür alle, aber laubere Ueberwürfe aus Zellbahnstoff. Ein Filzhut wird uns auf den Kopf gestülpt, ein dicker Stock in die linke Hand gedrückt, und die Rechte laßt die Grubenlampe. Der Obersteiger, der die Rolle des technischen Betriebsleiters spielt, führt uns zum Förderkorb, mit dem die Befehlskraft wie auch die Produktion befördert wird. Wir sehen ein schmutziges Eisengestänge, das aus dem Boden zu wachsen scheint und dann im Förderkorb endet. Der Förderkorb erscheint als ein verrosteter Käfig, durch eine löcherige Eisenwand in zwei Kammern geteilt. Jede Hälfte ist so breit, daß gerade ein Mann quer stehen kann. Längs ist für mehrere Leute Raum.

In die Tiefe.

Der Korb steigt aus der Erde empor. Der in jedem „Fach“ stehende „Hand“, das geförderte Kalisalz bergend, wird herausgezogen und den auf gleicher Ebene aufgestellten Verarbeitungsanstalten der chemischen Fabrik zugeführt. Wir steigen ein: ein erwartungsvoller Moment. Der zur Aussicht bereitstehende Arbeiter läutet dreimal eine Glocke. Drüben im Maschinenhause bewegt der Maschinen eine Steuerungsvorrichtung an der Fördermaschine, und — unser Korb setzt sich in Bewegung. Schneller geht es, immer schneller, bis wir die für Personenförderung durchläßmässige Geschwindigkeit von sechs Metern in der Sekunde erreicht haben. Die Salzförderung geht mindestens doppelt so schnell vor sich.

Finsternis umgibt uns. Die Karbidlampen erhellten notdürftig unsere Gesichter und einiges Gefäß des Schachtes. So laufen wir in die schwarze Nacht. Kein Gefühl der Unsicherheit oder Angst kommt in uns auf. Nur das Wut schließt uns in den Kopf. Und das verurteilt ein Säusen in den Ohren.

„Vor Ort.“

In zwei Minuten sind wir 1000 Meter in die Tiefe gesunken. Der Förderkorb hält, ein Arbeiter gibt Glockensignale, und wir stehen im Innern des Berges, wie in einer kleinen Halle, die von einer elektrischen Lampe erhellt wird. Von hier aus kriecht der Hauptstollen 1600 Meter unter der Erde hin.

Als wir einfuhren, war es kühl, und wir konnten ganz gut Mäntel gebrauchen. Hier unten geraten wir aber bald in Schwweiß, und die Tropfen rinnen vom Gesicht. Bald stehen wir „vor Ort“, wie der Bergmann sagt. Halbnahte Gefalten schaffen da durchsichtig im Schweiß ihres Angeichts. Es herrscht eine Durchschnittstemperatur von 33 Grad Celsius. Wenn nicht Ventilatoren sorgfältig die Luft bewegen würden, wäre die Hitze unerträglich.

Gerade wird gebohrt. Elektrisch betriebene Maschinen senden ihre vier Meter langen Stahlbohrer in das Kaligestein. Feiner Staub rieselt aus dem Bohrlöcher. Der Bohrer greift. Sind genügend Löcher angelegt, dann wird in jedes eine Sprengladung gebracht und der Felsen auseinandergeprengt. Es entstehen so große Gemölbe, die der Mächtigkeit des Salzlagers entsprechen. Einzelne Pfeiler läßt man als Stützen stehen und entfernt sie erst später, nachdem der Hohlraum wieder mit Abfall verfüllt ist. Das gesprengte Material wird dann abgefahren. Die Wagen halten im Stollen. Von da läuft bis zum Sprengplatz eine sogenannte Schüttelrutsche. Das ist weiter nichts als ein aus vielen Teilen zusammengefügtes Blechband, das durch eine Welle normwärts bewegt, dann aber durch einen Ruck zurückgezogen wird. Dem Geleß des Beharrungsvermögens entsprechend, verharret das Gestein bei dem Rückwärtsrud an seiner Stelle und wird durch jede Vorwärtsbewegung ein Stück weiter getragen. So gelangt es schließlich bis in die Poren. Der menschlichen Arbeitskraft bedarf es nur noch, um das Material auf die Rutsche zu schaufeln.

Wir gehen den Hauptstollen entlang, der elektrisch beleuchtet ist. Neben hrammer Jüngend sehen wir ausgemergelte Arbeiter. Sie haben acht Stunden lang unter Tage zu werken. Die Ein- und Ausfahrt, die immer eine Stunde dauert, zählt nicht mit zur Arbeitszeit. Tagtäglich stehen also die Kumpels täglich neun Stunden in der Grube — eine übermenschlich lange Arbeitszeit bei dieser anstrengenden Tätigkeit. Und dafür gibt es dann einen Lohn von 5,40 Mark pro Schicht. Wenn sich irgendein Arbeiter einen besseren Lohn verdient hätte, dann die Bergbauproleten. Unser Führer muß das unumwunden zugeben.

Die Kathedrale der Arbeit.

Wir biegen in einen Seitenstollen. Die elektrische Beleuchtung hört auf, und wir sind auf das spärliche Licht unserer Karbidlampen angewiesen, die das Blickfeld nur dürftig erhellen. Plötzlich ist der Stollen durch eine Bretterwand verschlossen. Wir treten durch eine Toppertür, eine Tettertür. Schlingende Wetter sind zwar in der Kaligrube äußerst selten, weshalb auch der Gebrauch offener Karbidlampen gestattet ist. Die Wirkung dieser Wettertür wären wir ganz hilflos, denn hinter ihr steigt die Temperatur erheblich.

Unter Stollen ist so hoch, daß wir gerade aufrecht gehen können. Der Filzhut hängt dabei freitlich manchen Stoch auf, der eigentlich dem Kopfe gakt. Zwei, zur Not auch drei Mann können gerade nebeneinander laufen. Hier und da leuchten wir Wände und Decke ab. Je nachdem ob der Stellen Salzlager durchschneidet oder ob Berwerzungen da sind, zeigen die Wände vielfarbige Muster. Im Gegenatz zum Inneren der Kohlengrube herrscht hier geradezu Farbenfreudigkeit. Ganze Strecken finden wir grau getönt, dann schneemeiße Salzschichten, bald wieder kräftiges Rotbraun, durch das sich schwarze Adern ziehen. Dazwischen überraschen himmelblaue Stüde das Auge.

Der erste verlassene Abbau, den wir passieren, ist ein vier Meter hohes und zehn Meter breites Gemölbe. Nach zwei Metern schließt sich ein neuer, ebenso großer Hohlraum an, und dann wieder und wieder einer. Das Gemölbe eines riesigen Domes, getragen von starken Pfeilern: die Kathedrale der Arbeit, harter Arbeit bei geringsten Löhnen. Es gibt hier keine Holzverschalungen und Verankerungen. Die Gemölbe und Stollen tragen sich von selbst. Allerdings steht unser Dom nicht lange leer. Der sehr reichliche Abfall eines Abbaues wird immer in die Gemölbe der nächst tieferen Etage gestülpt. Es werden durchaus nicht alle Salze abgebaut. Zum Beispiel verwendet man das Kalisalz, in dessen Schicht unser Stollen gerade läuft, nur als Füllmaterial, denn sein Salzgehalt ist zu gering und die Verwertung mit fremden Bestandteilen zu groß, als daß sich ein Abbau lohnte. Auch das Kalisalz ist von durchaus verschiedenartigen chemischer Beschaffenheit, was die Färbensvielfaltigkeit verursacht. In der Regel begnügt man sich mit dem Abbau vierzigprozentiger Salze, die in der chemischen Fabrik auf hundert Prozent gebracht werden. Auch der hierbei entstehende Abfall wird nach seiner Abkühlung wieder in die Gemölbe gestülpt.

Unsere Wanderung unter der Erde ist beendet. Wir gehen wieder zurück zur Förderanlage. Keine Zugluft empfängt uns hier. Des Bergmanns Tod, eine Quelle für Lungenerkrankheiten. Ein Kumpelstöhnen — in unserer Wagengegend hebt sich etwas, wir stehen wieder im Licht des Tages. Martin Bräuer.

Berliner Schülertragödien

Anklagen gegen unser Schulsystem

Im Verlaufe von wenigen Wochen spielten sich an einer Berliner Schule drei Schülertragödien ab. Das ist um so auffällender, weil sich das alles an der königstädtischen Oberrealschule zutrug, die zu den wenigen höheren Schulen gehört, an der man sich besonders Mühe gibt, im Rahmen der bestehenden Vorschriften jede Möglichkeit zur Entwicklung ihrer Eigenart zu lassen. Am 3. September war der Unterprimar Schumann mit hochherobenem Revolver aus dem Klassenzimmer gestürzt, konnte aber entwarfen werden, ehe er einen Schuß abgegeben hatte. Wenige Tage später verstand plötzlich der Obertertianer Schulz, nachdem er eine Stunde Arrest bekommen hatte, erst nach drei Tagen konnte der Junge aufgefunden und seinen Eltern zurückgebracht werden. Am 21. September ereignete sich der dritte Fall. Der Sekundaner Janssen war plötzlich verschwunden, nachdem er erfahren hatte, daß er nicht verjagt würde. Von ihm fehlt bis jetzt jede Spur, so daß ein Selbstmord befürchtet wird.

Der Leiter der Schule, Oberstudiendirektor Genosse Henningsen, berief nun eine Elternversammlung ein, um Aufklärung über die drei Fälle zu geben, die die Verantwortlichkeit in so hohem Maße beschäftigt hatten. Die Rechtfertigung des die Jugend im letzten verstandenen Pädagogen wuchs zur Anklage gegen ein einengendes Schulsystem und gegen ein Verrechtigungsunwesen, die beide zusammen zur Tragödie für die Jugend werden.

Der Schüler mit dem Revolver

Der Schüler Schumann, der vor Wochen Lehrer und Schüler mit dem Revolver bedroht hatte, wird am besten charakterisiert durch einen Ausruf, den er am schwarzen Brett der Schule angeschlagen hatte. Darin teilt er mit, daß er aus Protest gegen das „blödsinnige deutsche Schulsystem“ in den Hungerstreik getreten sei. Dann stellt er folgende Forderungen auf: Höchstens dreißig Stunden wöchentlich, nicht mehr als eine Stunde Schularbeiten täglich, Abschaffung aller Schulstrafen und sofortige Amtsentlassung aller zur Erziehung ungeeigneten Lehrer. Für diese Forderungen wollte er kämpfen, bis die Lehrer oder ihre Beauftragten ihn töteten. Schumann lebte in einer radikalen Gedankenwelt. Sein stark entwickeltes Rechtsgefühl war in einer anderen Schule verletzt worden und das war Anlaß für seinen Ausruf, für den er vernünftigerweise nicht bestraft wurde. Schumann sah sich als Reformator und zu großem Ton berufen. Ein erstes sexuelles Erlebnis scheint in ihm den Wunsch geweckt zu haben, vor dem Gegenstand seiner Liebe als Held dazustehen. Sein Haß gakt nicht der Schule, die er besuchte, sondern dem Schulsystem schlechthin. Der Gegensatz zwischen seinem Ideal und der ihn umgebenden Umwelt war so groß, daß der Schüler keinen anderen Ausweg mehr sah als den Revolver.

Der blinde Passagier

Der Obertertianer Schulz, der kürzlich verschwunden war und nach wenigen Tagen seinen Eltern wieder zurückgebracht werden konnte, hatte schon einmal vor 1 1/2 Jahren einen ähnlichen Ausflug in die Welt gemacht. Damals war der unmittlere Anlaß die Lektüre eines Buches „Der blinde Passagier“, dessen Helden er getreulich kopierte. Hier handelt es sich um einen jungen Menschen mit starker Phantasie und unbändigem Erlebnisdrang. Zwar war eine Schulstrafe der äußere Anlaß seines Weglaufens, die Ursache lag aber in der besonderen Weisheit des Schülers. Unser heutiges Schulsystem mit seinem formalen Bildungsideal hat nicht Raum für Schüler mit glühender Phantasie. Für solche Schüler wäre ein anderes Schulsystem nötig, in dem sie ihre Phantasie ausleben können. Auf das bestehende Schulsystem reagierte dieser Schüler mit passiver Resistenz und zog sich so die Strafe zu. Der Fall Schumann hatte in Verbindung mit den groß aufgemachten Zeitungsberichten eine Art suggestiver Wirkung auf die anderen Schüler ausgeübt, der Schüler mit geringeren Hemmungen erlagen.

Nicht verjagt ...

Der Sekundaner Janssen, der am 21. September verschwunden ist und von dem bis jetzt jede Spur fehlt, war immer ein verschlossener Junge. Sein Hauptinteresse lag auf sportlichem Gebiet. Er war wenig wissenschaftlich begabt und hatte erfahren, daß er nicht verjagt werden konnte. Aber im Elternhaus rechnete man mit seiner Verjagung. Die falsche Wertung der Verjagung durch Eltern und Bekannte löste bei dem Schüler, der mit 18 Jahren noch in Sekunda saß, ein Gefühl der Scham aus. Das Verjagungsstigma, wie es heute auf Grund bestehender Vorschriften gehandhabt wird, ist eine psychologische Unmöglichkeit und ein pädagogischer Fehler. Aber so lange die Verantwortlichkeit das nicht ebenso beurteilt, könne man der Schule keinen Vorwurf daraus machen, daß sie es noch handhabt.

Janssen hatte zwei Vorgänger. Die Zeitungsberichte mögen auch auf ihn nicht ohne Einfluß gewesen sein. Die Schule selbst trifft keine Schuld, zumal an der königstädtischen Oberrealschule die psychologische Beobachtung und Behandlung der Schüler viel sorgfältiger ist, als an vielen anderen Schulen.

Berechtigungsweisen und überlasteter Lehrplan

Unser heutiges Schulsystem leidet an einem Zuviel von Fächern und Wissensstoff und bringt deshalb für eine Anzahl Schüler Ueberlastung. Das ist um so bedenklicher, weil infolge des uninnigen Berechtigungswezens (in Dresden wird jetzt sogar von Schulmalerlehrlingen Obersekundareife verlangt!) sehr viele Schüler auf die höhere Schule kommen, die ihren Anforderungen nicht gewachsen sind. Es ist nicht einzulassen, daß für den Bankbeamten und Kaufmann, für die mittlere Beamtenlaufbahn, für die Laufbahn des Obersekretärs das Abiturium unbedingt nötig sei. Auch mit geringerer Schulbildung kann ein tüchtiges Beamtenum herangebildet werden. Für die wissenschaftliche Laufbahn ist das Abiturium nötig, für das praktische Leben nicht; aber die jungen Menschen müssen es haben, weil es verlangt wird. So quälen sie sich jahrelang auf der Schule ab, weil der Vater zufällig mittlerer Beamter ist und der Sohn es auch werden soll. Und dann kommt es zu Schülertragödien, denen die Eltern samsungslos gegenüberstehen.

Das Schulsystem, das dafür in erster Linie verantwortlich ist, spiegelt unsere heutige Gesellschaftsordnung wieder. Trotz aller schon heute möglichen Reformen wird aber die grundlegende Veränderung der Schule erst mit der Veränderung unserer gesellschaftlichen Ordnung möglich sein. Felix Felsenbach.

Zwei Minuten Lachen

Geburtstags-Ueberraschung

1. Freund: Du, ich will meiner Frau eine Waschmaschine zum Geburtstag schenken.
2. Freund: „Na, das wird aber eine Ueberraschung geben.“
1. Freund: „Allerdings, mein Lieber. Sie meint nämlich, sie bekommt ein Auto.“

Warum so kleine Portionen?

Gast: „Mir scheint, Herr Ober, daß Ihre Portionen jetzt viel kleiner sind als früher!“
Kellner: „Aber nein, mein Herr! Das ist lediglich eine optische Täuschung, denn seit dem Umbau ist unser Restaurant so riesengroß geworden!“

Blitz-Auto

Erster Mutter: „Fährt dein Wagen schnell?“
Zweiter Mutter: „Schnell? Hast du ne Ahnung. Wenn ich von Darmstadt nach Kassel fahre, muß ich schon gleich hinter Frankfurt bremsen.“

grundlegend anderen geistigen Inhalt hat als das Christentum, etwa einen naturphilosophischen Pantheismus oder so.

Auf der anderen Seite aber liegen die positiven Ziele der religiösen Sozialisten nur zum Teil im Religiösen selbst. Zum großen Teil erstreben die religiösen Sozialisten, wie der vorstehende Aufsatz zeigt, rein gesellschaftliche Ziele, die Enttönerung der Kirche, und zwar nicht in religiöser Hinsicht, sondern in bezug auf ihre gesellschaftlich-politische Einstellung. Ihre Ziele sind daher also in erster Linie rein christlich-sozialistische. So weit sie aber darüber hinaus ethisch-religiös sind, besteht unter den religiösen Sozialisten keinerlei Einigkeit. Theologisch-religionsphilosophisch gibt es, und das veranschlagt Dr. Sattig selbst, unter den religiösen Sozialisten zahlreiche einander zum Teil stark entgegengesetzte Gruppen. Dr. Sattig bezieht sich auf C. Müllers „Marburg“. Gerade dieser Theologe und seine ganze Auffassung werden aber von der religions-philosophisch bedeutungsvollsten Gruppe der religiösen Sozialisten im Lichte, Meinicke, Heimann usw. scharf abgelehnt. Soweit es sich aber bei den eigentlich religiösen Bestrebungen der religiösen Sozialisten um die Durchsetzung bestimmter ethischer Forderungen im Leben der Gesellschaft handelt, handelt es sich wiederum um nichts Spezifisches, sie von den anderen Sozialisten unterscheidendes. Denn die Ethik, die sie vertreten, ist in ihren obersten Sätzen durchweg allgemein sozialistisch, nichts spezifisch Christliches. Wenigstens gilt das für die religiösen Sozialisten im allgemeinen, nur bei einzelnen religiösen Sozialisten nimmt das ethische Denken einen spezifisch christlichen Charakter an. So gilt auch die vorstehende Schilderung der Auffassung der religiösen Sozialisten über die geschichtliche Rolle des Christentums in bezug auf die Befreiung der Menschheit durchaus nicht für die ganze religiös-sozialistische Bewegung. Das alles sind vielmehr persönliche Eigentümlichkeiten einzelner, die nicht für die ganze religiös-sozialistische Bewegung kennzeichnend sind. Soweit das aber der Fall ist, müßten diese Sozialisten sich auch in dieser Beziehung richtig als christliche Sozialisten bezeichnen. Endlich kommt hinzu, daß gerade in ethischer Beziehung bei dieser Art der religiösen Sozialisten eine weitgehende Unklarheit herrscht. Sie hängen zwar bestimmten ethischen Sätzen des Christentums an, daneben aber auch, was unermesslich ist, wollen sie wirklich Sozialisten sein, anderen ethischen Sätzen, die im tiefsten unchristlich sind, weil sie ja der Offenbarungsreligion widersprechen, nämlich der Idee der Autonomie der Persönlichkeit. (Das gilt wenigstens so lange, als man ethische Fragen überhaupt als religiöse Fragen ansieht, nicht als bloß gesellschaftliche.)

Dies mußte den Ausführungen des Herrn Dr. Sattig hinzugefügt werden, damit die Leser kein falsches Bild von der Natur der religiös-sozialistischen Bewegung erhalten.

100 Jahre Reclam

Von Karl Dörz

Es gibt Tausende von Menschen, die nie Bücher lesen und keine kennen, die nichts wissen von Verlagen und Zeitungen, Zeitschriften, die aber alle schon die kleinen, schmalen, dünnen, gelben, handlichen Büchlein gesehen und auch einmal in ihnen geblättert haben: Die Reclamhefte.

Am 1. Oktober waren es hundert Jahre, daß dieser bedeutende Verlag besteht; und seine Bücher, wertvolle Werke, Glanzausgaben herausgibt, der deutsche und fremdländische Kultur vermittelte, Dichtung, Philosophie und Wissenschaft pflegte und weiterbrachte wurde durch seine kulturell wichtige Sammlung der billigen und doch inhaltreichen Hefen.

Es ist auch keine Genügsamkeit sozialistischer Zeitungen, bürgerliche Unternehmungen zu loben und Jubiläumsartikel zu ihrem 100. Bestehen zu schreiben, so darf doch unter Vorbehalt der weißberühmte Verlag Philipp Reclam jun. in Leipzig zu seinem Jubiläumstage beglückwünscht werden. Denn welche Summe von Wissen haben wir aus den schmalen Seiten geschöpft, welche Stunden der Erholung erhalten: wie wurden uns Schüler, Goethe, Herder, Lessing, unsere Klassiker, Leibniz, Kant, Fichte, Hegel, unsere Philosophen, vertraut, bekannt, unsere Begleiter in der Lektüre, auf Reisen, in Ferien und auf stillen, ruhigen Wegen! Sie begleiteten uns von der Schule bis ins späte Alter. Generationen haben sich daran gebildet und werden sich noch daran bilden. Ihr Wissen, ihre Erkenntnisse, ihre Erbauung schöpfen! Bürgerliche Wissenschaft? Bürgerliche Dichtung, Nein, wir wissen, was Karl Marx selbst einem Kant, einem Hegel, ja, sogar einem Schüler, einem Goethe verdankte an Kenntnissen und Erlebnissen:

Sollen wir da päpstlicher sein wie der Papst? Nicht als dem Sued deutscher Dichtung, deutscher Philosophie, deutscher Wissenschaft trinten? Und was vermittelten uns die gelben Hefen an fremdländischer Kultur, an französischem, englischem, russischem Kulturgut, wie lernten wir durch Reclamhefte einen Ibsen, einen Strindberg, eine Björnson, einen Jacobson, Ibsen, Ibsen, und wie gaben sie uns Einblick in die Welt der Dichtung, in das Reich der Kultur außerhalb deutscher Grenzpläne! Denken wir daran, wenn wir an den Verlag Reclam erinnern.

Er kaufte die Bibliothek des kleinen Mannes, des Menschen, der hungrig wurde nach den Schätzen der Weltliteratur, wissenschaftlich nach den Schätzen der Wissenschaft. Er gab in kleinen Heften, was die Reichen in großen Bänden, in schweren, schweren gebunden, schmuckverzerrt. Aber der arme Arbeiter, der Angestellte, die Frau, der Jugendliche, sie alle, die gerne lasen, sie gerne weiter bildeten, aber kein Geld hatten, sie große Glanzausgaben zu leisten, keine Klassiker in Leinen, keine Philosophen in Halbheften, die lasen mehr aus den vermittelten, den zerdrückten, abgegriffenen Heften heraus wie der Herr Kommerzienrat aus seinen Schwein ledernen und Leinwand in prunkvollen Bücherstänken.

Für diese Bibliothek des armen Mannes, des Proletariats, des Bescheidenen, danken wir dem Verlag Reclam. Gewiß, er hat noch nicht die Klassiker des Sozialismus in den kleinen Heften aufgenommen, kennt noch nicht das Werk des großen Theoretikers des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx, kennt noch nicht das Werk eines Lassalle und Bebel, aber er hat uns die Welt der deutschen klassischen Dichtung, der Philosophen, der Wissenschaft eröffnet, und diese Kulturhefte zu kennen, ist nicht nur ein Privileg der Herrschenden und Besitzenden, sondern auch der Proletariats.

Die kleinen Reclamhefte zerbrechen das Bildungsprivileg der Besitzenden und führen die Arbeiter an die Quelle des Wahren, Guten, Schönen, jenen drei Wahrzeichen bürgerlicher Wissenschaft Ethik und Kunst!

Die kleinen Bücherchen, die uns belehrten, uns erbaute, uns künden von deutscher und fremdländischer Kultur, drangen nicht nur in Millionen von Exemplaren über die Grenze Deutschlands, nach Frankreich, England, Rußland, ja, nach Äthen, Japan, China, sondern sie drangen noch mehr in die kleinen Büchereien der Arbeiter aller Länder, in die Werkstätten, in die Büros, in die Läden der Schaffenden.

So kam ein Ruschkin, ein Gogol, Dostojewski, Tolstoi, ein Strindberg, Ibsen, Björnson, die alten Griechen, die Römer, die Klassiker, die Romantiker, die Welt der Dichtung, der Kunst, die Wissenschaft in den geistigen Besitz des Proletariats, der sich nur in den seltensten Fällen und unter größten Opfern eine bescheidene Bibliothek anlegen kann, und deshalb, wissenschaftlich und bildungshungrig, wie er ist, zu den kleinen, schmalen, handlichen Reclambüchlein flüchtete, die ihm das gaben, was er ersehnte: Bildung, Wissen, Erkenntnisse, Erlebnisse!

Ein gut gepflegter Körper überwindet alle Mühseligkeiten des Lebens leichter als ein vernachlässigter und kranker.

Ein korpulenter Soldat aber ist notwendig zum Ringen mit dem fernstehenden Feind. Friedrich Ludwig Jahn.